



Prof. Dr. Heinrich Oberreuter:

Fokus auf Kommunalwahl 2008

Beim KPV-Hauptausschuss und -Landesvorstand gewährte der Passauer Politologe interessante Einblicke in die politische Großwetterlage. **Seite 2**



Richard Bartsch:

„Der alte Mensch kann nicht warten!“

Beim Internationalen Geriatrietage in Rosenheim forderte der Bezirkstagspräsident, die im Alter vorhandenen Potenziale nicht zu verschenken. **Seite 16**



Herbert Dombrowsky:

Energieversorger investieren in ihre Netze

Der VBEW-Vorstandsvorsitzende sprach bei der Jahrespressekonferenz des Unternehmens von stabilen Strompreisen bis Mitte 2007. **Seite 5**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 20. April 2006

57. Jahrgang / Nummer 8

Kreativpreis an Prof. Dr. Claus Grimm:

Funkelnde Meilensteine

Preisverleihung durch Bund der Steuerzahler und Bayerische Gemeindezeitung

Als Novum wurde der Kreativpreis des Bundes der Steuerzahler in Kooperation mit der Bayerischen Gemeindezeitung verliehen. Frischgebackener Preisträger ist der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Prof. Dr. Claus Grimm. Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel würdigte ihn bei einem Festakt im Kleinen Goldenen Saal zu Augsburg für seine effiziente, kreative und unkonventionelle Arbeit. Musikalisch umrahmt wurde die von Gerhard Schmitt-Thiel moderierte Veranstaltung vom Quartett der Hochschule für Musik Nürnberg-Augsburg.

Der Bund der Steuerzahler, so Präsident Rolf von Hohenhau in seiner Begrüßung, fordert den sparsamen Umgang mit den hart verdienten Steuergeldern. Er sei sozusagen die Lobby der steuerzahlenden Bürger. Er wache insbesondere darüber, dass die Grundsätze von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in Gesetzgebung und Verwaltung beachtet werden, die Steuer- und Abgabenpolitik sinnvoll und gerecht praktiziert wird und die öffentliche Hand mit ihren Einnahmen und Ausgaben sachgerecht umgeht. Wichtigste Aufgabe der größten „Bürgerinitiative“ in Deutschland sei es, zur Meinungsbildung in der Bevölkerung beizutragen und aufzu-

klären. Für die politischen Entscheidungsträger müsse die Stimme des Bundes der Steuerzahler unüberhörbar sein.

Plus bei Kulturevents

Den neuen Preisträger Prof. Grimm würdigte von Hohenhau mit folgenden Worten: „Über zwei Jahrzehnte lang haben Sie sich durch unkonventionelle und innovative Arbeit um die bayerische Bevölkerung und um die Steuerzahler in besonderer Weise verdient gemacht. Mit den Landesausstellungen Ihres Hauses ist es Ihnen gelungen, die bayerische Geschichte und Kultur auf kreative und effektive Art (Fortsetzung auf Seite 4)



Gemeinsame Freude bei der Übergabe des Kreativpreises des Bundes der Steuerzahler (v. l.): Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel, Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert, Preisträger Prof. Dr. Claus Grimm, GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel, Steuerzahler-Präsident Baron Rolf von Hohenhau und der Vorsitzende des Verwaltungsrates des Bundes der Steuerzahler, Dr. Paul Stefan. □

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Landesplanung und Problemschüler

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags lehnt den von der Staatsregierung beschlossenen Gesetzentwurf ab, der es erlaubt, Schüler, die „notorisch“ den Unterricht stören, von der Schule zu verweisen. Wie der Vorsitzende, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, bei einer Pressekonferenz betonte, dürfe sich der Staat seines verfassungsrechtlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags auch bei schwierigen und nachhaltig störenden Kindern nicht entziehen: „Statt Kinder von der Schule auszuschließen, brauchen wir eine intensivere sozialpädagogische Betreuung an den Schulen.“

Der verabschiedete Gesetzentwurf entpuppe sich bei näherem Hinsehen als Spargesetz zulasten der Kommunen als Träger der Jugendhilfe. Ihnen werden künftig die ausgeschlossenen Schüler kurzerhand vor die Tür gesetzt, erklärte Schaidinger. Der Staat sei auch nicht bereit, die prognos-

pädagogen und Psychologen an Schulen einzustellen und zusätzliche eigene Beschulungsmaßnahmen und -konzepte für nachhaltig störende Kinder und Jugendliche vorzusehen. Schließlich gibt es Schaidinger zufolge „Fälle von Schulstörern, die besondere Maßnahmen erfordern“. Nicht akzeptabel aber sei es, „dass der Freistaat seine Aufgaben einfach der Jugendhilfe auflädt“.



OB Hans Schaidinger. □

tizierten Kosten von 516.000 Euro pro Jahr zu übernehmen. Der Vorsitzende: „Viele Städte bezahlen bereits auf eigene Rechnung Sozialpädagogen an den Schulen, um die Probleme im Vorfeld in den Griff zu bekommen. Zum Dank dafür entzieht sich der Freistaat jetzt voll seiner Verantwortung für die Problemschüler.“

Die Städte fordern den Freistaat Bayern auf, statt der angestrebten Sparlösung mehr Sozial-

bedarfsorientiert mehr Ganztagschulen angeboten würden. Damit könnte man Erziehungsdefizite besser in den Griff bekommen. Landesweit gebe es derzeit 70 staatliche Ganztagschulen. Dem stünden mehr als 600 Schulen mit Ganztagsangeboten freier und kommunaler Träger gegenüber.

Das Kapital des Landes

In der Diskussion um das Landesentwicklungsprogramm hat der Städtetagsvorstand nochmals die Bedeutung der zentralen Orte für die Entwicklung Bayerns betont. Seiner Auffassung nach bildet das Netz der Städte und Gemeinden - in den Verdichtungsräumen und im ländlichen Raum - das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rückgrat des Freistaates. Von diesen zentralen Städten und Gemeinden mit Versorgungsfunktion für das Umland gingen die Impulse für neue Entwicklungen aus. Laut Schaidinger zeigt ein Blick in die Geschichte, „dass es schon immer die Städte und Gemeinden waren, die das Land vorgebracht haben. Sie sind das Kapital dieses Landes“.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Präventive Schulsozialarbeit

Derzeit stehen nach Schaidingers Angaben für rund 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler in Bayern 500 Schulpsychologen zur Verfügung. Die Schüler müssten durchschnittlich sieben Wochen auf eine schulpsychologische Beratung und dreieinhalb Wochen auf einen Termin bei Beratungslehrern warten.

Mehr Ganztagschulen

In diesem Zusammenhang kritisierten die Kommunalpolitiker, dass der Freistaat erst seit kurzem die präventive Schulsozialarbeit finanziell unterstützt. Im Jahr 2002 sei zugesagt worden, dass in zehn Jahren 350 neue Stellen zu 40 Prozent gefördert werden. Tatsächlich aber seien im Zuge der Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre Mittel gestrichen worden, so dass erst 87 Stellen finanziell unterstützt würden.

Hilfreich wäre es nach Auffassung des Städtetags auch, wenn

Bitte um Mithilfe:

Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag der Bücherverbrennung

Auch heuer werden am Jahrestag der Bücherverbrennung, dem 10. Mai, zahlreiche Lesungen aus den Werken jener Autoren stattfinden, deren Vernichtung die Nazis angeordnet hatten. Initiator Gerhard Schmitt-Thiel konnte erneut zahlreiche prominente Mitstreiter gewinnen. Feste Zusagen gibt es beispielsweise von Landtagspräsident Glück und seinem Vorgänger Böhm, den bayerischen Kabinettsmitgliedern Falthäuser, Goppel, Huber und Schneider und Oberbürgermeister Ude.

„Vor oder in Rathäusern, in Bibliotheken, Museen, Buchhandlungen, an Schulen, Universitäten, von Lernenden und Lehrern, in allen Theatern, Opern, Kinos ... jeweils vor den Aufführungen, auf öffentlichen Plätzen, soll aus Texten gelesen werden, die ein Opfer der Flammen geworden waren. Die Initiatoren selbst können nur Anstoß geben und über das Internet alle Aktivitäten koordinieren. Inzwischen haben sich auch wieder zahlreiche Kommunen gemeldet.“

Bitte tragen Sie ggf. Ihre Aktionen im Internet unter www.buecherlesung.de ein.



Gefährlich sind die Wähler, die aus nachhaltiger Frustration über die Politik, aus tiefer Verachtung für die Politiker und deshalb nicht zur Wahl gehen, weil sie den Glauben verloren haben, dass ihre Stimme zählt. Diese Leute sind verführbar. Der Bürgermeister jedoch glaubt eher an die Faulheit der Menschen und weniger an deren Frustration. S. 15

Kabinettsbeschluss:

Eckpunkte für neue Strukturförderung

Ab 2007 mehr als 500 Millionen Euro aus EU-Mitteln für regionale Wirtschaftsförderung

Das Bayerische Kabinett hat die Eckpunkte für den Einsatz der EU-Strukturförderungsmittel ab 2007 im Freistaat beschlossen. Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber zeigte sich zufrieden, dass Bayern im Vergleich zur ak-

tuellen Förderperiode ab 2007 sogar mit einem leichten Anstieg der verfügbaren EU-Mittel rechnen kann. Huber: „Wir haben ein hervorragendes Ergebnis besonders für den ländlichen Raum und die ostbayerischen Grenzgebiete erzielt.“

Nachfolger für das Ziel-2-Förderprogramm

Bei dem neuen Programm für den EU-Strukturfonds EFRE handelt es sich um den Nachfolger für das aktuelle Ziel-2-Förderprogramm, das Ende dieses Jahres ausläuft. Im Rahmen der EFRE-Förderung erhält der Freistaat von 2007 bis 2013 voraussichtlich insgesamt rund 436 Millionen Euro. Bei den Verhandlungen über die finanzielle Vorausschau hat der Europäische Rat im Dezember 2005 außerdem eine Sonderzuweisung von 75 Millionen Euro für die bayerischen Grenzregionen beschlossen. Außer Bayern hat nur noch Österreich eine entsprechende Sonderförderung bekommen. (Fortsetzung auf Seite 2)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

LEP noch umstritten	Seite 2
Stoiber eröffnet Frankenausstellung	3
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Europa muss die Bürger wieder mehr mitnehmen	3
Bayerisches Kulturerbe - Fundament unserer Staatlichkeit	3
GZ-Fachthemen: Kommunale Energiepolitik	5 - 11
Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

LEP noch umstritten

Insgesamt positive Reaktionen bei Anhörung zum Landesentwicklungsprogramm

Bedeutung und künftige Funktion der zentralen Orte in Bayern sowie die Zulassung von Einzelhandelsgroßprojekten sind noch strittige Punkte des von Wirtschaftsminister Erwin Huber im März dem Landtag vorgelegten neuen Landesentwicklungsprogramms (LEP). Es soll, wie berichtet (GZ 6/23.3.06), Stadt und Land gleichwertige Entwicklungschancen geben. In einer Anhörung des Wirtschaftsausschusses zeigte sich bei beiden Themen, dass nicht nur bei Wirtschaft und Handel sondern auch zwischen Städten, Gemeinden und Landkreisen noch Meinungsgegensätze bestehen. Insgesamt jedoch fand das neue LEP bei den Experten eine überwiegend positive Reaktion. Die Opposition blieb ablehnend.

Ausschussvorsitzender Franz Josef Pschierer (CSU) bestätigte, dass für die parlamentarische Entscheidung, die bis zum Sommer fallen soll, noch manches klärungsbedürftig sei. Für das zuständige Wirtschaftsministerium sicherte Ministerialdirigent Prof. Konrad Goppel eine sorgfältige Prüfung der Anhörungsergebnisse zu. Von Bedeutung wird nach Pschierers Worten in Sachen Einzelhandelsgroßprojekte, also Verkaufsmärkte auf der grünen Wiese, eine Konferenz der Wirtschafts- und Kommunalverbände mit dem Minister am 24. April sein.

Interessenskonflikte

Zur Frage, ob am bestehenden System der zentralen Orte und ihrer Zuordnung zu den „Gebietskategorien“ unverändert festzuhalten sei, forderte Städtetagsvorsitzender Hans Schaidinger, gestützt auf einen Vorstandsbeschluss, eine Raumkategorie „städtische Räume“ in das LEP aufzunehmen. Es müsse neben die Kategorien „Verdichtungs-räume“ und „ländlicher Raum“ treten und aus den zentralen Orten und ihren Verdichtungs-räumen bestehen. Gemeindegeschäftsführer Dr. Jürgen Busse und im gleichen Tenor Dr. Maria Wellan als Sprecherin des Landkreistages sahen die Gefahr, dass die Städte aus dem ländlichen Raum herausgezogen werden.

Schaidinger warnte, Gebietskategorien zu instrumentalisieren. 313 der 354 zentralen Orte lägen außerhalb der Ballungsräume.

Goppel betonte, das System der zentralen Orte mit Metropolregionen werde schon unter der

Perspektive der demografischen Entwicklung gebraucht. Nur nach Verdichtungs- und ländlichen Räumen zu unterscheiden, genüge nicht. Bei der nächsten Fortschreibung des LEP werde es auch Rückstufungen für zentrale Orte geben. Auch die Sprecher von SPD und Grünen im Wirtschaftsausschuss, Dr. Hildegard Kronawitter und Dr. Christian Magerl äußerten Zweifel am LEP, waren im Grundsatz jedoch ebenfalls für zentrale Orte. Pschierer kündigte an, der Kriterienkatalog werde überarbeitet.

Unbillige Konkurrenz

Zum Streitpunkt Einkaufszentren warnten u. a. Bernd Ohlmann vom Einzelhandelsverband und Christian Breu für die Arbeitsgemeinschaft der Planungsverbände vor den zu weitgehenden Möglichkeiten im neuen LEP. Münchens Stadtplanungsreferentin Christiane Thalgott verwies auf Beispiele aus den Randgemeinden der Landeshauptstadt, die zwar praktisch kaum noch einen Einzelhandel hätten, der Stadt jedoch nach den neuen Kriterien für den Bau von Einkaufszentren eine unbillige Konkurrenz machen könnten.

Die Meinung von Reinhold Bocklet (CSU), dies sei ein speziell Münchner Thema, wies die stellvertretende Ausschussvorsitzende Dr. Hildegard Kronawitter (SPD) zurück.

Schaidinger forderte, in den für die Zulassung zuständigen Planungsverbänden aufzupassen, dass die Städte nicht von den Landkreisen dominiert würden. Den Gemeinden konzidierte er, soweit die Lebensmittel-Grundversorgung vor Ort nicht

gesichert sei, seien Einzelhandelsprojekte auch in kleinen Gemeinden vertretbar. Goppel versicherte, das Ministerium unterstütze die Einzelhandelskonzepte für solche Zentren, sofern der Spielraum bei den vorgesehenen Abmessungen sinnvoll ausgenutzt werde. Wie, soll noch ausgehandelt werden. Pschierer bat die kommunalen Spitzenverbände um Vorschläge. Er räumte ein, diese Frage bedeute für die Regierungsfraktion eine schwierige Situation. Eine Ideallösung werde es nicht geben.

Zusammenfassend stellten sich die Kommunalvertreter zum neuen LEP weitgehend positiv. Bus-

KPV-Hauptausschuss und Landesvorstand:

Fokus auf Kommunalwahl 2008

„Die Aussichten für die Freien Wähler vor der Kommunalwahl 2008 sind grundsätzlich nicht anders als sie in den vergangenen Jahrzehnten gewesen sind.“ Zu diesem Schluss kam der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter (Akademie für Politische Bildung Tutzing), der bei einer Sitzung des KPV-Hauptausschusses und Landesvorstandes im Franz Josef Strauß-Haus in München zum Thema „Chancen der Freien Wähler vor der Kommunalwahl 2008“ referierte. Ganz allgemein werden, so Oberreuter, für den Wahlausgang ökonomische und sozialpolitische Fragen ausschlaggebend sein.

Betrachte man sich die Wahlergebnisse der Freien Wählergruppen in Bayern im einzelnen, so verfüge die Organisation über ein „gesichertes Zustimmungspotenzial im Lande“, betonte der Politologe, wenngleich eine treue Stammwählerschaft gänzlich fehle und die FW-Klientel soziologisch kaum fassbar sei. Im Freistaat hätten sich die Freien Wähler in den kreisfreien Städten und in den Kreistagen ein Potenzial von 15 Prozent der Wählerstimmen angeeignet und stellten die drittstärkste Kraft. Betrachte man sich die Wahl der Stadträte in den kreisfreien Städten Bayerns, so kommen die Wählergruppen allerdings nur auf 7,9 Prozent der Stimmen und liegen damit ebenfalls hinter CSU und SPD und nur knapp vor den Grünen.

Tendenziell sei zu beobachten, „dass je kleiner die Gemeinden sind, umso deutlicher eine gewisse Sehnsucht danach besteht,

se vermisse allerdings „die Vision für den ländlichen Raum“. Er werde vernachlässigt. Schaidinger ging auf die Gemeinden zu. Sie und die Städte seien es schon immer gewesen, die das Land vorangebracht haben.

Annäherung zwischen Wirtschaft und Kommunen

Pschierer begrüßte in seinem Fazit die Ansätze einer Annäherung zwischen den Interessen der Wirtschaft und der Kommunen. Für eine Neuausrichtung bei Teilfortschreibung des LEP sei er offen. Frau Kronawitter nahm das als Beweis, dass die vorliegende Neufassung ein Schnellschuss sei und den Aktivismus der Stoiber'schen Politik beweise. Wirtschaftsminister Erwin Huber blieb in einer schriftlichen Stellungnahme dabei, die

Die Kommunalpolitische Vereinigung der Christlich-Sozialen Union in Bayern

sucht Kandidatinnen und Kandidaten
für Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landratswahlen

Sie haben eine fundierte Ausbildung und Berufserfahrung, die Sie befähigt, Verantwortung zu übernehmen. Das Vertrauen, das die Menschen Ihnen entgegenbringen, ist berechtigt. Sie sind sympathisch und der Ehre, mit dem Sie alles anpacken, ist einfach mitteilend. Ihre Lebenseinstellung ist in jeder Hinsicht positiv. Kurz gesagt: Sie haben das Herz auf dem rechten Fleck!

jetzt! Nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf:
KPV-Landesgeschäftsstelle, Nymphenburger Str. 64, 80333 München
Telefon 089 / 5243-263, KPV@csu-bayern.de



Staatsregierung habe ein straffes, lesbares und anwenderfreundliches Dokument vorgelegt, das die wesentlichen landesentwicklungspolitischen Prioritäten klar herausstelle. **rm**

tem etwas von der CSU bzw. sich von dem Ruf, eine reine Hilffruppe zu sein, abzunabeln“.

Immer mehr Menschen in sozialen Notlagen

Die abnehmende Integrationskraft der Volksparteien nahm Fürths Landrätin Dr. Gabriele Pauli zum Anlass, darauf hinzuweisen, „dass Kommunalpolitiker, die ja zwangsläufig sehr nah am Menschen sind, immer öfter bemerken, dass die Unzufriedenheit im Lande sehr groß ist bzw. immer mehr Menschen in sozialen Notlagen kommen“. Dies sei ein „spürbarer Trend“, bedingt u. a. durch Hartz IV, Kontingentierungen im medizinischen Bereich, Pflegeproblematik oder Lehrstellenmangel.

„Wir müssen Korrekturen einleiten“, forderte Pauli. „Bevor ein gefährlicher Unruheherd entsteht und neue radikale Gruppierungen Zulauf bekommen“, gelte es für die CSU, Gegenstrategien zu entwickeln und sich zu öffnen. Die Partei müsse ein Auge darauf werfen, „wo soziale Schiefen sind“. Pauli bezeichnete es als Chance für die CSU, „auch auf die zuzugehen, die im Schatten stehen“.

Darüber hinaus plädierte die Landrätin dafür, dass deutsche Wahlsystem zu überdenken. Ihre

Laut Untersuchungen vom November vergangenen Jahres „haben wir zum ersten Mal in der Republik den Befund, dass 51 Prozent der Wahlberechtigten der Demokratie skeptisch gegenüberstehen“. Präzise ausgedrückt bedeute dies, „dass sich zwischen 1995 und 2005 das Vertrauen in wesentliche politische Institutionen wie Bundesregierung, Bundestag und Parteien halbiert hat“.

Großwetterlage

KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun teilte voll und ganz Oberreuters Einschätzung zur politischen Großwetterlage. Die nachlassende Akzeptanz der politischen Parteien sei in der Auseinandersetzung mit den Freien Wählern zweifellos ein Nachteil. „Wenn ich das Grundvertrauen in die gesamte Innung verliere, tue ich mich natürlich schwer,

lokale Probleme sachbezogen und nicht parteiorientiert zu lösen“ - „wobei es ohnehin schwer ist, die Parteiorientierung in vielen kommunalpolitischen Bereichen zu erkennen“, erklärte Oberreuter. Dass sinkende Wahlbeteiligungen möglicherweise Auswirkungen auf die Proportionalität zwischen CSU und Freien Wählern haben könnten, konnte der Wissenschaftler indes nicht erkennen. „Fakt ist: Gut organisierte Parteien haben bei sinkender Wahlbeteiligung keine Mobilisierungsvorteile. Die Freien Wähler sind bislang in jeder politischen Konstellation resistent gegen intervenierende Einflüsse der großen Politik geblieben.“

Vertrauensverlust

Sinkende Wahlbeteiligungen resultieren Oberreuter zufolge aus dem allgemeinen Vertrauensverlust aller politischen Parteien in den letzten Jahrzehnten.

Eckpunkte für neue Struktur...

(Fortsetzung von Seite 1)

Das neue Programm der Staatsregierung setzt für den Einsatz der EU-Strukturfördermittel einen klaren Schwerpunkt in Ostbayern. Die Sonderzuweisung von 75 Millionen Euro ist durch Beschluss der EU an eine Verwendung für die bayerischen Grenzregionen an der tschechischen Grenze gebunden. Nach den beschlossenen Eckpunkten werden die regulären EFRE-Mittel überwiegend in den drei Grenzregierungsbezirken Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken eingesetzt werden. Anders als in der bisherigen Förderperiode gibt die EU keine Fördergebietskulisse mehr für die Mitgliedstaaten und die Regionen vor.

Die Eckpunkte für das neue Programm sehen vier thematische Schwerpunkte vor:

1. Innovation und wissensbasierte Wirtschaft

Dieser Schwerpunkt dient der Stärkung von Innovation, Forschung und Entwicklung in den Fördergebieten. Vorgesehen sind die Unterstützung von Forschungs- und Kompetenzzentren, von Gemeinschaftsinitiativen von Universitäten und Fachhochschulen mit kleinen und mittleren Unternehmen, Zukunftsprojekte im Bereich Umweltforschung und Energiegewinnung sowie eine verbesserte Kapitalausstattung und Beratung

2. Gründungsförderung und Förderung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen

Die für diesen Schwerpunkt vorgesehenen Mittel dienen insbesondere der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in den Fördergebieten. Neben Investitionshilfen für kleinere und mittlere Unternehmen werden vor allem Innovationen wie die Einführung neuer Produkte und neuer Produktionsprozesse verstärkt gefördert.

3. Ausgleich intraregionaler Disparitäten und Ausbau spezifischer Entwicklungspotentiale

Ein weiterer Förderschwerpunkt ist die Stärkung des ländlichen Raumes sowie die Unterstützung einer nachhaltigen Stadtentwicklung und des Natur- und Kulturerbes in Bayern. Dazu gehören auch Maßnahmen zum Hochwasserschutz.

4. Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklungen der Grenzregionen

Die Sonderzuweisung von 75 Millionen Euro für die Grenzgebiete zu Tschechien wird insbesondere für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die Fremdenverkehrsinfrastruktur sowie zusätzliche Verstärkungsmittel für die Schwerpunkte 1 bis 3 in den Grenzregionen eingesetzt. □



Prof. Heinrich Oberreuter, Landrat Luitpold Braun und Florian Hahn (v. l.). Foto: Mayr

Aufträge zu bekommen“, stellte Braun fest, der allerdings auch zu bedenken gab, „dass nicht in allem, wo Freier Wähler draufsteht, auch Freier Wähler drin ist“. Bestes Beispiel hierfür sei sein Landkreis Weilheim-Schongau, in dem es Bürgermeister gebe, die als Freie Wähler kandidiert hätten, obgleich sie der CSU angehören. Ein wesentlicher Teil der Freien Wähler sei nachweislich „Fleisch von unserem Fleisch“, betonte der Landrat.

Stichwahl-Verhalten

Dies ändere allerdings nichts daran, dass es in den vergangenen zehn bis 15 Jahren eine kleine Verschiebung im Stichwahl-Verhalten gegeben habe, fuhr der KPV-Vorsitzende fort: Während es vor 25 Jahren nahezu üblich war, dass sich die Freien Wähler bei Stichwahlen zwischen einem CSU und SPD-Bewerber für ersteren aussprachen, ist das heute nicht mehr so. Dies hänge, so vermutete Braun, wohl auch damit zusammen, dass die Freien Wähler versuchen, „sich auch in-

Frage: „Ist es gut, Kandidaten immer aus der eigenen Partei zu rekrutieren?“ beantwortete sie mit einem klaren Nein. Die Parteien seien verkrustet. Es gelte, sich mehr für Parteiungebundene zu öffnen, „dann wäre auch wieder die Bereitschaft zu mehr Engagement vorhanden“, zeigte sich Pauli überzeugt. Amerika nehme hier eine Vorbildfunktion ein.

Listen öffnen

Luitpold Braun merkte hierzu an, dass die in der GZ mehrmals geschaltete Anzeige bislang eine Reihe guter Kandidaten hervorgebracht habe - unter ihnen erfreulicherweise zwei Frauen. Er appellierte an seine Parteifreunde, die Listen zu öffnen. Dabei dürften auch wahlberechtigte EU-Mitbürger nicht außer Acht gelassen werden. Dieses Potenzial, „ein Stück vorpölitischer Raum“, sei wichtig und müsse deshalb erschlossen werden. „Auch kleine Gruppen sind wichtig zur Erringung einer Mehrheit“, gab Braun zu bedenken. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Maximilian Schober
93345 Hausen
am 27. 4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Forkel
96486 Lautertal
am 3. 5.

Bürgermeister Dieter Thoma
95691 Hohenberg a. d. Eger
am 5. 5.

Bürgermeister Adolf Büttner
97645 Ostheim
am 7. 5.

Landrat Norbert Kerkel
83714 Miesbach
am 8. 5.

Bürgermeister Ludwig Mühleck
97255 sonderhofen
am 26. 4.

Bürgermeister Albert Dippold
96167 Königfeld
am 27. 4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Clemens Behr
97631 Bad Königshofen
am 2. 5.

Bürgermeister Josef Singer
83553 Frauenneuharting
am 3. 5.

Bürgermeister Edgar Engelbrecht
97520 Röhlein
am 8. 5.

Bürgermeister Wolfgang Bayerl
92431 Neunburg vorm Wald
am 26. 4.

Bürgermeister Rudolf Eineder
92334 Berching
am 29. 4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Reiß
86568 Hollenbach
am 2. 5.

Oberbürgermeister Josef Martin
96199 Zapfendorf
am 4. 5.

Bürgermeister Gerhard Schmitt
91077 Dormitz
am 6. 5.

Bürgermeister Hans Fischer
97525 Schwebheim
am 6. 5.

Bürgermeister Wolfgang Abt
87547 Missen-Wilhams
am 28. 4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Steigenberger
82347 Bernried
am 5. 5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung
90744 Fürth
am 5. 5.

Bürgermeister Rüdiger Gerst
96164 Kemmern
am 26. 4.

Bürgermeister Stefan Beer
83125 Eggstätt
am 28. 4.

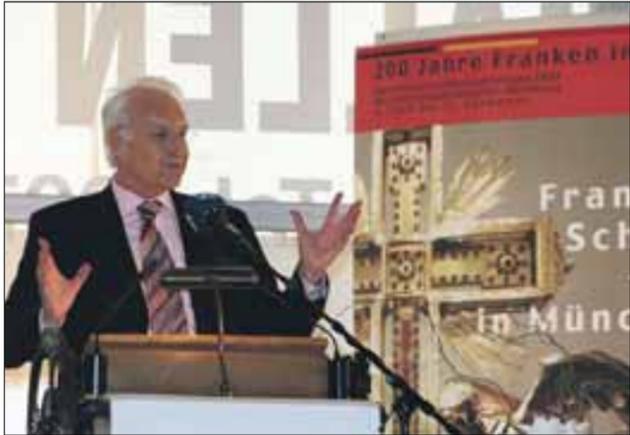
Landesaussstellung „200 Jahre Franken in Bayern“:

Glückliche Verbindung

Die jüngere Geschichte des Frankenlandes stellt die Bayerische Landesaussstellung „200 Jahre Franken in Bayern“ im Nürnberger Museum Industriekultur in den Fokus des Interesses. Genau zwei Jahrhunderte, nachdem umfangreiche Gebiete des fränkischen Reichskreises 1806 zum Königreich Bayern kamen, widmet sich das Haus der Bayerischen Geschichte zusammen mit der Stadt Nürnberg deren nicht ganz freiwilliger Eingliederung in die junge Monarchie. Die Geschichte Frankens mit den großen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen 200 Jahre wird somit bis 12. November zum Thema einer spannenden und unterhaltsamen Geschichtsinzenierung, wie Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel im Rahmen einer Pressekonferenz betonte.

Das Museum Industriekultur, eine ehemalige Fabrikhalle des Nürnberger Tafelwerks, ist als Symbol der Industrialisierung der bewusst gewählte und passende Schauplatz für die Bayerische Landesaussstellung. Vielfäl-

ter Dr. Ulrich Maly die 200-jährige Verbindung von Franken und Bayern als „Erfolgsmodell für das ganze Land“. Er kündigte die weitere konsequente Stärkung des Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandortes



Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber in Nürnberg: „Franken macht Bayern stark und Bayern macht sich stark für Franken“.

tige Exponate vom Blechspielzeug bis zur funktionsfähigen Dampfmaschine und Inszenierungen der Lebenswelten vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart vermitteln ein lebendiges Bild der Alltagsgeschichte und der Lebenswelt, so Goppel.

Drei Hauptbereiche

Die Bayerische Landesaussstellung „200 Jahre Franken in Bayern“ birgt drei Hauptbereiche:

1. Die historische Übersicht thematisiert die Integration der vielfältigen Territorien des alten Franken in ein neues fortschrittliches bayerisches Staatswesen vor 200 Jahren. Sie zeigt die Fortentwicklung Frankens in Bayern bis zur Gegenwart.

2. Der zweite Bereich der Ausstellung widmet sich parallel dem Wandel der Technik, der industriellen Arbeitswelt und der Gesellschaft. Damit knüpft sie an jene Landesschau an, die 1906 in Nürnberg stattfand. In dem, mit Ausnahme einiger Gewerbe- und Industriezentren, wie Aschaffenburg, Würzburg, Schweinfurt, Hof, Selb und vor allem Nürnberg, war auch Franken bis in das 20. Jahrhundert landwirtschaftlich geprägt. Die eigentliche Industrialisierung des nordbayerischen Raumes zählt deshalb zu den großen Erfolgen nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Wegfall zahlreicher Arbeitsplätze in der Industrie bildet eine der Herausforderungen im Bayern des 21. Jahrhunderts.

3. Am Ende der Ausstellung steht deshalb eine Auseinandersetzung mit der Zukunft Frankens. Neben einem experimentellen Zukunftslabor stehen hier technologische Spitzenprodukte der nordbayerischen Wirtschaft im Verbund mit den Hochschulen im Mittelpunkt. Ziel ist es auf Aspekte der Zukunftsfähigkeit zu verweisen und zu verdeutlichen, dass der Mensch selbst seine Zukunft mitbestimmen kann.

Erfolgsmodell für Bayern

Bei der Eröffnung der Landesaussstellung bezeichnete Ministerpräsident Edmund Stoiber nach Gruß- und Dankesworten von Nürnbergs Oberbürgermeis-

ter Dr. Ulrich Maly die 200-jährige Verbindung von Franken und Bayern als „Erfolgsmodell für das ganze Land“. Er kündigte die weitere konsequente Stärkung des Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandortes

Strukturwandel hautnah

Die Öffnung der Grenzen nach Osteuropa und die Globalisierung brachten gerade auch für Franken neue Herausforderungen, sagte Stoiber: „Die Menschen in Franken erleben den tief greifenden Strukturwandel besonders hautnah. Grund und AEG sind nur zwei Beispiele. Bayern wird seine Regionen im Norden dabei auch künftig nicht im Stich lassen.“ Der CSU-Vorsitzende wies darauf hin, dass der Freistaat mit einer Vielzahl von Initiativen eine neue Etappe der Wirtschaftsentwicklung in Franken eingeleitet habe: „In einem großen Kraftakt haben wir in Franken entscheidende Impulse für den Wandel von der Industriegesellschaft hin zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft gesetzt. Der konsequente Ausbau der Hochschulen und Forschungsstätten war eine Weichenstellung für ein starkes Franken. Heute ist Franken eine Hochtechnologie-Region mit weltweitem Renommee etwa bei der Biotechnologie oder bei der Medizintechnik.“

Allianz Bayern innovativ

Insgesamt seien aus der „Zukunftsoffensive Bayern“ und aus der „High-Tech-Offensive“ über eine Milliarde Euro an Fördergeldern nach Franken geflossen. Laut Stoiber soll die Politik für Franken in den kommenden Jahren konsequent fortgesetzt werden. Besonders werde Franken dabei von der Offensive „Allianz

Bayern innovativ“ profitieren können, für die der Freistaat 50 Millionen Euro investiert. In den Bereichen Logistik, Energie und Finanzdienstleistungen sowie in den Forschungsfeldern Chemie, IUK, Medizin- und Biotechnologie werde Bayerns Norden eine gewichtige Rolle spielen.

Freie Reichsstädte

Der Ministerpräsident würdigte auch die herausragende Rolle Frankens für Bayern: „Die lange Tradition der freien Reichsstädte mit ihrem großartigen Kaufmanns- und Unternehmertum wirkt bis heute fort. Seit Jahrhunderten beweisen die Franken immer wieder Erfindungsreichtum und Innovationskraft.“ Zu Recht betonten die Franken ebenso wie die anderen bayerischen Stämme ihre besondere regionale Identität. Das Miteinander von regionalen Identitäten und bayerischem Bewusstsein habe Bayern stark gemacht. Stoiber: „Regionale Identität und bayerische Identität sind in unserem Land eine glückliche Verbindung eingegangen. Die verschiedenen Stämme haben ihre regionalen Wurzeln und Traditionen nie vergessen. Das macht uns auch im modernen Bayern unverwechselbar und das ist ein besonderes Erfolgsgeheimnis unseres Landes.“

Zusammenhänge des tatsächlichen Lebens

Der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Prof. Dr. Claus Grimm, verwies darauf, „dass unsere Ausstellung die Zusammenhänge des tatsächlichen Lebens und damit die Verflechtung vieler Entwicklungen berücksichtigt, deren Auswirkungen wir heute spüren“. Das Zusammenwachsen der Gebiete des einstigen „Fleckentepichs“ zu einer Landschaft „Franken“ sei durch ein gemeinsames modernes Staatswesen zustande gekommen, das in zentralen Verwaltungen organisiert wurde und sich auf ein neuentstehendes Beamtentum stützte, durch ein einheitliches Rechtssystem und gemeinsame Le-

Bayerisches Kulturerbe - Fundament unserer Staatlichkeit

Von Dr. Georg Simnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Im Kulturleben Bayerns gab es in den letzten Wochen einige beachtliche Nachrichten: Der Wert des heimischen Dialekts in den Schulen wird als Ausdruck der Heimatlichkeit und kultureller Identität trotz der Diskussion um Deutsch im Unterricht und in Schulhöfen neu entdeckt. Das bayerische Brauchtum soll im Rahmen eines Projektes des Kultusministeriums durch die Förderung des Volkstanzes für Lehrer und Schüler gestärkt werden. Sogar Michael Well von der „Biermösl Bloßn“ stellt sich dafür zur Verfügung. Im Rahmen des neuen Lehrplans für das G 8 wurde die ursprüngliche Absicht, das Fach „Geschichte“ zum abwählbaren Wahlfach in der Oberstufe zu machen, aufgegeben. Wer konnte auf diese Idee nur kommen, ist doch Geschichte für die ganzheitliche Bildung für das Erziehungsziel „Liebe zur bayerischen Heimat“ nach Art. 131 Bayerische Verfassung besonders prägend?

Im Grunde drei positive Signale für das Staatsziel „Kulturstaat“ Bayern, wenn sich nicht gleichzeitig innerhalb der bayerischen Universitäten, häufig durch deren Selbstverwaltung ausgelöst, anderes vollzöge: Der Abbau von Lehrstühlen für bayerische Landesgeschichte und bayerische Volkskunde, zumindest durch Rückstufungen der Lehrstuhlprofessoren oder durch Zusammenlegung mit andern Lehrinhalten. Dies ist unverstärkt und bedarf im gesamten bayerischen Interesse des Eingriffs der Staatsregierung.

Bayern beruft sich in der Präambel seiner Verfassung auf

seine „mehr als tausendjährige Geschichte“. Bayern ist nach seiner Landesverfassung - im Gegensatz zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland - ein Kulturstaat. Dieser Begriff wird in der Rechtsliteratur unterschiedlich ausgelegt. Nur in einem besteht aufgrund des ausdrücklichen Textes in Art. 3 der Verfassung keine Ausweichmöglichkeit: Der Schutz der kulturellen Überlieferung gehört zur Pflicht des bayerischen Kulturstaates.

Neben diesen kontinuierli-

chen, keineswegs konfliktlosen Entwicklungen, die von den Fortschritten von Wissenschaft und Technik, von Handel und Verkehr. Druckpresse und Nachrichtenübermittlung mitbeschleunigt wurden, fielen die heftigsten Erschütterungen und politischen Brüche in den Zeitrahmen der Ausstellung, so Grimm: „Denken Sie an den deutschen Bruderkrieg 1866 und Bayerns Eingliederung in das zweite deutsche Kaiserreich, an den ersten Weltkrieg und das Ende der Monarchie, die NS-Diktatur mit der Aufhebung bayeri-

(Fortsetzung auf Seite 4)

schichtlichen Perspektiven überwiegen. In der Großausrichtung schwinden die Großüberblicke zugunsten einer Fülle regionaler Sammelwerke.

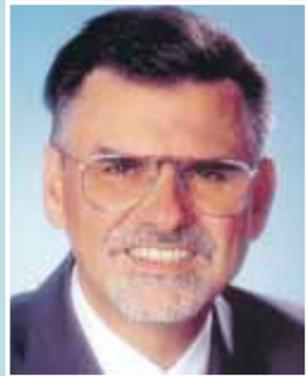
Die Ausstattung und die Forschungsmöglichkeiten der Landesgeschichte halten dem internationalen Vergleich nicht stand. Die historische Wurzelbindung für ein Volk und seinen Staat beruht auf der Kultur. Dabei ist die Geschichtspflege noch nie so anerkannt gewesen wie in der Gegenwart. Man beachte die vielen historischen Feste im ganzen Land und wie landauf, landab die kulturellen Initiativen weiter Kreise der Gesellschaft aus Überzeugung von deren Notwendigkeit wachsen.

Schutz der kulturellen Überlieferung

Gewiss gehören zur Kultur Bayerns mit der Pflicht zum Schutz ihrer kulturellen Überlieferung die Zeugnisse, auch die Baudenkmale, einer langen, ansehnlichen Vergangenheit. Bayern ist reich an ihnen. Warum hat man dann für den Nachtrags Haushaltsplan 2006 ausgerechnet das Budget für die Denkmalpflege um weitere 3,5 Millionen Euro gekürzt? Schon in den vergangenen Jahren wurde immer wieder stark in die Ansätze für die Bau- und Kunstdenkmalpflege eingegriffen. Es ist anzunehmen, dass die verbleibenden Mittel für das Jahr 2006 schon weitgehend verplant sind. Neue restaurative Initiativen müssen trotz des erwünschten wirtschaftlichen Aufschwungs unterbleiben.

Ob sich nicht gerade Bayern bei der Prioritätensetzung für seine staatlichen Ausgaben wieder stärker auf die Vorrangigkeiten seiner Aufgabendefinitionen in der Verfassung besinnen müsste? In der Kulturförderung unseres bayerischen Landes äußert sich ein historisch gewachsenes Wertebewusstsein, das lohnt, in die Zukunft gerettet zu werden. Helfen wir den wahren „Bavaria“ weiter auf die Sprünge in diese Zukunft. □

GZ

Kolumne
Maximilian Gaul

Liebe Leser

Stellen Sie sich vor, Delegierte aus 68 europäischen konservativ-liberalen und christlich-demokratischen Parteien beschließen als Europäische Volkspartei auf ihrem Parteikongress in Rom Ende März das Manifest: „Für ein Europa der Bürger: Prioritäten für eine bessere Zukunft“ und kein einfaches Parteimitglied geschweige denn der berühmte Bürger „Otto-Normalverbraucher“ nehmen davon Notiz.

Der Schock über die geplatzten Referenden zum europäischen Verfassungsentwurf in Frankreich und den Niederlanden sitzt tief. Das konnte man in Rom hautnah spüren. Die eu-

Europa muss die Bürger wieder mehr mitnehmen

ropäische Euphorie der Gründerväter ist beendet. Europa wird heute mit Bürokratie gleichgesetzt. Allzu selbstverständlich werden inzwischen die Errungenschaften eines europäischen Einigungsprozesses genommen. Die 700 Delegierten aus ganz Europa haben erkannt, dass man wieder mehr den Bürger mitnehmen muss. Man hat erkannt, dass Europa nur dann funktioniert und akzeptiert wird, wenn es sich nur mit den Fragen beschäftigt, die man eben nicht besser national, regional oder kommunal lösen kann. Und der Bürger lebt nun einmal in seiner Heimat, seiner Region und in seiner Kommune.

Die KPV Bayern wirkte mit zwei Delegierten an diesem „Manifest von Rom“ mit. Die CSU hat durch die Nominierung von Landrat Hanns Dorfner und mir als Kongressdelegierte auch deutlich gemacht, dass wir alle, vom Europaab-

Parlamente, kommunale Verwaltungen, politische Parteien, Sozialpartner, die Bürgergesellschaft, die Wissenschaft und die Medien einbezieht.“

Auffällig ist nämlich, dass bei solchen Kongressen insbesondere die Regierungschefs und Parteiführer ein klares, oft glühendes Bekenntnis zu Europa, der Verfassung und auch den Institutionen der EU abgeben, kaum daheim aber alles, was so schiefläuft oder womit Unzufriedenheit herrscht auf Europa und Brüssel schieben.

Das Bekenntnis der EVP in Rom zu den Grundsätzen der Subsidiarität, der Solidarität und Eigenverantwortung der Bürger, zur verbesserten Transparenz und einer klaren Kompetenzverteilung zwischen den einzelnen Ebenen und hoffentlich auch zur kommunalen Selbstverwaltung als Teil dieser Subsidiarität kann uns nach diesem Kongress ermutigen, bei unseren Bürgern für eine starke Europäische Union zu werben. Sie ist seit Jahren Garant für Sicherheit, Frieden, Freiheit, Demokratie und letztlich auch Wohlstand in einer globalisierten Welt.

Max. Gaul

Gerhard Schmitt-Thiel im Gespräch mit Anne-Marie von Hassel:

Professor Grimm hat sich um die Kommunen verdient gemacht

Bayerns Städte, Gemeinden und Landkreise profitieren von den Aktivitäten des Hauses der Bayerischen Geschichte

GST: Warum beteiligt sich die Bayerische Gemeindezeitung an dieser Preisverleihung des Bundes der Steuerzahler?

AvH: Als Verlegerin der größten kommunalen Fachzeitung in Bayern ist es mir ein besonderes Anliegen, den Interessen der eigenen Klientel Rechnung zu tragen. Und das sind die Städte,

cher Kommunikations- und Teamfähigkeit, ein Netzwerker. Er verfügt über umfangreiches Wissen auf vielen Gebieten, kann dieses ausgezeichnet vermitteln und sieht vieles, was man verknüpfen kann und - wenn man ihm zugehört hat - auch verknüpfen muss.

GST: Warum hat dann nicht das Haus der Bayerischen Geschichte insgesamt diesen Preis bekommen?

AvH: Das HDBG - und vor allem die Menschen, die diese Einrichtung repräsentieren - haben den Preis auch verdient. Aber es sollte wohl damit eine Botschaft vermittelt werden: 1. Wer einer Behörde vorsteht, hat selbst mit dem allerbesten Beispiel voranzugehen. 2. Jeder Unternehmer weiß, dass sein Unternehmen nur so gut funktioniert, wie er selbst ist. Die „Botschaft“ kommt von der Spitze - ob positiv oder negativ. Daran wird im öffentlichen Dienst nicht immer gedacht. Der Chef steht in der Verantwortung. Er kann Kreativität zulassen und fördern - oder erschlagen.

GST: Wie werden beim Haus der Bayerischen Geschichte Kreativität und Phantasie in besonderer Weise gefördert?

AvH: Bezeichnendes Beispiel ist die auf der Website www.hdbg.de formulierte Frage: „Abrogans - was ist das?“ (hierbei handelt es sich um ein dynamisches Glossarsystem). Überhaupt die Website! Seit Jahren ist sie hervorragend vernetzt z. B. mit den Kommunen, den Archiven, mit Schulen und Hochschulen - national wie international. Und dabei übersichtlich, nicht bombastisch und auch noch preiswert. Hier werden alle Möglichkeiten elaboriert genutzt. **DK**



Gemeinden und Landkreise in Bayern. Kaum eine Behörde im Freistaat hat sich mit vergleichsweise so wenig Geld um so viele Kommunen in ganz Bayern verdient gemacht.

GST: Was macht Professor Grimm so außerordentlich auszeichnungswürdig?

AvH: Er ist ein Multitalent mit außerordentli-

Funkelnde Meilensteine ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Weise der Bevölkerung zu vermitteln. Dies führte für die betreffenden Regionen zu einer Imageförderung und zur touristischen Belebung. Ihre Landesaussstellungen sind schlechthin kulturelle Events, die für die betreffende Region eine ausgezeichnete Werbung sind und wirtschaftliche Effekte auslösen. Es ist Ihnen und Ihrem Team gelungen, z.B. bei den Ausstellungen in Bamberg ein Umsatzplus von 5 Millionen Euro und in Forchheim ein Umsatzplus von 3,5 Mio. Euro zu erreichen.“

Begeistern für Geschichte und Kultur

Die Verleihungsjury des Bundes der Steuerzahler habe im Zusammenwirken mit der Bayerischen Gemeindezeitung aber nicht nur die materiellen Wirkungen dieser Arbeit gewertet, sondern auch die nicht minder wichtigen immateriellen Wirkungen, fuhr von Hohenhau fort. Das Bewusstsein und der Stolz der Menschen in den Ausstellungsarten und Regionen hätten nicht nur das historische Interesse in der Bevölkerung gefördert. Vielmehr sei es Prof. Grimm gelungen, „viele Funken überspringen zu lassen“. Die Statistik der Besucher zeige, „dass breite Schichten der Bevölkerung zu neuem Entdecken von bayerischer Geschichte und Kultur angeregt werden“.

Vorbildliche Finanzplanung

Ein wesentlicher Teil seiner Verdienste sei die vorbildliche Finanzplanung des Hauses der Bayerischen Geschichte und des gesamten Teams. Neben der strikten Einhaltung des vorgegebenen Finanzrahmens unter Beachtung der Grundsätze von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit habe Grimm stets dafür Sorge getragen, dass der jeweilige Kostenplan für Ausstellungen eingehalten wurde. Kooperiert wurde mit privaten Sponsoren und Partnern aus der Wirtschaft.

Damit sei es gelungen, erfolgreich eigene Mittel und damit Steuergelder einzusparen. Von Hohenhau: „Angesichts der Tragweite Ihrer Arbeit und des Multiplikationseffekts haben Sie nicht nur eine der satzungsgemäßen Voraussetzungen für die Verleihung des Kreativpreises des Bundes der Steuerzahler erfüllt, sondern Sie und Ihr Team haben auch einen Meilenstein zu mehr Kreativität, Wirtschaftlichkeit und schließlich Bürgernähe gelegt.“

Standort in der Schwabenmetropole

Dass die Stadt Augsburg geradezu prädestiniert ist als Ort für eine BdSt-Veranstaltung, darauf verwies Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert in einem Grußwort. Schließlich sei die Fuggerstadt bekannt dafür, mit Steuergeldern besonders verantwortungsvoll umzugehen. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung, die unter tausend Euro liege, sei Augsburg die am geringsten verschuldete Stadt in ganz Bayern. Seine Heimatstadt sei stolz und dankbar dafür, dass das Haus der Bayerischen Geschichte seinen Standort in der Schwabenmetropole gefunden hat.

Kreativität im Blut

In seiner Festansprache betonte Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel: „Der Preis ist sehr treffend, denn Kreativität liegt Ihnen, sehr geehrter Prof. Grimm, im Blut.“ Eigentlich habe dieser ja selbst Künstler werden wollen: Als Porträtmaler sei er recht gut im Geschäft gewesen, wusste Goppel zu berichten. „Dass Sie sich dann aber doch der Wissenschaft verschrieben haben, dafür sind wir Ihnen sehr dankbar“, erklärte der Minister. Als visionärer Pragmatiker habe sich der Preisträger seit 20 Jahren in innovativer Weise um die bayerische Bevölkerung und die Steuerzahler verdient gemacht. Das Haus der Bayerischen Geschichte sei ein florierendes Un-

ternehmen zur Kulturvermittlung, das keine roten Zahlen schreibt. Vielmehr zeige es, dass sich Kultur lohnt. „Ihr Erfolgsrezept macht längst Schule“, meinte Goppel.

Wachsende Fan-Gemeinde

Unter Grimms Führung sei das Haus der Bayerischen Geschichte eine dynamische Einrichtung geworden, fuhr der Politiker fort. Als geschichtliche Bildungs-, Ausstellungs- und Publikationszentrale betreibe es neben fundierter historischer Forschung auf vielfältige Weise Öffentlichkeitsarbeit. Höchst wirkungsvoll gelinge es, die Entwicklung des Freistaats und seine kulturelle Vielfalt zu vermitteln - für alle Bevölkerungsschichten, in allen Landesteilen und über die Grenzen Bayerns hinaus. Goppel: „Die ‚Fan-Gemeinde‘ wächst Jahr für Jahr - Qualität spricht sich eben herum!“

Ästhetisches Erlebnis

Die Ausstellungen des Hauses der Bayerischen Geschichte informierten nicht nur über historische Hintergründe, sondern seien auch ein „ästhetisches Erlebnis“, sagte Goppel. Bei der Vorbereitung suchten die Mitarbeiter gezielt nach ungewöhnlichen, neuen Betrachtungsweisen und stellten Verbindungslinien zwischen der Regional- und der großen Geschichte her. Die Ausstellungen weckten das Bewusstsein für die Geschichte der eigenen Stadt, der eigenen Region.

Zudem belebten sie auch die Wirtschaft und den Tourismus vor Ort. In Neuburg beispielsweise kamen im vergangenen Jahr statt der üblichen 20.000 Besucher 120.000 Interessierte ins Schloss. Die Besucher der Ausstellungen ließen viel Geld in der jeweiligen Region - weit mehr, als die Ausstellung gekostet habe. So erbrachte die Landesaussstellung in Bamberg etwa ein Umsatzplus von 5 Mio. Euro, die in Forchheim eines von 3,5 Mio. Euro. Goppel: „Viele Städ-

Landesplanung und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Für die Kommunalpolitiker tragen die zentralen Orte entscheidend dazu bei, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen - also auch im ländlichen Raum - zu erreichen. Schließlich lägen 313 der 354 als zentrale Orte ausgewiesenen Städte und Gemeinden außerhalb der Ballungsräume.

Gründliche Analyse

Mit Bedauern hat der Vorstand zur Kenntnis genommen, dass bei den unter hohem Zeitdruck stehenden Beratungen des Landesentwicklungsprogramms „eine gründliche Analyse der tiefgreifend geänderten Rahmenbedingungen nicht zu leisten war“. Der Städtetag forderte deshalb, nach Abschluss der laufenden Fortschreibung die ausstehende Analyse - mit wissenschaftlicher Unterstützung - umgehend nachzuholen.

Dabei müsse vor allem untersucht werden, wie das System der zentralen Orte gestärkt werden kann. Möglich sei es, eine Raumkategorie „städtische Räume“ in das Landesentwicklungsprogramm aufzunehmen, die neben die Kategorien „Verdichtungsraum“ und „ländlicher Raum“ treten soll. Die „städtischen Räume“ sollten aus den zentralen Orten und ihren jeweiligen Verflechtungsbereichen bestehen.

Vernünftige Planung

Beim heiß umstrittenen Thema Einzelhandelsgroßprojekte zeigte der Städtetagsvorstand Verständnis für jene Gemeinden, in denen es keine Lebensmittelgeschäfte mehr gibt. Schaidinger: „So weit die Grundversorgung mit Lebensmitteln vor Ort nicht gesichert ist, sind Einzelhandelsprojekte auch in kleinen Gemeinden vertretbar.“ Der Städtetag spricht sich

dafür aus, auch in grenznahen Bereichen die Zulassung von großflächigem Einzelhandel flexibel zu handhaben. Allerdings warnt er davor, von diesen Erleichterungen extensiv Gebrauch zu machen, werde doch eine ständige Zunahme von Verkaufsflächen bei gleichzeitig stagnierender Kaufkraft zwangsläufig über kurz oder lang zu Leerständen führen. Die Kommunen müssten dann mit diesem „städtebaulichen Ballast“ fertig werden. Schaidinger: „Wenn wir von einer vernünftigen Landes-

planung abgehen, werden wir dieses Land in zehn Jahren nicht mehr wieder erkennen.“

Kein Verständnis zeigte Schaidinger dafür, dass im vorliegenden Entwurf des Landesentwicklungsprogramms zahlreiche Straßen- wie auch Schienenverkehrsprojekte fehlen. Bei dieser „Verschlankung“ sei offensichtlich nicht bedacht worden, dass damit in Berlin der Eindruck erweckt werde, der Freistaat stehe nicht mehr hinter diesen Verkehrsprojekten, sagte der Vorsitzende. Bayern bekäme dann für Schiene, Autobahnen und Bundesstraßen weniger Geld aus dem Bundeshaushalt. **DK**

Gemeindetag zum Landesentwicklungsprogramm:

Chancen nicht verspielen!

„Die Fortschreibung des LEP bietet die Chance, den Gemeinden und Städten in den ländlichen Regionen Bayerns mehr Entwicklungspotential einzuräumen. Auch die kleineren Orte in Bayern haben ein Recht darauf, mit attraktivem Einzelhandel ausgestattet zu sein. Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine gute Versorgung am Ort. Jetzt besteht die Chance, im Landesentwicklungsprogramm mehr Flexibilität für eine Ansiedlung insbesondere von Betrieben des Lebensmitteleinzelhandels auch in kleineren Gemeinden zu verankern. Wir dürfen diese Chance nicht leichtfertig verspielen!“ stellte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl fest. Er verwies darauf, dass es nicht darum gehe, einen Wildwuchs auf der grünen Wiese entstehen zu lassen, sondern den Gemeinden einen größeren Entscheidungsspielraum im Rahmen ihrer Abwägung aller Belange zu geben.

In einem Schreiben an Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat sich Brandl enttäuscht über die allzu zögerliche Haltung der Bayerischen Staatsregierung hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden und Städte im ländlichen Raum geäußert. Die bislang geplante Fortschreibung des LEP enthalte weder eine Vision noch ein Leitbild für die ländlichen Gemeinden, sondern bleibe eine „konservative, den bisherigen Denkstrukturen verpflichtete Modifizierung längst bekannter Aussagen“. Statt der von der Staatsregierung propagierten Stärkung des ländlichen Raums sei vielmehr ein „Trend zur Rückstufung des ländlichen Raums“ erkennbar.

Unverständnis äußerte Brandl darüber hinaus, dass praxisgerechte Vorschläge des Bayerischen Gemeindetags nicht in die Überlegungen der Staatsregierung einbezogen würden und fachlich fundierte Kritik der Kommunen und des Einzelhandels ignoriert werde. Brandl in seinem Schreiben an Stoiber: „Ich appelliere nochmals an Sie, insbesondere in Bezug auf das Ziel zum großflächigen Einzelhandel, Ihre Haltung zu überdenken und gemeinsam mit uns und allen anderen Beteiligten in eine offene und faire Debatte des Landesentwicklungsprogramms einzutreten.“ **DK**



Prof. Dr. Claus Grimm. **DK**

haben inzwischen dieses Potenzial erkannt und reißen sich förmlich um die Landesaussstellungen.“

Kosteneffizienz

Anlass für die Auszeichnung des Bundes der Steuerzahler sei der verantwortungsvolle Umgang mit Steuergeldern, betonte der Minister. Meist verschlängten Projekte im kulturellen Bereich mehr Gelder als geplant. Im Haus der Bayerischen Geschichte aber würden in beispielhafter Weise detaillierte Kostenpläne vorgelegt, die dann auch genau eingehalten werden. Diese Kosteneffizienz werde oft bestaunt. Hier zahlten sich die langjährigen Erfahrungen eingespielter Teams aus. Um eigene Mittel und damit Steuergelder einzusparen, werbe das Haus auch erfolgreich um Sponsorengelder und kooperiere mit Tourismusverbänden und Zeitungsverlagen. Die Mitveranstalter - in erster Linie bayerische Städte - zeigten so ihr Vertrauen in das gemeinsame Projekt.

Die Sorgsamkeit im Umgang

mit den finanziellen Mitteln gele im Haus der Bayerischen Geschichte als Tugend. Hier werde nach ungewöhnlichen Wegen gesucht, um zu sparen. Goppel: „Langfristig Kosten sparen, heißt in Ihrem Haus, sehr geehrter Herr Prof. Grimm, aber auch gezielt und rechtzeitig zu investieren - etwa in die technische und elektronische Ausstattung. Eine weitsichtige Entscheidung! Die traditionelle Geschichtsvermittlung durch Ausstellungen alleine reicht heute nicht mehr. Nur vielfältige Vermittlungsformen können unterschiedliche Erwartungen, vom Schüler bis zum historischen Experten, erfüllen.“ Das Haus der Bayerischen Geschichte habe daher zeitgemäße, multimediale und interaktive Präsentationsformen entwickelt.

Goppel abschließend: „Sehr geehrter Herr Prof. Grimm, man könnte das Loblied auf Sie und ‚Ihr‘ Haus der Bayerischen Geschichte noch lange weiterführen. Zusammenfassend möchte ich nur sagen: Auf Ihre Leistung können Sie sehr stolz sein - wir sind es mit Ihnen! So darf ich Ihnen zum wohl verdienten Kreativpreis des Bundes der Steuerzahler herzlich gratulieren!“

Multiplikator

In einem kurzen Dialog mit TV-Moderator Gerhard Schmitt-Thiel verriet Prof. Grimm sein „Erfolgsrezept“: Er sei stets bestrebt gewesen, so der Preissträger, andere zu motivieren, sie für eine - keineswegs nur materiell lohnende - Sache zu begeistern. So sehe er sich durchaus in der Funktion eines Multiplikators. Die Kraft für diese Stärke schöpfe er aus seiner Familie. Besonders seine Frau habe ihm stets den Rücken frei gehalten.

Glückliche ...

(Fortsetzung von Seite 3)

schwer Staatlichkeit, den Zweiten Weltkrieg und seine Verwüstungen und das Ende des deutschen Reiches 1945. Es waren günstige Umstände, die danach einen politischen Neuanfang des Freistaats Bayern zuließen, dessen Grenzen im Norden wie im Süden, mit Ausnahme der Pfalz, in Generationen gewachsen waren. Auf eine Friedenszeit von mittlerweile 60 Jahren schauen wir heute zurück und sind dankbar für die politische Stabilität, die für Bayern und Franken Fundament für eine Zukunft im künftigen Europa sein kann.“

Bunte Revue

„Wir haben eine Schau voller Erinnerungen zu bieten, die viele zum Nachdenken anregen will“, fuhr der Direktor fort. Das Ausstellungsteam habe die Form einer bunten Revue durch die 200 höchst dramatischen Jahre gewählt, in denen sich die Welt Bayerns und Frankens so unglaublich verändert wie in keinem Geschichtsabschnitt vorher. Das Meiste könne darin nur angerissen werden und verdiene weitere Vertiefung. **DK**

Als Kunstgeschichtler, Kunstschaffender und Maler habe er den großen Vorteil, „zu wissen wovon ich rede“. Er, Grimm, habe großen Respekt vor der Leistung anderer Künstler - in welcher Epoche sie auch immer gelebt hätten. Die Landesaussstellungen lebten ganz allgemein vom „Entdecken der Offenheit“, aber auch von der Begeisterung der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, so Grimm abschließend. **DK**

VBEW-Jahrespressekonferenz:

Energieversorger investieren mehr in ihre Netze

Strompreise bleiben bis Mitte 2007 stabil - „Kernkraft unverzichtbar“

In Bayern kommt es bis Mitte 2007 zu keinen Strompreiserhöhungen, die Stromversorger erhöhen ihre Investitionen in die Leitungsnetze und Deutschland hat nach wie vor, was die Ausfallzeiten betrifft, die zuverlässigsten Stromnetze. Dies waren die drei wichtigsten Nachrichten des Verbandes der bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) in seiner Jahrespressekonferenz.

Nachdem zum Jahresbeginn die Strompreise im Durchschnitt um 4 % erhöht worden sind, wird wohl bis Mitte 2007 Ruhe an der Preisfront herrschen, weil bis dahin die Strompreise noch genehmigungspflichtig sind. Ab Juli 2007 dürften die 250 bayerischen Stromversorger ihre Preise aber vermutlich erhöhen, „weil sie dann wegen der stark gestiegenen Primärenergiepreise Nachholbedarf haben werden“, sagte VBEW-Geschäftsführer Christoph Prael.

Moderate Erhöhungen

VBEW-Vorstandsvorsitzender Herbert Dombrowsky nennt die Strompreiserhöhungen in Bayern im Vergleich zu anderen Energieträgern „moderat“. Im vergangenen Jahr sind sie nach seiner Darlegung um durchschnittlich 4 Prozent gestiegen, über die letzten sieben Jahre, also seit der Öffnung des Strommarktes 1998, um 11 Prozent. Die Benzinpreise hingegen hätten um 45 Prozent zugelegt, die Gaspreise um 52 Prozent und die Heizölpreise um 86 Prozent. Damit seien die Strompreise noch geringer gestiegen als die Verbraucherpreise insgesamt mit 12 Prozent. Vergleiche man die reinen Erzeugerpreise, also ohne Staatsabgaben und Netzkosten, seien die Strompreise in Deutschland sogar günstiger als etwa in Großbritannien, den Niederlanden oder Frankreich.

Rechtswidrige Beschlüsse in Dinkelsbühl

Noch keine Entscheidung im Anfechtungsprozess gegen die Erdgas Dinkelsbühl GmbH

Bereits aus formellen Gründen sind die Beschlüsse, die seitens der Erdgas Dinkelsbühl GmbH während der Gesellschafterversammlung am 28. Juli 2005 in Abwesenheit der N-ERGIE-Vertreter gefasst wurden, rechtswidrig und deshalb für nichtig zu erklären; so die vorläufige Rechtsauffassung des Landgerichts Ansbach beim Verhandlungstermin Ende März.

Wirksame Gesellschafterbeschlüsse über den Erdgaslieferungsvertrag mit Wingas und die Preisanpassung der Erdgas Dinkelsbühl GmbH lägen damit nicht vor. Bezüglich der in den nachfolgenden Gesellschafterversammlungen am 4.10. 2005 und 19.12. 2005 gefassten Beschlüsse über die Bestätigung des Wingasvertrages neigt das Gericht zu der Auffassung, dass die Beschlüsse formell ordnungsgemäß zustande gekommen sind. Der Beschluss über die Preisanpassung, der nicht bestätigt wurde, bleibt weiterhin nichtig.

Gesellschaft geschädigt

Das Gericht führte weiter aus, dass sämtliche angefochtenen Beschlüsse aus inhaltlichen Gründen für nichtig erklärt werden können, wenn die Geschäftsführung der Erdgas Dinkelsbühl GmbH durch den Abschluss des Wingasvertrages die Gesellschaft geschädigt hat. Dies hänge insbesondere davon ab, ob die Geschäftsführung bei Abschluss des Vertrags mit Wingas zu Recht davon ausgehen durfte, dass der bestehende Erdgaslieferungsvertrag mit N-ERGIE keinen Bestand hat.

In diesem Zusammenhang deutete das Gericht ferner an, dass es auf die Frage ankommen

Freilich zählen die tatsächlichen Endpreise in Deutschland eher zu den höheren in Europa, denn zu den reinen Erzeugerpreisen kommen noch Netzentgelte sowie Abgaben und Steuern (Staatsanteil). Die Netzentgelte machen 35 Prozent des Endpreises aus, die Staatsabgaben sogar 40 Prozent.

Erzeugungsmix

Setzt man 1998, also das Jahr der Liberalisierung des Strommarktes, gleich 100, liegt der Strompreis für die Industrie heute bei 90, der für die Haushalte bei 109. Vom Gesamtverbrauch entfallen 48 Prozent auf die Industrie und je 26 Prozent auf Privathaushalte und sonstige Kunden wie etwa Verkehrsbetriebe. Die „relativ günstigen Strompreise in Bayern führt Dombrowsky nicht zuletzt auf den Erzeugungsmix zurück. Zwei Drittel des 2005 im Freistaat verbrauchten Stroms von 78.900 Kilowattstunden (KWh) wurden mit Kernenergie, „der tragenden Säule der bayerischen Energiewirtschaft“, produziert, 14,3 Prozent mit Wasserkraft, 9,1 Prozent mit Erdgas und 7,6 Prozent mit Steinkohle. 17 Prozent der gesamten Stromerzeugung in Bayern stammen somit aus erneuerbaren Energien. Auf Wasserkraft entfällt mit 87 Prozent der größte Anteil. Ein deutliches Plus auf 7,9 Prozent hat es bei Strom aus Biomasse gegeben. Die hoch

subventionierte Photovoltaik brachte es auf 2,5 Prozent, die kaum ausbaufähige Windkraft auf 1,9 Prozent.

Biomasse mit Potenzial

Für Dombrowsky kann die Kernkraft auf absehbare Zeit nicht vom Netz genommen werden. Selbst wenn der Anteil erneuerbarer Energien deutschlandweit von derzeit 10 Prozent bis zum Jahre 2020 auf 25 Prozent ansteigen sollte, „wie es Bundesumweltminister Gabriel will“, werde es nicht gelingen, die Kernkraft zu ersetzen. Bei der Wasserkraft gilt seine Sorge der Verschlechterung der Rahmenbedingungen, etwa durch „überzogene Ökomaßnahmen“.

Großes Potenzial bietet hingegen die kontinuierlich zur Verfügung stehende Biomasse. Als teuerste Art der Stromerzeugung sieht der VBEW-Vorsitzende die Photovoltaik, die uns mangels Sonne oft ausfällt, aber eine hohe Netz-Infrastruktur erfordert und zu hohen Vergütungen ins Netz eingespeist werden muss. Sie bringt es gerade mal auf 0,4 Prozent des gesamten bayerischen Stromverbrauchs. „Die Fördergelder für diese unattraktive Stromquelle, von der 2005 in Bayern 19.000 Anlagen gebaut wurden, „können“, so Dombrowsky, „an anderer Stelle viel effektiver für den Umweltschutz eingesetzt werden.“

Am allerwichtigsten aber, so die VBEW-Sprecher, sei die Energieeffizienz, also die rationelle Energieverwendung. So habe die bayerische Energiewirtschaft in den letzten Jahren den Brennstoffeinsatz je KWh in den Kraftwerken halbiert und die Übertragungsverluste sogar um zwei Drittel gesenkt. Beim Verbraucher sei der Gedanke angekommen, denn der Verbrauchszuwachs habe im vergangenen Jahr nur noch 0,7 Prozent betragen.

Erhebliche Probleme sieht die Branche durch die anstehende Regulierung durch die Bundesnetzagentur und die Landesregulierungsbehörden auf sich zukommen, insbesondere durch die komplette Entflechtung von

Vertrieb und Netz. Versorger mit mehr als 100.000 Kunden müssen ihren Vertrieb von Mitte 2007 an in gesonderte Gesellschaften ausgliedern, kleine Versorger müssen innerhalb des Unternehmens entflechten. Die Regulierung der Netzentgelte soll den Verbrauchern mehr Transparenz bringen. Großkunden erhalten bereits seit der Liberalisierung zwei Rechnungen, nämlich eine vom Stromlieferanten für die bezogenen Kilowattstunden, und eine vom Netzbetreiber für die Netzentgelte. Bei Privatkunden ist der Anteil der Netzentgelte im Strompreis enthalten, wird aber gesondert ausgewiesen.

Umstellungskosten

Die Entflechtung werde die Strukturen der bayerischen Elektrizitätswirtschaft entscheidend verändern und als Gegenteil zu dem, was der Gesetzgeber wollte, auch zusätzliche Kosten produzieren. In Bayern sei mit Umstellungskosten von einmalig 150 Mio. Euro zu rechnen. Hinzu kämen laufende Kostensteigerungen von jährlich 40 Mio. Euro, weil viele Synergien verloren gingen. Andererseits sei nicht damit zu rechnen, dass durch die Entflechtung der Netze und die Regulierung der Netzentgelte erhebliche Preissenkungspotenziale gegeben seien.

Eine Senkung der Netzentgelte um 5 Prozent bedeute eine Senkung der Strompreise um lediglich 1,5 Prozent. Dombrowsky schließt nicht völlig aus, dass es in Brüssel Bestrebungen geben könnte, sämtliche Netze in einem Gemeinschaftsunternehmen zu erfassen, an dem dann die einzelnen Stromversorger entsprechend dem Wert ihrer eingebrachten Netze beteiligt würden. Aber konkret sei in dieser Richtung noch nichts.

Zu viel Bürokratie

Über die Kostenproblematik hinaus klagt die Branche über viel zusätzliche Bürokratie, die auf sie zukommt, z. B. in Form von „unendlichen Berichts- und Dokumentationspflichten für Daten, die wir bisher nie gebraucht haben“. Allein für die Abwicklung der Stromlieferung für einen Kunden müssten pro Jahr 40.000 Daten zwischen Stromlieferant und Netzbetreiber ausgetauscht werden.

Im vergangenen Jahr haben die bayerischen Stromversorger etwa 310 Mio. Euro in die Netz-

Binnenmarkt für Strom und Gas

Die Europäische Kommission leitet wegen unzureichender Öffnung der Energiemärkte rechtliche Schritte gegen Deutschland und 16 weitere EU-Staaten ein. In 28 Fristsetzungsschreiben fordert sie Deutschland, Österreich, Belgien, die Tschechische Republik, Estland, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Litauen, Lettland, Polen, Schweden, die Slowakei und das Vereinigte Königreich auf, die Richtlinien zur Schaffung eines Energiebinnenmarkts ordnungsgemäß umzusetzen und anzuwenden.

Ferner geht die Kommission vor dem Gerichtshof gegen die Länder vor, die noch keine nationalen Umsetzungsmaßnahmen übermitteln haben (Spanien und Luxemburg). Außerdem prüft sie, ob die Rechtsvorschriften Portugals und Ungarns mit den Richtlinien konform sind.

Wie EU-Energiekommissar Andris Piebalgs erklärte, müssen die Mitgliedstaaten die Elektrizitäts- und die Erdgasrichtlinie formell und inhaltlich umsetzen - und das zügig. „Nach eingehender Prüfung hat die Kommission beschlossen, eine beträchtliche Zahl von Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten einzuleiten, die diese Rechtsvorschriften oder andere Maßnahmen, die für ein höheres Wachstum und mehr Wettbewerb in Europa unerlässlich sind, nicht anwenden“, sagte Piebalgs.

Die Kommission ist der Meinung, dass die Schaffung eines europäischen Energiemarktes ein entscheidender Faktor für niedrigere Energiepreise, eine bessere Versorgungssicherheit und mehr Wettbewerb ist. Sie bemängelt u. a. das Fortbestehen reglementierter Preise, insbesondere zugunsten von zugelassenen Kunden, die den Markteintritt neuer Wettbewerber blockieren. Ein Problem sei auch die fehlende juristische Entflechtung der jeweiligen Übertragungs- und Verteilernetzbetreiber, weiterhin die unzureichende Tariftransparenz und schließlich die mangelhafte Angabe über die Herkunft des Stroms. Im Falle Deutschlands kritisierte Piebalgs, dass der Strommarkt nicht ausreichend geöffnet sei. Die deutsche Umsetzung der Gasrichtlinie entspreche hingegen den Brüsseler Vorgaben. □

infrastruktur investiert. Das waren 37 Prozent mehr als 2004. Und in diesem Jahr sollen die Netzinvestitionen noch mal steigen. Zwar seien wegen solcher hoher Investitionen die Netzkosten in Deutschland höher als in den Nachbarländern, aber andererseits habe Deutschland auch das zuverlässigste Netz mit den geringsten Ausfallzeiten.

Trotz des Schneechaos voriges Jahr im Münsterland kommt Deutschland auf durchschnittlich 23 Minuten Ausfallzeit. Zum Vergleich: Italien bringt es auf eineinhalb Stunden, Irland auf über drei Stunden und Norwegen auf fast vier Stunden Stromaustausch im Jahr. Das engmaschige bayerische Stromnetz trage auch dadurch zur Versorgungssicherheit bei, dass die Versorgung meistens in Form einer Ringlösung erfolgt. Wenn eine Leitung ausfällt, kann Strom von der anderen Seite eingespeist werden.

Preisbildung im Visier

Was die Zukunft der Strompreise angeht, wollte sich der VBEW-Chef nicht festlegen. Bei der Preisbildung komme es

auf drei wesentliche Einflüsse an: die Preise für fossile Energierohstoffe, vor allem Erdgas und Steinkohle, die Entwicklung der Kraftwerkskapazitäten als Saldo von Neubauten und Stilllegungen und auf marktpsychologische Faktoren, wie sie von den Aktienbörsen her bekannt sind. Alle drei Faktoren wiesen zurzeit nach oben. So seien die Großhandelspreise für Strom, wie sie am Spotmarkt der Leipziger Strombörse EEX durch 133 Teilnehmer aus 17 Ländern festgestellt werden, im vergangenen Jahr von 33 auf 50 Euro je Megawattstunde gestiegen. In Leipzig werden bereits 12 Prozent des Stromverbrauchs gehandelt.

Auch aus diesem Grund gehen die Stromversorger zunehmend zur Eigenproduktion über. So bauen die Unternehmen N-ERGIE und E.ON in Irsching ein Gas- und Dampfkraftwerk mit einer Leistung von 800 Megawatt (MW) und N-ERGIE mit anderen Unternehmen in Mittelbach ein Erdgas-Kraftwerk mit 800 MW Leistung. Außerdem entsteht in Irsching eine Forschungsanlage mit einer Leistung von 530 MW. dhg.

LEW
Lechwerke

Seite an Seite.

Energie, die Ihr Leben leichter macht.

Rundum versorgt. Die Lechwerke sind immer für Sie da. Persönlich und vor Ort. Sie wollen Energie sparen oder die Kraft der Sonne nutzen? Unsere Experten beraten Sie. Schnell, kompetent und objektiv.
www.lew.de

RWE Group



Exklusives Angebot für die Mitglieder des BLSV Mittelfranken:

Strompreisgarantie für die Sportvereine

Strombezug mit einer Preisgarantie bis Ende 2008 ermöglicht der bei der N-ERGIE Aktiengesellschaft unterzeichnete Rahmenvertrag. Das Angebot von N-ERGIE und der infra fürth GmbH richtet sich an die ca. 1.275 Sportvereine des Bayerischen Landes-Sportverbands e.V. (BLSV) Sportbezirk Mittelfranken. Unterzeichnet wurde der Vertrag von Hans Reißer, Vorsitzender des BLSV Sportbezirk Mittelfranken, Andreas Lindacher, Vertriebsleiter bei der infra sowie Dirk Fieml, Mitglied des Vorstands bei der N-ERGIE Aktiengesellschaft.

Die Sportvereine stehen unter hohem Kostendruck. Der neue Rahmenvertrag ermöglicht den im BLSV organisierten mittelfränkischen Vereinen, ihren Strom bis zum 31. 12. 2008 zum Festpreis zu beziehen. Dies bedeutet eine annähernd dreijährige Preisgarantie. Damit gewinnen die Schatzmeister nicht nur ein sehr hohes Maß an Planungssicherheit, die Vereine werden auch finanziell entlastet. Denn die Preisgarantie gilt unabhängig davon, wie stark sich die Strompreise noch weiter nach oben entwickeln.

Die Sportvereine wurden direkt vom BLSV Sportbezirk Mittelfranken über das Angebot informiert. Sie haben bis zum 1. Juli Zeit es anzunehmen. Das Angebot ist beschränkt auf das Netzgebiet der N-ERGIE und der mit der N-ERGIE kooperierenden Stadt- und Gemeindewerke in Mittelfranken sowie auf das Netzgebiet der infra fürth. Die Energieversorger fördern den Sport in der Region in vielfältiger Weise. So unterstützt N-ERGIE z.B. das Radrennen „Rund um die Nürnberger Altstadt“ oder den internationalen Triathlon-Wettbewerb Quelle Challenge. Zudem gibt es mit über einhundert Amateur-Fußballvereinen Verträge über Bandenwerbung. Ähnlich engagiert sich die infra: Das Sponsoring des ATP-Tennisturniers „Schickedanz“ Open oder des alljährlich stattfindenden „Kärwalaufs“ sind dafür nur zwei Beispiele. Darüber hinaus demonstrieren viele Bandenbeschriftungen und Anzeigen in Vereinsheften die Verbundenheit zum Sport. Unser Bild zeigt (v.l.): Dirk Fieml, Mitglied des Vorstands N-ERGIE, Andreas Lindacher, Vertriebsleiter infra fürth gmbh und Hans Reißer, mittelfränkischer BLSV-Vorsitzender.

Festakt der EnergieRegion Nürnberg:

Beeindruckendes Netzwerk

Im Raum Nürnberg hat sich in den vergangenen Jahren ein starkes Energienetzwerk herausgebildet, das deutschlandweit seinesgleichen sucht. Unter dem Motto „Energie44“ feierte die EnergieRegion Nürnberg in diesem Jahr gleich vier Jubiläen auf einmal. 15 Jahre Solarenergie Informations- und Demonstrationzentrum (Solid), 10 Jahre EnergieAgentur Mittelfranken (EAM), 5 Jahre Energie-Technologisches Zentrum (etz) und 5 Jahre EnergieRegion Nürnberg. Diese Einrichtungen sind ein starkes Indiz dafür, dass die Region ihre führende Stellung in Sachen Elektro- und Energietechnik offensiv behaupten will.

Bei der Festveranstaltung „Energie hoch vier“ fassten die Oberbürgermeister der Städteachse Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach sowie Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner und N-ERGIE Vorstandssprecher Herbert Dombrowsky die Erfolge einer sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung in der Region zusammen. Spitzner bezeichnete das Jubiläum „Energie hoch 4“ der Region Nürnberg als wichtigen Schritt, damit der Name der Region weiterhin seinen Glanz als Synonym für hochwertige Elektro- und Energietechnik behält.

Die Wurzeln von „Energie44“ reichen fast 20 Jahre bis ins Jahr 1988 zurück, stellte Spitzner fest. Begonnen habe alles mit dem „Ausstellungs- und Beratungsprojekt Erneuerbare Energien im Großraum Nürnberg“. Dabei ging es um Fragen der Förderung u. a. durch das Bayerische Wirtschaftsministerium. Dieser Besprechung seien noch etliche weitere gefolgt. Ergebnis war die Förderung einer Vorstudie, die letztlich in die Gründung von solid im Jahr 1991 mündete. Der damalige „Referent für Wirtschaft und Liegenschaften“ der Stadt Erlangen und heutige Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, sei

durchaus als Vater dieses Zentrums zu bezeichnen, meinte Spitzner.

Rückblickend könne die Gründung von solid als Startschuss für den Aufbau des mittelfränkischen Energienetzes aus solid, EAM, etz und EnergieRegion Nürnberg gesehen werden, die dann im Fünf-Jahres-Rhythmus folgten, fuhr der Staatssekretär fort. Das Energie-Technologische Zentrum als regionales Projekt der High-Tech-Offensive Bayern werde auch heute noch mit einem Volumen von 2,9 Mio. Euro gefördert.

Kluge Strategie

Eine weitere strategische Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung zugunsten des Großraums Nürnberg war die Gründung von Bayern Innovativ einschließlich des Bayerischen Energie-Forums in Nürnberg. „Die ausgezeichnete Zusammenarbeit“ des Bayerischen Energie-Forums mit dem mittelfränkischen Energienetzwerk drückt sich laut Spitzner in vie-

len Gemeinschaftsprojekten aus - u. a. im „Netzwerk Bau und Energie“; Kooperationsforen wie „kommunales Energiemanagement“ (mit etz) und „Innovation Konventionelle Kraftwerke“ (mit EnergieRegion).

Für den 1. Juni 2006 sei ein Kongress zu erneuerbaren Energien in Nürnberg geplant, bei dem auch der Bayerische Energiepreis verliehen wird. Mit der Cluster-Offensive gebe die Staatsregierung weitere Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit der Region, betonte der CSU-Politiker.

Wachstumschancen für die Energietechnik nutzen

Mit Blick auf anstehende energiepolitische Aufgaben erklärte Spitzner: „Energie bleibt ein Megathema für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Wir stehen vor einem Berg von energiepolitischen Aufgaben, der abgearbeitet werden muss. Das ist wichtig und dringend, weil wir die seit Jahren steigenden deutschen Energiepreise in den Griff bekommen müssen, die Industrieproduktion und Arbeitsplätze im Land bedrohen und weil wir Wachstumschancen für die Energietechnik nutzen wollen, die weltweit boomt.“

Deutschland benötige ein schlüssiges Energiekonzept. Wichtige Eckpunkte für eine

standortverträgliche Energieversorgung seien: wettbewerbsfähige Energiepreise, ein ausgewogener Energiemix (einschließlich Kernenergie), mehr Effizienz und Innovation sowie FuE in allen energietechnischen Bereichen. Gemeinsam mit Baden-Württemberg plädierte Bayern für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke. Für den von der Bundesregierung geplanten „Energiegipfel“ formulierten die beiden Bundesländer eine gemeinsame energiepolitische Position.

N-ERGIE Vorstandssprecher Herbert Dombrowsky betonte in seinem Grußwort, dass sich im Großraum Nürnberg durch das finanzielle Engagement der örtlichen Energieversorger ein Netzwerk für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieberatung gebildet hat, das bundesweit einmalig ist.

„Neben dem wirtschaftlichen Erfolg, der sich in den jährlichen Dividendenausschüttungen ausdrückt, haben gerade wir als Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Mehrheit auch die langfristigen Aspekte der Nachhaltigkeit der Energieversorgung im Auge. Deshalb sehen wir es als wichtig an, uns an Gesellschaften wie Solid zu beteiligen und sie zu begleiten.“ so Dombrowsky.

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft ist an der Solid GmbH mit 50,7 Prozent und an der EnergieAgentur Mittelfranken e.V. mit 48 Prozent beteiligt. Jährlich unterstützt die N-ERGIE die beiden Unternehmen mit rund 500.000 Euro. **DK**

Sicherheit mit dem E-Check

Isolationsschäden bei Elektrokabeln oder überlastete Leitungen in Gebäuden - dieses Gefahren- und Störungspotenzial rechtzeitig aufzuspüren bringt Sicherheit. Mit dem E-Check werden elektrische Geräte und Anlagen überprüft und die Verbraucher sind auf der sicheren Seite. Darüber informiert die neueste Ausgabe des N-ERGIE Kundenmagazins „Meine N-ERGIE“.

Mit dem E-Check ermitteln die Fachbetriebe der Elektroinnung beispielsweise fehlende Schutzleiter bei den Steckdosen oder überprüfen, ob Fehlerstromschutzschalter vorhanden sind. Fehlerstromschutzschalter helfen Leben schützen. Denn gerät ein Körper, z.B. über Feuchtigkeit, in Kontakt mit dem Stromnetz, schalten diese Geräte die Stromversorgung sofort ab. Annähernd ein Drittel aller Elektronikschäden wird durch Überspannung verursacht. Schutzmaßnahmen gegen Blitzschlag und Überspannung schützen elektrische und elektronische Geräte vor den Folgen, die in einem Radius von bis zu 1,5 Kilometern wirken können.

Aber bereits der Datenverlust, der entsteht, weil Überspannung den Computer lahm gelegt hat, ist ärgerlich und durch E-Check vermeidbar. Der beauftragte Fachbetrieb überprüft alle elektrischen und informationstechnischen Geräte und Anlagen.

Art und Umfang der Überprüfung sind vom Verband Deutscher Elektrotechniker (VDE)

festgelegt. Möglich ist darüber hinaus auch die Beratung, wie Sicherheit erhöht oder wie mit dem Einsatz moderner Energietechnik Stromkosten gespart werden können. Dokumentiert wird der E-Check mit einem Protokoll und dem Prüfiegel „E-Check - geprüft nach VDE“. Die Kosten richten sich nach der Anzahl der Geräte und Anlagen sowie nach dem Umfang der Be-

ratungsleistung. Der E-Check wird bei Schadensforderungen von Versicherungen und Gerichten als Dokument herangezogen. Einige Versicherungen gewähren auch Prämienvorteile.

Die N-ERGIE Handwerkersuche im Internet unterstützt die Suche nach Fachbetrieben, die einen E-Check durchführen dürfen. Unter www.n-ergie.de/Energie-Tipps/E-CHECK erscheint nach der Angabe von Postleitzahl oder Wohnort eine Liste von zertifizierten Handwerkern.

Kunden der N-ERGIE fanden im Februar eine Stromcheckliste in ihrem Briefkasten. **□**



Die Reduzierung der Betriebskosten, niedrige Anlagenkosten, kontinuierlich steigende Energiekosten und die Förderung von GRAMMER-Luftkollektoren machen die Investition in „GRAMMER-JumboSolar“ zunehmend lohnenswert. **□**

Nutzung von Sonnenenergie mit GRAMMER-JumboSolar

Solaranlagen zur Wärmeerzeugung dienen gerade in Zeiten steigender Ölpreise nicht nur der Erwärmung von Trinkwasser, vielmehr gewinnen solare Heizsysteme immer mehr an Bedeutung und sind gerade in den letzten Jahren technisch immer besser mit Haustechniksystemen bzw. Technischen Gebäudeausrüstungen (TGA) abgestimmt

Die direkte solare Erwärmung von Luft spielt dabei eine immer größere Rolle, zumal oft gleichzeitig eine Lüftungsfunktion beinhaltet ist. Solare Luftsysteme sind geradezu prädestiniert für große Solaranlagen, denn in großvolumigen Gebäuden, wie Turn- und Schwimmhallen, Gewerbehallen oder Bürogebäuden sind Lüftungssysteme standardisierter Bestandteil der TGA. Aber

nicht nur dort, wo eine Luft-Infrastruktur vorhanden ist, bietet sich der Einsatz von Luftkollektoren ohne größeren Aufwand an.

Im Vordergrund von „GRAMMER-JumboSolar“, steht die Frischluftversorgung und die Wärmebereitstellung. Herzstück dieser Solaranlage im Gesamtpaket ist der GRAMMER-Luftkollektor mit Absorberprofilen aus Aluminium, durch welche an-

statt flüssiger Wärmeträger Luft strömt. Bereits bei niedrigen Außentemperaturen und schwacher Solarstrahlung im Winter wird damit eine Erwärmung der Luft um bis zu 35° K erreicht. Diese frische Warmluft wird direkt in die zu beheizenden Räume geleitet und sorgt somit für eine angenehme und energiesparende Durchlüftung und Erwärmung des Gebäudes.

Anwendungsgebiete: Produktionshallen, Werkstätten, Lagerhallen, Verkaufsräume, Aufenthalts- und Versammlungsräume, Büroräume/Großraumbüros, Schulen, Kindergärten, Unterrichtsräume, Schwimm-, Sport-, Turnhallen sowie technische Anlagen mit Prozesswärmebedarf - überall dort, wo bereits Lüftungsanlagen vorhanden sind. **□**

Mehr Energie für Stadt und Land



Unser Erfolgsgeheimnis liegt in der Nähe. Deshalb bieten wir bedarfsgerechte und innovative Energieprodukte für Kommunen – immer verbunden mit professionellem Service auf Augenhöhe!

www.n-ergie.de

N-ERGIE
Spürbar näher.

Engagement und Leistung für Umwelt und Region

„2,2 Millionen Kunden schenken der in Regensburg ansässigen E.ON Bayern AG ihr Vertrauen und können sich jederzeit auf faire Preise, erstklassigen Service, höchste Versorgungssicherheit und innovative Energielösungen verlassen“, so eine Pressemeldung des Energieversorgers. Als integrierter Strom- und Gasanbieter liefert E.ON Bayern jährlich neben 28 Milliarden Kilowattstunden Strom auch rund fünf Milliarden Kilowattstunden umweltschonendes Erdgas an 80.000 Kunden in Bayern.

Von den 3.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind mehrere hundert erfahrene Servicetechniker der 19 Kundencenter für eine sichere Strom- und Gasversorgung im Einsatz.

Störungs-Ersteinsatz rund um die Uhr

Das bedeutet für E.ON Bayern-Kunden qualitativ hohen Service vor Ort und sofortigen Störungs-Ersteinsatz rund um

LfU-Fachtagung in Augsburg:

Umweltauswirkungen regenerativer Energien

Die Branche boomt: Sprit vom Acker, Strom aus Kuhmist, Heizen mit Holz. Immer mehr Land- und Forstwirte nutzen die Fördermittel und setzen auf die Erzeugung regenerativer Energien. In Bayern werden bereits vier Prozent der Primärenergie aus Biomasse gewonnen, doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt. Ein europäischer Aktionsplan gibt jetzt noch einmal Rückenwind: Europaweit soll der Anteil der Bioenergie im Energiemix bis 2010 verdoppelt werden.

Der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), Albert Göttle, hat deshalb bei einer Fachveranstaltung in Augsburg die Bedeutung nachwachsender Rohstoffe für den Klimaschutz hervorgehoben. Neuester Trend bei der Bio-Spritproduktion ist die „Ganzpflanzennutzung“, zum Beispiel beim Raps. Dort wird nicht nur das energiereiche Öl der Samen genutzt, sondern die gesamte Pflanze verwertet. Göttle forderte aber auch dazu auf, nachteilige Umweltauswirkungen in den Gesamtbilanzen zu berücksichtigen.

Rund 800 Biogasanlagen in Bayern erzeugen Strom aus der Vergärung von Gülle. Im Auftrag des Umweltministeriums hat das LfU das Biogashandbuch Bayern erstellt. Interessenten erhalten konkrete Hilfen zu Genehmigungsverfahren, Technik und Anforderungen im Betrieb. Denn auch die umweltfreundlichen Biogasanlagen können Umweltauswirkungen haben.

Dr. Michael Specht, Ulrich Zuberbühler und Andreas Baudi vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden Württemberg (ZSW), Stuttgart, wiesen darauf hin, dass Biomassepotenziale zur energetischen Nutzung zwar limitiert sind, aber einen erheblichen Teil des Energiebedarfs decken können. Mit regenerativen Kraftstoffen seien drastische CO₂-Einsparungen von über 90 Prozent möglich. Biogene Ressourcen vermögen nennenswerte Anteile zu decken. Langfristig komme auch regenerativ erzeugte Elektrizität in Betracht.

Dass die Verbrennung von Halmgut Perspektiven aufweist, berichtete Dr. Ruth Brökeland. Zwar sei die Getreide- und Strohverbrennung technisch nicht so weit entwickelt wie die Holzverbrennung, doch seien die Probleme technisch lösbar. Die Investitionen seien höher als bei Holzfeuerungsanlagen, das Potenzial sei aber sehr groß - auch als Getreideganzpflanze. Zudem sei der Bestandteil des künftigen Bio-Brennstoff-Mixes sehr beachtenswert. **DK**

die Uhr. Für die berufliche Entwicklung junger Menschen leistet E.ON Bayern als qualifizierter Ausbildungsbetrieb mit derzeit rund 320 Plätzen einen wichtigen Beitrag.

20 Prozent der Energie aus regenerativen Quellen

Bereits heute stammen 20

Prozent des Stroms von E.ON Bayern aus regenerativen Energiequellen wie Wasser, Wind, Sonne, Biomasse und Biogas. Damit nimmt E.ON Bayern in Deutschland eine Spitzenstellung bei der erneuerbaren Energie ein. Als Eigentümer oder Mitgesellschafter dezentraler Energieanlagen erzeugt E.ON Bayern neben Wärme auch über eine Milliarde Kilowattstunden Strom.

Wärmepumpen

Das Spektrum reicht von Gasturbinen über Blockheizkraftwerke und Deponiegasnutzungsanlagen bis hin zu Photo-

voltaik. Zudem hat das Unternehmen als kompetenter Partner bei der Realisierung von mehr als 10.000 Wärmepumpenheizungen, über 1.000 Photovoltaikanlagen und rund 100 Biomasse- und Biogasanlagen mitgeholfen. Das Motto lautet: Umweltschonende Energie aus der Region für die Region.

Gesellschaftliche Verantwortung

Als „ein Stück Bayern“ nimmt das Unternehmen seine gesellschaftliche Verantwortung aktiv an und trägt seinen Teil zur Förderung von Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung sowie sozialer Projekte und des Jugendsports bei. Engagement für die Regionen im Freistaat ist auch der Kulturpreis Bayern für herausragende Künstler und Top-Absolventen der Universitäten und Fachhochschulen. Zu den bundesweit höchst dotierten

Preisen für ökologisches Handeln zählt der „E.ON Bayern Umweltpreis“. Der Energiedienstleister möchte damit ein Ausrufezeichen für aktives Engagement setzen und sein Profil als nachhaltig handelndes und ökologisch orientiertes Unternehmen schärfen.

Förderung des regionalen Breitensports

Der Förderung des regionalen Breitensports dient das Trikotsponsoring, bei dem E.ON Bayern Jugendmannschaften mit neuer Spielkleidung ausstattet. Fast 1.000 Teams jubeln schon in den roten und weißen Trikots. Für viele Vereine ist dies eine willkommene Hilfe, die das Engagement der ehrenamtlichen Übungsleiter, Trainer und Betreuer unterstützt. Im zweiten Jahr schon stattet E.ON Bayern auch heuer hundert Städte und Gemein-

den mit Sicherheitspaketen für Schulweghelfer aus und leistet mit dieser Initiative einen Beitrag zur Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr. Mit dem Sponsorpool Bayern der Stiftung Jugend forscht unterstützt das Unternehmen Schulen mit Hilfsmitteln, um damit den naturwissenschaftlich- und technikbegeisterten Jungforschern zu helfen, ihren Forscherdrang und Erfindergeist umsetzen zu können.

225 Millionen Euro für Strom und Gasnetze

Im Freistaat investiert E.ON Bayern heuer rund 225 Millionen Euro in den Ausbau, die Reparatur und die Wartung der Strom- und Gasnetze sowie der technischen Anlagen. Dieses Auftragsvolumen sichert rund 3.000 bayerische Arbeitsplätze bei den beauftragten regionalen Fachfirmen.



Ein Stück Bayern.

Wir sind vor Ort: Als Ansprechpartner in allen Energiefragen sind wir immer für Sie da und kümmern uns darum, dass Sie sicher versorgt werden. Rund um die Uhr. E.ON Bayern ist Service in Bayern.

www.eon-bayern.com
www.eon.com

e-on | Bayern

Dillingen an der Donau:

Vertrauen auf modernste Erdgastechnik

Das landschaftlich schön gelegene Dillingen an der Donau ist eine Stadt, in der es sich gut leben und arbeiten lässt. Attraktiv sowohl als Wirtschaftsstandort wie auch als Kulturstadt bietet Dillingen seinen Bürgerinnen und Bürgern alle Voraussetzungen für ein funktionierendes Gemeinwesen.

Eine der obersten Prioritäten der Stadtverwaltung Dillingens ist umweltschonendes und nachhaltiges Handeln. Da versteht es sich fast von selbst, dass die Stadt bei der Energieversorgung auf Erdgas setzt.

erdgas schwaben versorgt seit über 50 Jahren die Region Schwaben mit dem umweltschonenden Erdgas. Im Frühjahr 1952 gegründet, baute der Energieversorger sein Leitungsnetz stetig und vorausschauend aus. Heute umfasst das Netz über 4.500 Kilometer in ganz Schwaben und versorgt 164 Städte und Gemeinden in der Region.

Eine davon ist seit vielen Jahren die große Kreisstadt Dillingen an der Donau. Dillingens Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl sitzt dabei sozusagen an der Quelle, denn neben Benediktinerkolleg und Donaustadt versorgt erdgas schwaben auch das Rathaus in der Königstraße mit der umweltschonenden Energie Erdgas. Hans-Jürgen Weigl ist stolz auf Dillingens historisches Rathaus: „Das sogenannte „Alte Rathaus“, erzählt er, „wurde bereits um 1500 erbaut. 1827 wurde ein nachgebildeter Renaissance-Giebel vorgeblendet und die Traufseite entsprechend dekoriert. Damit sah unser Rathaus schon beinahe genauso aus wie die Dillingenerinnen und Dillingener es kennen. Die letzte

große Veränderung war der Einbau einer Erdgasheizung. Damit verbindet sich aufs Angenehmste historische Architektur mit modernster Erdgastechnik. Darüber hinaus achten wir als innovative und moderne Stadt bereits seit Jahren bei unseren Bauvorhaben auf eine umweltschonende und langlebige Heiztechnik. Mit Erdgas sind diese Voraussetzungen erfüllt.“

Georg Radlinger, Leiter des Kommunalkundenmanagements bei erdgas schwaben sieht sich bestätigt: „Aufgrund der hohen technischen Standards sowie der Zuverlässigkeit moderner Erdgasgeräte hat Dillingen mit Erdgas eine sichere, saubere und umweltschonende Energie gewählt. Erdgas ist zudem langfristig verfügbar und das Leitungsnetz wird von uns kontinuierlich weiter ausgebaut. Schwaben ist unsere Heimat, daher ist es für uns wichtig, dass wir als regionales Versorgungsunternehmen uns gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hier in der Region engagieren - zum Nutzen aller Menschen, die hier leben und arbeiten.“

Erdgas ist in Deutschland eine vergleichsweise junge Energie. Die Nachfrage nach Erdgas steigt kontinuierlich. Über 75 % aller Neubauwohnungen werden heute mit einer Erdgasheizung ausgestattet. Tendenz steigend. □

Zahl der Erdgasfahrzeuge erneut gestiegen

Die Zahl der erdgasbetriebenen Fahrzeuge ist nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes im Jahr 2005 um 30 Prozent auf 38.933 gestiegen (Vorjahr 33 Prozent). Davon sind etwa 31.000 Pkw, 6.700 Lkw und 1.300 Busse. Der größte Zuwachs an Erdgasfahrzeugen war im vergangenen Jahr mit fast 75 Prozent in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen. Die meisten Erdgasfahrzeuge gibt es mit 8.228 Zulassungen in Nordrhein-Westfalen.

Experten sind sich sicher, dass die Nachfrage nach Erdgasfahrzeugen in Deutschland auch in diesem Jahr weiter deutlich steigen wird. Die hohen Kraftstoffpreise machen das gegenüber Benzin um 50 Prozent günstigere Erdgas zu einer Alternative für Autofahrer, die einen Ausweg aus der Benzinpreisspirale suchen.

Dies zeigt nicht nur das große Besucherinteresse an Erdgasfahrzeugen während der Automobil International, die Anfang April in Leipzig stattfand. Eine aktuelle repräsentative Marktforschung belegt, dass Erdgasfahr-

zeuge bei 60 Prozent der Autofahrer ein positives Image besitzen und 12,5 Prozent der Neuwagenkäufer auch ein Erdgasfahrzeug kaufen würden. Eine Wahl, die vielen noch in diesem Jahr leichter gemacht wird, denn die Palette der erdgasbetriebenen Fahrzeuge bekommt durch neue Modelle Zuwachs: Der Opel Zafira 1.6 CNG, der Volkswagen Touran EcoFuel sowie der Volkswagen Caddy EcoFuel sind für den Sommer 2006 angekündigt. Im Herbst will Ford den neuen Focus CNG auf den Markt bringen und Fiat zum Jahresende den Panda Natural Power. □

Stadtwerke gegen Regulierungsbehörden

VKU kündigt entschiedenen Widerstand gegen ungerechtfertigte Einschnitte bei Netzentgelten an

Wenn die Regulierungsbehörden sich mit ihren zweifelhaften und einseitigen Vorstellungen zur Kostenkalkulation der Stromnetzentgelte durchsetzen, hat dies nach Ansicht des Verbandes kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) dramatische wirtschaftliche Konsequenzen für die Stadtwerke und deren kommunale Eigner. Die genehmigten Netzentgelte könnten bis zu 30 Prozent unter den beantragten liegen. „Das wäre katastrophal. Notwendigen Netzinvestitionen würde damit die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Dagegen werden wir uns entschieden wehren“, erklärt Michael Schöneich, Hauptgeschäftsführer des VKU.

„Die Regulierungsbehörden nehmen bewusst in Kauf“, so Schöneich weiter, „dass die Existenz vieler Stadtwerke gefährdet wird und den Städten und Gemeinden Einnahmeausfälle in Millionenhöhe drohen. Wenn mit Regulierungsmethoden Strukturpolitik betrieben wird, muss die Politik dem Einhalt gebieten.“

Der Protest der Stadtwerke richtet sich gegen die gemeinsamen Auslegungsgrundsätze von Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörden zur Stromnetzentgeltverordnung vom 7. März dieses Jahres. Nach Meinung des VKU sind sie entweder nicht durch die Verordnung zum neuen Energiewirtschaftsgesetz gedeckt bzw. verfassungsrechtlich und betriebswirtschaftlich nicht zulässig.

Steuerlichem Querverbund wird Grundlage entzogen

Bei der Gewerbesteuer soll - entgegen dem Wortlaut und der Entstehungsgeschichte der Netzentgeltverordnung - statt der kalkulatorischen nur die tatsächlich gezahlte Gewerbesteuer in Ansatz gebracht werden können. Dies würde bedeuten, dass dem steuerlichen Querverbund die Grundlage entzogen wird. Denn aufgrund der Möglichkeit, Gewinne und Verluste steuerlich zu verrechnen, zahlen die Stadtwerke keine oder nur eine geringe Gewerbesteuer. Die Erträge können auf diese Weise eingesetzt werden, um verlustbringende Bereiche wie den Öffentlichen Personennahverkehr oder die Bäder zu finanzieren. Der VKU schätzt, dass allein mit dieser Änderung der Stadtwerken rund 330 Millionen Euro fehlen würden. Würde man die Auswirkungen auf die Gasnetzentgelte zusätzlich berücksichtigen, würde die Milliardengrenze erreicht.

Sehr problematisch ist auch die Bewertung des Sachanlagevermögens. Die in der Vergangenheit bei Übernahme von Strom- und Gasnetzen auf Sachwertzeitbasis entrichteten Kaufpreise sollen nur eingeschränkt in die Netzkalkulation Eingang finden. Die Netze würden damit entwertet, so der VKU, was einem enteignungsgleichen Eingriff gleich käme. Für die vielen Stadtwerke, die in den vergangenen Jahren die örtlichen Stromnetze von ihren Vorlieferanten zurück gekauft haben, hätte dies katastrophale wirtschaftliche Folgen. Der VKU appelliert deshalb an Bundeswirtschaftsminister Glos, auf die Regulierungsbehörden einzuwirken.

Machbarkeitsstudie:

Biogas als Kraftstoff mit Zukunft

In einer Gemeinschaftsstudie von Verbänden und Politik wurden im Auftrag des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) und der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches (DVGW) die Potenziale von Biomasse für die künftige Energieversorgung untersucht. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Minderung von Treibhausgasen gelegt.

Demnach bietet Biogas eine interessante Perspektive, Erdgas als Kraftstoff zu ergänzen. 2030 könnte durch den massiven Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen sogar ein Fünftel des Kraftstoffbedarfs durch Bioerdgas gedeckt werden. In der Gesamtbilanz reduziert der Einsatz von Bioerdgas die Klimagasemissionen von heutigen Antrieben um 55 bis 65 Prozent ge-

genüber den klassischen Kraftstoffen. Die Studie empfiehlt daher, dem regenerativen, gasförmigen Kraftstoff mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Für weitere Auskünfte: Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft, Albert Kobbe, Reinhardtstr.14, 10117 Berlin, Tel.: 030/28041-510, Fax: 030/28041-410, eMail: kobbe@bgw.de □

Bayerngas und Essent:

Grünes Licht für Kooperation

Ausbau bisheriger Aktivitäten im kommunalen Umfeld

Die Bayerngas GmbH und der niederländische Energieversorger Essent wollen künftig kooperieren. Beide Aufsichtsräte geben jetzt grünes Licht für die Kooperation, in die sich die Unternehmen paritätisch einbringen. Die Bayerngas GmbH und die Deutsche Essent GmbH werden in Kürze das gemeinsame Tochterunternehmen Novogate GmbH gründen. Das Unternehmen wird eine attraktive Gasbeschaffungsplattform für Stadtwerke aufbauen und wird ausdrücklich offen für die Aufnahme von Stadtwerken in den Gesellschafterkreis sein. Sobald die notwendige Genehmigung des europäischen Kartellamtes vorliegt, wird Novogate von München und Düsseldorf aus operieren.

Geplant ist ein Start zum 1. Juni. Beide Unternehmen sehen darin eine ideale Fortsetzung ihrer bisherigen Aktivitäten im kommunalen Umfeld. Sowohl Bayerngas als auch die niederländische Muttergesellschaft Essent N.V. sind im Besitz kommunaler und regionaler Anteilseigner. Durch diese Partnerschaft soll in dem sich entwickelnden europäischen Gasmarkt mehr Liquidität und Transparenz geschaffen werden.

Die Kombination von Gasbeschaffungsvolumen, Trading und Risikomanagement wird zu signifikanten Vorteilen für Kunden und Anteilseignern führen. Zusätzlich werden Bayerngas und Essent gemeinsam Investitionsprojekte im Gasbeschaffungsbereich nahe an der Quelle untersuchen, um Geschäftsmöglichkeiten entlang der Wertschöpfungskette auszuweiten. „Bayerngas und Essent ergänzen sich ideal, sowohl von der Geographie, der Struktur ihrer Kunden als auch von der Erfahrung im Gasmarkt her. Die effektive Kombination von traditioneller Beschaffungserfahrung und internationaler

Trading- und Risikomanagementexpertise bietet den Stadtwerken eine willkommene Alternative zu herkömmlichen Anbietern“ erklärte Paul van Son, Geschäftsführer der Deutschen Essent GmbH.

Die Unternehmen verfügen zusammen über ein gebündeltes Geschäftsvolumen von über 200 Mrd. kWh Erdgas pro Jahr. Zusammen gehört man zu den größeren Einkäufern auf dem europäischen Erdgasmarkt. „Auf diesem Wege bieten wir eine sehr attraktive Beschaffungsplattform für unsere Kunden an, die für sich alleine solche Möglichkeiten mangels Volumen nicht erhalten können“, erläutert Bayerngas-Geschäftsführer Dr. Ulrich Mössner die Vorteile.

„Bayerngas und Essent sehen in dieser Kooperation nur die erste Stufe einer Zusammenarbeit, die sie künftig systematisch weiterentwickeln wollen, in der das Ziel Upstream-Beteiligung sinnvoll wird. Darüber hinaus sind die absehbaren Investitionskosten und -risiken nur innerhalb einer Partnerschaft tragbar“, stellte Mössner fest. □

Bioenergiepark Schalchen:

Impuls für Biomasse

Der von der BioMa Energie AG und der Neue Vermögen AG geplante Bioenergiepark in Schalchen bei Tacherting (Lkr. Traunstein) wird von Landwirtschaftsminister Josef Miller ausdrücklich begrüßt. Bei der Präsentation des Projekts in München sagte er, das 250-Millionen-Euro-Vorhaben sei ein wichtiger Beitrag, Bayerns führende Rolle bei der energetischen Nutzung von Biomasse auszubauen. Der gute Ruf des Freistaats als Innovations- und Wirtschaftsstandort werde damit bestätigt.

Besonders die heimische Land- und Forstwirtschaft profitiere von dem Großprojekt - die Rohstoffe für die Erzeugung von Strom, Wärme und Biokraftstoffen sollen vorwiegend aus der Region kommen.

Private Investoren

Miller begrüßte auch die Ankündigung der privaten Investoren, auf dem Gebiet der Forschung eng mit dem Straubinger Kompetenzzentrum für

Nachwachsende Rohstoffe zusammen zu arbeiten.

Die Staatsregierung setzt seit Jahren auf die konsequente Nutzung der Biomasse: Von 1990 bis 2005 wurden rund 216 Millionen Euro, davon 176 Millionen Euro aus Landesmitteln, dafür bereit gestellt - mehr als in jedem anderen Bundesland. Aktuell liegt Bayern mit einem Biomasse-Anteil von vier Prozent am Primärenergieverbrauch fast doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Der Biomasse-Einsatz entspricht einer Beheizung von 930 000 Einfamilienhäusern. 2,3 Milliarden Liter Heizöl werden dadurch ersetzt, der Ausstoß von sechs Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid wird vermieden.

Bund bremst Biomasse

Miller kritisierte in diesem Zusammenhang erneut die Besteuerungspläne des Bundes für Biokraftstoffe. Der positive Trend bei der Biomasse-Nutzung werde so unnötig gebremst. Bayern hat deshalb zusammen mit Baden-Württemberg im Bundesrat gefordert, die vorgesehene Steuer für Biodiesel als Reinkraftstoff und in Mischungen um fünf Cent auf fünf bzw. zehn Cent pro Liter zu verringern. Miller will zudem Pflanzenöl von der Steuer ganz befreien. Die Verwendung sei technisch noch nicht so weit ausgereift, dass sie dem Vergleich mit fossilen Kraftstoffen standhält. □



Dillingen an der Donau - wir heizen mit Erdgas

...ebenso wie 164 weitere Städte und Gemeinden in unserer Region

Hans-Jürgen Weigl,
Oberbürgermeister der Stadt Dillingen an der Donau, freut sich, dass den Dillinger Bürgerinnen und Bürgern mit Erdgas eine saubere und umweltschonende Energie zur Verfügung steht.

www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben gmbh
Betriebsstelle Günzburg
Geschwister-Scholl-Straße 3
89312 Günzburg
Telefon 08221 3602-0
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

ESB-Grundschulwettbewerb 2005 / 2006:

Feierliche Prämierung der Gewinnerschulen

Mit insgesamt 120.000 Euro werden die 12 Gewinnerschulen des 2. Schulwettbewerbs der Erdgas Südbayern GmbH (ESB) ausgezeichnet. Unter dem Motto „Ein Klassenzimmer für Kopf, Herz und Hand“ waren die Grund- und Förderschulen im Versorgungsgebiet der ESB dazu aufgerufen, Ideen zur besseren Ausgestaltung ihrer Lernräume zu entwickeln. Die feierliche Prämierung der kreativsten Projekte fand mit Karl Freller, Staatssekretär im Kultusministerium, sowie Dieter Rathsam und Werner Bähre von der Geschäftsführung der ESB statt.

Dazu Dieter Rathsam, Geschäftsführer bei der ESB: „Wir freuen uns, mit diesem Schulwettbewerb einen Beitrag für bessere Lernbedingungen in einer ganzen Reihe von Grund- und Förderschulen in der Region leisten zu können. Gerade die von den Schülern gezeigte Eigeninitiative wird immer wichtiger für den beruflichen und privaten Erfolg.“

Mitglied in der Stiftung Bildungspakt Bayern

Die gesellschaftliche Verantwortung der ESB geht über den Grundschulwettbewerb jedoch deutlich hinaus: So ist das Unternehmen Mitglied in der Stiftung Bildungspakt Bayern, die im Jahr 2000 mit Karl Freller als Stiftungsvorsitzendem ins Leben gerufen wurde. Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, neue Wege einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft zu finden.

Der Wettbewerb

In zahlreichen empirischen Untersuchungen wurde belegt, dass die Raumgestaltung einen Einfluss auf die Lernbereitschaft und den Arbeitserfolg

Europäische Kommission:

Strategiepapier zur Energieversorgung

Die Europäische Kommission hat heute ein umfassendes Strategiepapier zur Energieversorgung in der EU vorgelegt. In insgesamt sechs Bereichen möchte die Brüsseler Behörde mit dem so genannten „Grünbuch Energie“ die Mitgliedstaaten von einer engeren Zusammenarbeit überzeugen. „Die Herausforderungen der Energiepolitik des 21. Jahrhunderts verlangen eine gemeinsame Antwort der EU“, sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso bei der Präsentation des Papiers in Brüssel.

„Es ist Zeit für eine neue europäische Energiepolitik“, sagte Energiekommissar Andris Piebalgs. Das Papier soll eine Diskussionsgrundlage für die Mitgliedstaaten sein, macht aber in einigen Bereichen konkrete Vorschläge.

So will die Kommission unter anderem erreichen, dass alle EU-Staaten Speicher für Erdgas anlegen, die eine Versorgung über mindestens zwei Monate sicherstellen. Sollte es zu Liefer Schwierigkeiten kommen, würden sich die Mitgliedstaaten nach den Vorstellungen der Kommission untereinander helfen. Bisher gibt es solche Vorgaben nur für Erdöl.

Vorrangige Bereiche

Die Europäische Kommission nennt sechs vorrangige Bereiche. Darunter fällt auch der gemeinsame Binnenmarkt für Energie, den die EU-Kommission weiter vorantreiben will. Dabei sollen die Verbindungen zwischen den nationalen Stromnetzen zügig ausgebaut werden. Außerdem schlägt die Kommission vor, eine europäische Regulierungsbehörde einzurichten, die EU-weit einen fairen Wettbewerb im Energiemarkt garantieren soll. Gesetzesvorschläge zu diesem Bereich sollen bis Ende des Jahres folgen.

Ein nachhaltiger, effizienter

ausübt. Die ESB unterstützt mit ihrem Wettbewerb das Zusammenspiel von Schülern, Lehrern und Eltern und fördert gleichzeitig Verantwortungsfähigkeit und Eigeninitiative. Viele Schulen haben sich mit ihren Projekten am Wettbewerb beteiligt. Der Hauptpreis für die Gewinnerschulen beträgt je 10.000 Euro. Alle anderen teilnehmenden Schulen, die nicht gewonnen haben, erhalten hochwertige Musikinstrumente im Wert von 500 Euro.

Die Preisträger

Folgende Schulen dürfen sich jeweils über einen Scheck in Höhe von 10.000 Euro freuen:

- Grundschule Waldkraiburg
- Volksschule Bernau a. Chiemsee
- St. Notker-Schule, Privates Förderzentrum
- Grundschule Loiching
- Grundschule Simbach a. Inn
- Volksschule Vilshaim
- Bischof-Sailer-Volksschule Aresing
- Volksschule Langquaid
- Sonderpädagogisches Förderzentrum Weilheim
- Grundschule Weßling
- Sonderpädagogisches Förderzentrum Farchant
- Volksschule Schäftlarn. □

Erdgaspreise für Endkunden steigen

Erhöhung geringer als Einkaufskosten der ESB

Aufgrund der weiter gestiegenen Preise auf den internationalen Energiemärkten muss die Erdgas Südbayern (ESB) seit 1. April 2006 mehr für Erdgas bezahlen. Die höheren Bezugskosten führen nun auch im ESB-Preissystem seit 1. April 2006 zu höheren Erdgaspreisen - um 0,26 Cent je Kilowattstunde Erdgas. Dabei gibt die ESB die Bezugskostensteigerung nicht in voller Höhe weiter. Das bestätigt auch die unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PWC) in einem Gutachten.

Die PWC-Wirtschaftsprüfer haben ermittelt, dass seitens der ESB der Anstieg der Beschaffungskosten nicht in vollem Umfang an die Verbraucher weitergegeben wurde. „Wir sehen uns damit bestätigt, dass wir keine ungerechtfertigten, unbilligen oder überhöhten Preissteigerungen vorgenommen haben, denn unsere Preise sind fair und marktgerecht“, so Martin Heun, Prokurist der ESB. „Auch die aktuelle Preisanpassung zum 1. April 2006 werden wir wieder nicht in vollem Umfang an die Kunden weitergeben. Die Gutachten sind für die Öffentlichkeit im Internet unter www.esb.de/transparenz abrufbar.

Auf dem Weltmarkt gibt es einen unveränderten Anstieg der Energienachfrage. Langfristige angelegte Studien prognostizieren für die nächsten 25 Jahre eine Verdoppelung des weltweiten Energieverbrauchs. Die Steigerung der Energienachfrage in den vergangenen Jahren hat sich auch 2006 fortgesetzt und wirkt sich damit auf die Beschaffungskosten für Erdgas aus. Seit Januar 2004 bis Dezember 2005 erhöhten sich die Erdgas-Importpreise um 72 Prozent. Eine ähnliche Entwicklung ist bei Heizöl zu beobachten. Als regionaler Energie-Dienstleister hat die ESB praktisch keinen Einfluss auf die Mechanismen der weltweiten Energiemärkte. Nur durch interne Kostenoptimierung und geschickte Einkaufspolitik, kann die ESB die Erdgaspreise für ihre Kunden niedrig halten.

Die ESB bietet ihren Kunden bereits seit mehreren Jahren verschiedene Preismodelle und Wahlleistungen an. Unter anderem war die ESB der erste Energieversorger, der seinen Kunden einen Fixpreis für 12 Monate (ESB-Fix) angeboten hat. 10.000 ESB-Kunden haben sich im vergangenen Jahr dafür entschieden und sind von der aktuellen Preisentwicklung nicht betroffen.

„Diese Vielfalt im Preissystem wird es auch zukünftig geben. Wir werden unseren Kunden weiterhin verschiedene Optionen anbieten und zudem einen Anreiz schaffen zum Energiesparen und zum Einsatz von modernen Erdgas-Heizungsanlagen“, so Martin Heun. Erdgas ist als komfortable und umweltschonende Energie in Deutschland seit Jahren die erste Wahl. Das zeigen auch die unverändert positiven Anschlusszahlen im südbayerischen Liefergebiet der ESB. Auch im Jahr 2005 haben sich rund 4.500 neue Erdgas-Kunden für das umweltfreundliche Erdgas als Heizenergie entschieden. Im Vergleich zu Holz- und Ölheizungen sprechen auch die niedrigen Emissionswerte bei Feinstaub und anderen Luftschadstoffen für Erdgas als Wärmeenergie. □

Aktionsplan

Darüber hinaus will die Kommission mit einem Aktionsplan die Reduktion der Treibhausgas weiter forcieren und die Entwicklung klimafreundlicher Energietechnologie fördern. Schließlich schlägt die Kommission eine gemeinsame auswärtige Energiepolitik vor, um gegenüber den wichtigen Energielieferanten mit einer Stimme aufzutreten. Außerdem will die Kommission erreichen, dass der Bau von Infrastruktur zur Energieversorgung, vor allem von Pipelines oder Flüssiggasterminals, in der EU koordinieren werden. □

Erdgasimporte:

Daten und Fakten

Nach vorläufigen Berechnungen des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) lagen die deutschen Erdgasimporte im Februar 2006 mit 345.596 Terajoule (TJ) um 14,7 % über der entsprechenden Menge des Vorjahresmonats (301.368 TJ).

Der Grenzübergangspreis pro TJ Erdgas lag im Februar 2006 mit 5.779,15 Euro (dieses entspricht ca. 2,08 Cent/kWh) um 3,4 % über dem Preis im Januar 2006 (5.591,14 Euro). Gegenüber Februar 2005 (4.001,46 Euro) ist der Grenzübergangspreis pro TJ Erdgas um 44,4 % gestiegen.

Im aktuellen Zwölfmonatszeitraum März 2005 bis Februar 2006 lagen die Erdgasimporte mit 3.536.621 Terajoule (TJ) um 5,5 % über der entsprechenden Menge der Referenzperiode März 2004 bis Februar 2005 (3.352.348 TJ).

Die drei wichtigsten Lieferländer waren die Russische Föderation (1.468.029 TJ), Norwegen

(1.130.496 TJ) und Niederlande (776.319 TJ).

Der Wert der Erdgaszugänge aus russischen, niederländischen, norwegischen und britischen Fördergebieten betrug im Berichtszeitraum 17,051 Mrd. Euro im Vergleich zu 11,566 Mrd. Euro im Vorjahreszeitraum. Der durchschnittliche Grenzübergangspreis ist im betrachteten Zeitraum im Vergleich zur Referenzperiode um 39,7 % von 3.450,23 Euro auf 4.821,37 Euro pro TJ Erdgas gestiegen. Der Grenzübergangspreis zeigt den Preis des Erdgases an der deutschen Grenze und folgt in der Regel mit einer gewissen Zeitverzögerung den Preisen für Mineralöl.

Saisonbonus für Erdgasanschluss:

ESB unterstützt Klimaprogramm

Zur Unterstützung des „Klimaprogramms Bayern“ fördert die Erdgas Südbayern (ESB) den Anschluss an die Naturenergie Erdgas bis zum 30. Juni 2006 mit einem Saisonbonus von 250 Euro. Der südbayerische Erdgasversorger ergänzt damit sein konsequentes Engagement für die Umwelt um einen weiteren Förder-Baustein. Hauseigentümer, die sich bis zum 30. Juni 2006 für Erdgas von der ESB entscheiden, können viel Geld beim Erdgasanschluss sparen. Denn die ESB zahlt in dieser Zeit für den Erdgasanschluss einen einmaligen Saisonbonus von 250 Euro.

„Bei der anhaltenden Diskussion über alternative Heizsysteme kommt dieses Angebot gerade recht. Denn viele Hausbesitzer überlegen bei den derzeit hohen Energiekosten, ihre alte Heizungsanlage zu modernisieren. Nachweislich brauchen moderne Heizsysteme, wie zum Beispiel die Erdgas-Brennwerttechnik, bis zu 30 Prozent weniger Energie“, erklärt Martin Heun, Leiter Marketing und Vertrieb bei der ESB, „und Erdgas bietet neben einem hohen Wohnkomfort damit nach wie vor auch eines der preisgünstigsten Heizungssysteme am Markt“. Das bestätigt auch eine Studie der Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch e.V. (ASUE).

Möglichkeiten nutzen

Viele Hauseigentümer haben heute bereits die Möglichkeit, sich ans Erdgasnetz der ESB anzuschließen und mit Erdgas eine gute Energie-Alternative zu Heizöl, Strom oder Holz. Und da bei vielen Gebäuden früher oder später eine Modernisierung der Heizungsanlage anstehen wird, heißt es jetzt schon zu vergleichen und die Möglichkeiten zu nutzen.

Den Preisvorteil von 250 Euro beim Erdgasanschluss kann die ESB anbieten, weil wir dadurch die Planungen für das laufende Jahr mit unseren Sub-

unternehmen optimieren können“, so Martin Heun weiter. „Unsere Baufirmen werden effektiver ausgelastet wodurch eine Kosteneinsparung entsteht, die wir gern an unsere künftigen Kunden weitergeben. Darüber hinaus gilt zusätzlich das ESB-Wechselgeld von 650 Euro für alle Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern, die bis Ende des Jahres von einer anderen Energie auf Erdgas umstellen“, verspricht Heun.

Informationen zum Saisonbonus und zum ESB-Wechselgeld finden Interessenten in einer Broschüre, die bei der ESB angefordert werden kann. Infotelefon der ESB: 01805/291111 (12 Cent/Min. im Festnetz) oder im Internet unter www.esb.de.

Effizientes Erdgas

Erdgas ist Wunschenergie Nummer 1 - 75 Prozent des derzeitigen Wohnungsbaus in Deutschland werden mit Erdgas beheizt. Damit ist auch die ESB gut aufgestellt, denn der Erdgasabsatz stieg in 2005 um 6 Prozent auf 16,7 Mrd. kWh und liegt somit klar über dem Bundesdurchschnitt. Diese Entwicklung kam nicht zuletzt durch die tiefen Temperaturen des lang anhaltenden Winters zustande. Der Kundenzuwachs beläuft sich auf 6.750 Haushalte in 2005, wovon die Hälfte ehemalige Ölheizher sind, und stieg insgesamt auf rund 170.000. □

Die 5-Sterne-Wärme für Ihr Zuhause



300 Städte und Gemeinden in Südbayern

werden seit 40 Jahren zuverlässig mit Erdgas von der ESB versorgt!

Erdgas



Heizöl



Strom



Erdgas Südbayern GmbH

Ungsteiner Straße 31, 81539 München
Tel. 01805/291111 (12 Cent/Min. im Festnetz der deutschen Telekom)
E-Mail: info@esb.de, www.esb.de

ESB
Erdgas Südbayern

Mit Erdgas in guter Gesellschaft.

Neues Ausbildungszentrum:

Lechwerke investieren für die Zukunft

Bilanzpressekonferenz mit positiven Signalen / 106,5 Mio. Euro Jahresüberschuss

Augsburg (jdt). Mit positiven Signalen ausgestattet war die Bilanzpressekonferenz der Lechwerke AG in Augsburg. Die Vorstandsmitglieder Ulrich Kühnl und Paul Waning betonten, es sei gelungen, an das erfolgreiche Jahr 2004 anzuknüpfen.

Zum Geschäftsjahresende 2005 konnte ein Bilanzgewinn (nach HGB) von 60 Millionen Euro (2004: 53 Millionen Euro) erwirtschaftet werden. In erster Linie konnte die Steigerung erzielt werden durch Wertpapierverkäufe. Bei einem Umsatz von 805 Millionen Euro wurde ein Jahresüberschuss von 106,5 Millionen Euro erreicht. Eine Neuerung ist, dass für die LEW-Gruppe zum ersten Male ein Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards aufgestellt wurde. Herausgestellt wurden die sehr beachtlichen Investitionen für die Zukunft. Im Jahr 2005 wurden für Instandhaltung und Modernisierung 66 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Steigende Strompreise

Zum Auftakt seines Berichtes stellte Vorstandsmitglied Ulrich Kühnl heraus, die Neuregelung des Energiewirtschaftsgesetzes habe maßgeblich die Rahmenbedingungen der Branche und auch der LEW-Gruppe bestimmt. Die Strompreise am Großhandelsmarkt seien in den letzten drei Jahren stark angestiegen, analog verlaufend zur Entwicklung auf den Weltenergiemärkten. Nach wie vor hätten die Importenergien eine preisliche Leitfunktion

auch für die Strompreise. Das gelte nicht nur für Deutschland, sondern auch international. In Großbritannien und in den USA seien die Großhandelspreise sogar noch stärker gestiegen als in Deutschland.

Hohe Bedeutung sicherer Versorgung

Aufmerksam gemacht wurde in der Bilanzpressekonferenz auf die alarmierenden internationalen zu beobachtenden Versorgungsausfälle und die Schneekatastrophe im Münsterland im November 2005. Der breiten Öffentlichkeit sei die hohe Bedeutung einer sicheren Versorgungsinfrastruktur auf drastische Weise vor Augen geführt worden. Der spezielle Rang des Masten-Modernisierungsprogramms kam hier zur Sprache. Im August habe das extreme Hochwasser in der Region zu schaffenden Schäden, wobei die unmittelbaren Schäden dank des großen Einsatzes der Mitarbeiter der Lechwerke begrenzt geblieben seien.

In einem nicht einfachen Umfeld, so wurde von Kühnl registriert, habe LEW im Vorjahr ein gutes betriebliches Ergebnis erzielt. Positive Wirkungen ausgegangen seien vom erfolgreich gestarteten Effizienzprogramm:

„Wir haben die gesetzlich vorgeschriebene Entflechtung von Netz und Vertrieb gesellschaftsrechtlich bereits zum 1. Januar 2005 umgesetzt und sind in der neuen Struktur zukunftsfähig ausgerichtet.“

Hingewiesen wurde darauf, dass Vorstand und Aufsichtsrat der Lechwerke der Hauptversammlung am 9. Mai 2006 in Augsburg eine Dividende von 15 Euro je Aktie zur Ausschüttung vorschlagen werden. Hinzu kommen soll eine Sonderausschüttung von zwei Euro je Aktie.

Klarer Aufwärtstrend

Beim betrieblichen Ergebnis der LEW-Gruppe nach IFRS wurde 2005 eine Steigerung auf 112,6 Millionen Euro, gegenüber 100,7 Millionen Euro im Vorjahr, erreicht. Drei operative Punkte wirkten sich in der Ergebnisabrechnung positiv aus: Verbesserung des Erzeugungsergebnisses aufgrund der Entwicklung der Großhandelspreise; Optimierungen in der Strombeschaffung; Einsparungen aus dem Effizienzprogramm. Ein Hinweis galt Einsparungen in allen Geschäftsbereichen, besonders bei Sachkosten und durch Produktivitätssteigerungen (rund 4 Millionen Euro).

Berichtet wurde über einen klaren Aufwärtstrend bei Investitionen und Unterhaltsaufwendungen. Erwähnung fanden die

Erneuerung des Umspannwerkes in Oberottmarshausen, die Verlegung eines Trafos nach Irisingen und Erstellung einer Trafowanne zur Verbesserung des Lastflusses, Neubau der Netzleitstelle in Augsburg und Investitionen in Ortsnetze und Hausanschlüsse.

Investitionsanreize nötig

Beim Ausblick auf die nächsten Monate wurde festgestellt, dass auf dem Energiemarkt keine Entspannung erkennbar sei. Mit Nachdruck wurden folgende Forderungen als entscheidende Grundprinzipien aufgestellt: „Wir brauchen Transparenz, Verlässlichkeit und Fairness der Regulierungsentscheidungen; Kunde und Netzbetreiber sollen gleichermaßen an der Effizienzentwicklung partizipieren; Wir fordern die Beachtung struktureller Unterschiede und unternehmensindividueller Investitionszyklen der Netzbetreiber; Wir erwarten die Wahrung von Investitionsanreizen und Qualitätsaspekten.“

Kühnl und Waning machten auf die Bedeutung von LEW als einer der größten Investoren der Region aufmerksam, nicht nur in Sachanlagen, sondern auch in Ausbildung und u. a. in regionalen Sponsoringaktivitäten.

Als besonders bedeutsam wurde herausgestellt die Planung eines neuen Ausbildungszentrums am Standort Augsburg-Oberhausen in den nächsten zwei Jahren. Gebaut werde ein komplett neues Gebäude für die gewerbliche Ausbildung, die bisher integriert gewesen sei im Bereich der Werkstätten. Dies habe sich als nicht mehr ausreichend erwiesen. Beschäftigt seien bei LEW 99 Auszubildende.

Unter den „Top Zehn“

Mit rund 1600 Beschäftigten sind die Lechwerke, wie die Vorstandsmitglieder verdeutlichten, „einer der Top Zehn Arbeitgeber unserer Region“. Verantwortung für die Region übernehme man auch im Sektor Steuern und Abgaben. Über die Konzessionsabgaben in Höhe von rund 26 Millionen Euro trügen die Stromkunden zur Finanzierung der kommunalen Haushalte bei. Darüber hinaus flössen rund 13 Millionen Euro als Gewerbesteuer direkt in die Städte und Gemeinden. Die enge Verbundenheit mit der Region komme, wie Kühnl und Waning erwähnten, auch dadurch zum Ausdruck, dass Aufträge von LEW soweit möglich an Firmen in der Region gingen. □



Mehrfach und wirkungsvoll präsent bei der „afa“ in Augsburg: die Lechwerke. Von links: Landtagsabgeordneter und Stadtrat Johannes Hintersberger, Augsburg, LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning, Landwirtschaftsminister Josef Miller, Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert. Bild -jdt-

Wärmepumpen auf dem Vormarsch

Lechwerke fördern umweltfreundliche Energie

Augsburg (jdt). Auf die besondere Aktualität der Kosten sparenden Umwelt-Heizung „Wärmepumpe“ machten während der neuntägigen Augsburger Frühjahrsausstellung die Lechwerke in Verbindung mit verschiedenen Wärmepumpenherstellern aufmerksam. Paul Waning, Vorstandsmitglied von LEW und Vorsitzender des Bundesverbandes „Wärmepumpe“, machte beim Prominenten-Rundgang nach der „afa“-Eröffnung auch den Schirmherrn, Landwirtschaftsminister Josef Miller, auf die Vorzüge der die Sonnenkraft nutzenden Energiequelle aufmerksam.

Von Waning wurde darauf hingewiesen, dass die Entwicklung der Einführung der Wärmepumpe gerade in Bayerisch-Schwaben sehr positiv sei. In den letzten zwei Jahren habe der in Deutschland angestrebte Marktanteil von 10 Prozent im Regierungsbezirk weit überschritten werden können.

Werbung für „Wärmepumpe“

Beachtung fand der Hinweis darauf, dass die Wärmepumpe in Österreich, der Schweiz und in den skandinavischen Ländern deutlich stärkere Verbreitung finde als hierzulande. Auch deshalb werde, so Paul Waning, der Bundesverband „Wärmepumpe“ seine Aufklärung und Werbung weiter vorantreiben. Die Herstellerfirmen spürten im übrigen bis zu zweistellige Zuwachsraten. Das Interesse, Wärmepumpen in bestehenden Gebäuden einzurichten, nehme ebenfalls erheblich zu.

Forum Schule

Informiert wurde bei der „afa“ von LEW auch über die

Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Augsburg und über die Bildungsinitiative „Forum Schule - Lernen, Erleben, Wissen“ der Lechwerke und deren besonderen Service, die „easy-living-Karte“, mit interessanten Freizeitangeboten zu vergünstigten Preisen.

Informiert wurde von Mitarbeitern von LEW auch über den Tatbestand, dass von den Lechwerken ein besonderer Beitrag zur Versorgungssicherheit geleistet würde und dass heuer bei den Strompreisen zunächst keine Verteuerung zu erwarten sei.

Enge Kooperation mit den Kommunen

Registriert wurde u. a. die enge Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene. Sie ist auch gewährleistet mit dem Bezirk Schwaben, der einen Aktienanteil bei LEW von 6,2 Prozent hält. Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert gehört dem Beirat der Lechwerke-Führungsebene seit Mai 2005 an. Beiratsmitglied ist auch weiter der frühere Bezirksstagspräsident Dr. Georg Sinnacher. □

Hürden gemeinsam meistern.
Zinslasten senken – Marktchancen nutzen

Machen Sie Ihr Finanzmanagement zum Chancenmanagement: Die erfahrenen Spezialisten der Deutschen Bank bieten moderne Finanzinstrumente an, die zielgenau und praxisorientiert auf Kommunen, kommunale Betriebe und Unternehmen zugeschnitten sind. Ihre Chancen: Zinsaufwand senken, Verpflichtungen schneller abbauen und neue Spielräume für Investitionen schaffen.

Mehr dazu erfahren Sie im Internet oder direkt von Ihrem Ansprechpartner: Hans-Jürgen Gerlach, Tel.: 0 89-23 90 22 09 E-Mail: hans-juergen-ge.gerlach@db.com

www.deutsche-bank.de/oeffentlicher-sektor

Leistung aus Leidenschaft.

Deutsche Bank



E.ON Bayern investiert rund 30 Millionen Euro für Oberfranken

Im Rahmen einer Investitionsoffensive hat der Energiedienstleister E.ON Bayern sein Investitionsbudget für dieses Jahr um rund zehn Prozent auf 225 Millionen Euro erhöht. Hiervon profitiert die Region Oberfranken mit der stattlichen Summe von knapp 30 Millionen Euro. Die Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen kommen erneut in hohem Maße der heimischen Wirtschaft zu Gute. „Durch die generelle Auftragsvergabe an private mittelständische Unternehmen in der Region trägt E.ON Bayern dazu bei, über 400 Arbeitsplätze in Oberfranken zu sichern und neue zu schaffen,“ so Rolf Wutschka, Generalbevollmächtigter der E.ON Bayern AG.

Der weitaus größte Anteil der Summe fließt in den Bereich Stromverteilung. Daneben wird aber auch die Infrastruktur für die Gasversorgung ausgebaut, die seit Anfang letzten Jahres ein weiteres Geschäftsfeld von E.ON Bayern ist. Mit diesem Volumen kann laut Wutschka die Netzverfügbarkeit und damit auch die Versorgungsqualität der Kunden weiterhin auf hohem Niveau sichergestellt werden.

Bei den Investitionen in den Bereichen Netz und Technik baut die Regionalleitung wie in der Vergangenheit auf die Kompetenz der drei Kundencenters für Oberfranken in Kulmbach, Bamberg

und Naila, von denen die Mittel dezentral gesteuert werden.

Neben den Instandhaltungsmaßnahmen und der Erschließung von Baugebieten bildet die Verkabelung störungsanfälliger Mittelspannungs-Freileitungen wie in den Vorjahren einen Investitionsschwerpunkt. Allein im letzten Jahr wurden ca. 110 km 20-kV-Freileitungen in den Boden gelegt, die insbesondere aufgrund ihrer Nähe zu hohen Bäumen besonders gefährdet waren. Hier konnten bei Stürmen und starkem Schneefall Bäume in die Freileitungen stürzen, Seile reißen und so manchen folgenschweren Stromausfall auslösen.

Diese Verkabelungsstrategie trägt Früchte, es wurden wesentlich weniger Störungen registriert und die in den letzten drei Jahren forcierte Verkabelung wird deshalb auch dieses Jahr mit zusätzlichen Budgetmitteln fortgesetzt. Im Gebiet der Regionalleitung Oberfranken von Tettau im Norden bis Erlangen im Süden, Geiselwind im Westen und Rehau im Osten sind erneut über 100 km neue Kabelleitungen geplant. Große Projekte sind beispielsweise die Verkabelung der Strecken von Mostviel über Egloffstein zum Umspannwerk Thuisbrunn sowie von Plankenfels nach Löhltitz.

Dank der Investitionsoffensive kann E.ON Bayern darüber hinaus systematisch damit beginnen, ausgewählte Ortsnetz-Transformatorstationen zu erneuern, die in der Vergangenheit zu Störungen geführt hatten, bzw. bei denen größere Instandhaltungsaufwendungen nicht mehr wirtschaftlich wären. Hierdurch wird die Versorgungssicherheit zu Gunsten der Kunden weiter erhöht. □

21. Gundremminger Kraftwerksgespräch:

Standort unverzichtbar für gesicherte Stromversorgung

Gundremmingen (jdt). „Das Kernkraftwerk Gundremmingen (KGG) ist für die sichere und umweltfreundliche Stromversorgung im Freistaat Bayern unverzichtbar“, betonte beim inzwischen Tradition gewordenen „Kraftwerksgespräch“ in der größten deutschen Kernkraftwerksanlage deren Technischer Geschäftsführer Dr. Helmut Bläsing. Den rund 180 Gästen aus Politik, Kommunalpolitik, Wirtschaft und weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens präsentierte er eine der besten Produktionsbilanzen in der Geschichte des KGG und ein „sehr erfolgreiches Betriebsjahr 2005“. Mit rund 21,3 Milliarden Kilowattstunden erreichte das Gundremminger Werk mit 2700 Megawatt installierter Leistung nach dem Jahr 2003 das zweitbeste Produktionsergebnis. Hervorgehoben wurde die Zeitverfügbarkeit der beiden Blöcke mit jeweils etwa 93 Prozent, damit in der Spitzengruppe der deutschen Kernkraftanlagen.

In den Mittelpunkt der Veranstaltung rückten die Berichte des Technischen Geschäftsführers Dr. Bläsing und des Kaufmännischen Geschäftsführers Georg Büth. Sie informierten auch über die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Standortzwischenlagers, das Projekt des Technologiezentrums in den früheren Maschinengebäuden des Blockes A und den besonderen Rang des Wirtschaftsfaktors Kernkraftwerk gerade für die Region. In seinem Gastreferat „Endlagerung von Brennelementen: Stand und Ausblick“ gab Diplomingenieur Rudolf Weh von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) einen Einblick in technische Besonderheiten bei der Entsorgung von Brennelementen und „wie es mit deren Endlagerung langfristig weitergehen müsste“.

Prominente Teilnehmer

Unter den Teilnehmern der Veranstaltung konnten Landrat Hubert Hafner, Günzburg, stellvertretende Landrätin Angela Rieder, Dillingen, der Bundestagsabgeordnete Dr. Georg Nüßlein (Wahlkreis Neu-Ulm/Günzburg) und der Gundremminger Bürgermeister Wolfgang Mayer

(im Jahr 2000 zum Sprecher der deutschen Standortgemeinden mit nuklearen Anlagen berufen) begrüßt werden.

Uneingeschränkter Voll-Lastbetrieb

In seinem Vortrag ging Dr. Bläsing auf die besondere Leistungsfähigkeit des KGG ein. Block B sei bis auf den 19-tägigen Stillstand zum Brennelementwechsel sowie eine geplante Reaktorschnellabschaltung (RESA) mit anschließendem Kurzstillstand mit Voll-Last betrieben gewesen. Erzeugt worden seien im Block B rund 10,8 Milliarden Kilowattstunden. Zur Zeit befindet sich Block B im uneingeschränkten Voll-Lastbetrieb und erreiche aufgrund der lang anhaltenden, sehr kalten Witterung eine durchschnittliche Leistung von 1370 Megawatt. Im Frühsommer 2006 stehe für Block B eine mehrwöchige große Jahresrevision mit Brennelementwechsel und Generatortausch im Programm.

Weitgehend auf Voll-Last, mit der Erzeugung von rund 10,5 Milliarden Kilowattstunden, lief auch - so Bläsing weiter - Block C. Im Oktober und November

2005 habe es einen 25-tägigen Revisionsstillstand mit Brennelementwechsel, geplanter Reaktorschnellabschaltung (RESA), vorgesehener Turbinenschnellabschaltung (TUSA) sowie dem Austausch des Generators gegeben. Im Herbst sei routinemäßig der Brennelementwechsel im Block C vorgesehen. In den ersten zwei Monaten 2006 wurden von beiden Blöcken rund vier Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt.

51 Millionen Kilowattstunden täglich

Den besonderen Rang von „Gundremmingen“ für die Stromversorgung verdeutlichte Dr. Bläsing mit dem Hinweis darauf, dass beide Kraftwerkblöcke pro Tag im Durchschnitt knapp 51 Millionen Kilowattstunden produzieren: „Das entspricht rein rechnerisch dem Tagesstrombedarf von über 5,3 Millionen deutschen Durchschnittshaushalten und erspart Bayern Tag für Tag gut 51.000 Tonnen Kohlendioxid (CO₂)“.

Europa- und auch weltweit Beachtung fanden von Dr. Bläsing hervorgehobene, im Jahr 2005 erreichte „Wegmarken“, die den sehr guten Zustand der Gundremminger Anlage veranschaulichen. Am 1. Juni 2005 produzierte Block B die 200 Milliarden Kilowattstunde und am 15. November 2005 überschritt das Werk als erste 1344-Megawatt-Siedewasser-Doppelkraftanlage der Welt die 400-Milliarden-Kilowattstunden-Rekordmarke nach nur 21 Betriebsjahren. Damit werde, wie der Technische Geschäftsführer darlegte, dokumentiert „die ausge-

zeichnete Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort, ein sichtbarer Beleg für die Qualifikation und Motivation sowie das Sicherheitsbewusstsein der Belegschaft“.

Gelebte Sicherheitskultur

Groß geschrieben werde, wie von Bläsing unterbreitet, die „gelebte Sicherheitskultur“. Jedes Jahr fließe ein dreistelliger Millionen-Euro-Betrag nicht nur in die routinemäßigen Revisionen und Brennelementwechsel, sondern auch in vorbeugende Instandhaltung und kontinuierliche Nachrüstungen sowie Erneuerungs- und Modernisierungsmaßnahmen.

Die auf der Basis verschiedener Genehmigungen im August 2004 begonnenen Bauarbeiten am Standort-Zwischenlager verliefen „planmäßig“. Nach Rohbauaufstellung und Rohbauabnahme Ende September 2005 seien die Ausbauarbeiten gefolgt mit Lüftung, Wärmeschutzfassade, Dacheindeckung, Kabeltrassen, technischen Einrichtungen für radiologische Überwachung, Brand- und Objektschutzüberwachung usw. und Außenanlagen. Als letzte große Einzelbaumaßnahmen wurden kürzlich abgeschlossen der Einbau der zwei Schwerlast-Portalkräne, der inneren Abschirmtüre und der Außentore. Ab Mitte 2006 könne voraussichtlich mit der Beschickung des Zwischenlagers begonnen werden. Jedes Jahr wolle man etwa sechs Castoren unterbringen. Das Zwischenlager verfüge über eine Kapazität von 192 Stellplätzen und eine genehmigte Aufbewahrungszeit von 40 Jahren.

Dem Ende entgegen gehe der Rückbau des Blockes A mit insgesamt einer rückgebauten Ge-



Die besondere Bedeutung des Kernkraftwerkes Gundremmingen für eine sichere Stromversorgung wurde beim 21. „Kraftwerksgespräch“ hervorgehoben. Im Bild (von rechts): Landrat Hubert Hafner, Günzburg, stellvertretende Landrätin Angela Rieder, Dillingen, Bundestagsabgeordneter Dr. Georg Nüßlein, der Gundremminger Bürgermeister Wolfgang Mayer, Technischer Geschäftsführer Dr. Helmut Bläsing. Bild: jdt-

samtmasse von knapp 8.400 Tonnen. Nach dem Abschluss dieser Arbeiten werde das ehemalige Technikgebäude des Blockes A, ohne das Reaktorgebäude, als Technologiezentrum in die laufende Kraftwerksanlage mit den Blöcken Bund C integriert. Eine Änderungsgenehmigung wurde am 5. Januar erteilt.

Wirtschaftsfaktor

Von Georg Büth, dem Kaufmännischen Geschäftsführer des Kernkraftwerkes Gundremmingen, wurde dessen herausragende Bedeutung als regionaler Wirtschaftsfaktor vorgestellt mit einem hohen Investitionsaufwand. In den laufenden Betrieb der zwei Block-Anlagen seien bisher über zwei Milliarden Euro investiert worden. Das Auftragsvolumen an Fachfirmen habe allein im Jahr 2005 rund 80 Millionen Euro be-

tragen. Bei Auftragsvergaben würden, wie G. Büth feststellte, möglichst Firmen aus der Region berücksichtigt. Diese profitierten im vergangenen Jahr von Aufträgen in Höhe von ungefähr 25 Millionen Euro.

Gestärkte Region

Die Region sei auch gestärkt worden durch Firmen-Neugründungen infolge des Kernkraftwerk-Betriebes, mit zusätzlichen etwa 1.000 Arbeitsplätzen. Anlässlich der Brennelementwechsel bzw. der Revisionen würden zweimal jährlich für gut acht Wochen durchschnittlich etwa 1.200 Fachkräfte zusätzlich beschäftigt. Einschließlich der Auszubildenden gebe es im Kraftwerk rund 750 attraktive Arbeitsplätze, nicht gerechnet die Dauerbeschäftigung weiterer 250 Kräfte von Fremdfirmen. □

Kreisräte und Bürgermeister aus dem Landkreis München:

Energie-Informationsfahrt

Besuch im Niedrigenergiehaus der E.ON Bayern AG in Poing

Kreisräte aus dem Landkreis München, Mitglieder der Arbeitsgruppe „Agenda 21“, die Bürgermeister von Aying, Grasbrunn, Neubiberg, Oberhaching, Schäftlarn und Unterhaching sowie Mitarbeiter des Landratsamtes München trafen sich kürzlich im Bauzentrum Poing, um gemeinsam mit Energieexperten der E.ON Bayern AG über zukunftsorientierte Lösungen der Energieanwendungen im Heizungsbereich zu beraten. Auf der Tagesordnung standen Themen wie die Entwicklung der Wärmemärkte und technische Konzepte der Zukunft. Zugleich nutzten die Gäste die Gelegenheit, um sich über die Möglichkeiten zur effizienten Energienutzung durch Strom und die Anwendung regenerativer Energietechniken zu informieren.

Das aus dem Projekt „Energie-zukunft Bayern“ finanzierte Niedrigenergiehaus von E.ON Bayern, das nach den einleitenden Vorträgen im Technologiepavillon besichtigt wurde, ist so konzipiert, dass es trotz aufwändiger Wärmedämmung und hoher Dichtigkeit der Gebäudehülle für Häuslebauer erschwinglich bleibt. Durch die kompakte Ar-

chitektur, die energieoptimierte Haus- und Heizungstechnik sowie die Nutzung regenerativer Energien bietet es für potentielle Bauherren richtungweisende Ideen und fortschrittliche Technik „zum Anfassen“. Alle Komponenten der Haustechnik sind auf Energieeinsparung bzw. effizienten Energieeinsatz und damit auf die Schonung der Ressourcen ausgerichtet. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Heizkosten: Nur 490 Euro im Jahr sind für Raumwärme (156 m² beheizte Fläche) und Warmwasserbereitung aufzuwenden.

Wärmequelle Erdwärme

Eine Elektro-Wärmepumpe mit einer Heizleistung von ca. sechs Kilowatt (kW) bei einer elektrischen Anschlussleistung von 1,5 kW beheizt das Gebäude. Als Wärmequelle dient die Erdwärme, die über drei Erdsonden mit jeweils vierzig Meter Länge erschlossen wird. Das Erdgeschoss wird über den Fußboden, die oberen Räume über die Wände beheizt. An heißen Sommertagen können die Räume über die Erdsonden bei sehr nied-

rigen Kosten gekühlt werden.

Be- und Entlüftungsanlage

Den notwendigen Luftwechsel stellt eine mechanische Be- und Entlüftungsanlage sicher. Je nach Außentemperatur wird damit die Frischluft mit sehr geringem Energieeinsatz im Winter vorgewärmt und im Sommer abgekühlt.

Bei der Bereitung des Warmwassers ergänzen sich zwei flache Sonnenkollektoren auf dem Dach und ein 300-Liter-Speicher mit einer Warmwasser-Wärmepumpe im Technikraum. Eine Photovoltaik-Anlage mit einer Spitzenleistung von 1,1 Kilowatt deckt mit rund 900 Kilowattstunden Strom rund 25 Prozent des jährlichen Strombedarfs eines Durchschnittshaushaltes.

Energieeffizienz und Komfort

Für ein Höchstmaß an Energieeffizienz und Komfort sorgt die rechnergesteuerte Elektroinstallation, ein so genanntes Bussystem. Alle Energieverbraucher und Installationsgeräte wie Aktoren (zum Beispiel Stellmotoren für die Jalousien) oder Sensoren für Temperatur und Helligkeit sowie ein Rechner sind miteinander verbunden bzw. vernetzt. So erfassen zum Beispiel Sensoren die Helligkeit der Räume und steuern entweder die Motorantriebe der Fensterjalousien zur Abschattung oder passen die Beleuchtung über Dimmer dem Tageslicht an. □

Bürger sensibilisieren

Mit ihrem Projekt „Energieeinsparung durch Wärmedämmung“ wollen die Landkreise Rottal-Inn und Mühldorf eine Sensibilisierung der Bürger für Möglichkeiten der Energieeinsparung und die Förderung des heimischen Handwerks erreichen. Inzwischen liegen erste positive Einspar-Ergebnisse aus der letzten Heizperiode vor. Um der Idee für die neue Bausaison Schwung zu verleihen, haben Landrätin Bruni Mayer und Landrat Georg Huber nunmehr mit Vertretern des Handwerks erneut für ihr Projekt geworben. □



Finanzieren Sie Ihre eigene Arena noch in dieser Spielzeit!



Jetzt noch schnell günstige Zinsen sichern – und bis zu 32 Jahre Zinssicherheit genießen!

Komfortabler zur eigenen Immobilie – dank der langfristig günstigen LBS-Finanzierung: Sichern Sie sich Ihren vollen Heimvorteil mit konstant niedrigen Bauspar-Darlehenszinsen! Sprechen Sie jetzt mit Ihrem Finanzierungs-Berater in über 100 LBS- und 3000 Sparkassen-Geschäftsstellen bayernweit.

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe

Neuinstallation des Netzwerks im laufenden Betrieb

Ein Komuna-Erfahrungsbericht aus der Gemeinde Poing

Die Gemeinde Poing (Landkreis Ebersberg, 12.400 Einwohner) arbeitet seit dem Jahr 1996 in einem PC-Netzwerk. In den Anfangsjahren mit Windows 95 wurde im Netzwerk über WinNT 3.51 und NT 4.0 bis zu Windows 2000 stetig migriert. So entstanden über Jahre gewachsene Strukturen; migrationsbedingte Probleme blieben nicht aus.

Für das Jahr 2005 hatten sich die IT-Verantwortlichen der Gemeinde mehrere Projekte vorgenommen, um die Verfügbarkeit des Netzwerkes dauerhaft sicherzustellen. So stand die Ersatzbeschaffung von zwei leistungsfähigen Servern, die Modernisierung der aktiven Netzwerkkomponenten, die Vereinheitlichung der Betriebssystemumgebung im Serverbereich, die Umstellung des IP-Adressbereiches, die Neukonzeption der Datensicherung sowie die Umstellung der Oracle-Datenbank-Version auf dem Plan.

Ungelöste Fragen

Doch wie das Projekt angehen? Wie hoch werden die Kosten sein? Mit welchem zeitlichen Aufwand ist zu rechnen? Ist es realisierbar, neben dem Tagesgeschäft wesentliche Bestandteile des Netzwerkes umzustellen? Wie ist es mit der Sicherheit im eigenen Netzwerk bestellt?

Bayerischer Gemeindetag:

Datenautobahnen auch im ländlichen Raum bauen!

Brandl: Freistaat soll Worten Taten folgen lassen

„Der Freistaat muss den Gemeinden im ländlichen Raum Bayerns helfen, schnelle und leistungsfähige Datenleitungen zu bekommen. Sonst sehen die Gemeinden auf der Datenautobahn nur noch die Schlusslichter der Entwicklung - und sind abgehängt“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl in der laufenden Diskussion um die Versorgung der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Kommunen mit Breitbandanschlüssen.

„Ich erwarte von der Staatsregierung eine Initiative zur Förderung des Aufbaus einer möglichst flächendeckenden Telekommunikations-Infrastruktur. Über Finanzspritzen an die Gemeinden sollte der Freistaat den kommunalen Investitionsanteil technologieneutral bei der Verlegung von Kabeln oder bei der Errichtung von Funklinien unterstützen. Auf diese Weise könnte er seinem Anspruch als High-Tech-Land genügen und Worten Taten folgen lassen.“

Zunehmend macht sich ein Kommunikations-Infrastrukturgefälle bemerkbar: Während in den Großstädten und Ballungsräumen hochmoderne Breit-

bandtechnologie (z.B. DSL-Technik) mit Hochdruck aufgebaut und innerhalb kürzester Zeit verfügbar ist, klagen viele Bürger, Gewerbetreibenden und Gemeinden in den ländlichen Regionen Bayerns über eine schleppende oder gar nicht stattfindende Versorgung mit Breitbandtechnologie. Die Deutsche Telekom verweist auf hohe Kosten und geringen Ertrag bei der Leitungsverlegung in ländlichen Gegenden. Alternative Anbieter qualitativ gleichwertiger Technik sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

Beratungsgespräch

Nach einer umfassenden Systemanalyse und einem Beratungsgespräch konnten die Verantwortlichen den Umfang sowie die Auswirkungen des Projektes sehr gut einschätzen und Entscheidungen über die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen und deren Umsetzung treffen. Wesentliches Ergebnis des

Beratungsgespräch

bandtechnologie (z.B. DSL-Technik) mit Hochdruck aufgebaut und innerhalb kürzester Zeit verfügbar ist, klagen viele Bürger, Gewerbetreibenden und Gemeinden in den ländlichen Regionen Bayerns über eine schleppende oder gar nicht stattfindende Versorgung mit Breitbandtechnologie. Die Deutsche Telekom verweist auf hohe Kosten und geringen Ertrag bei der Leitungsverlegung in ländlichen Gegenden. Alternative Anbieter qualitativ gleichwertiger Technik sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

Die Deutsche Telekom ist zur Verlegung von DSL-Leitungen im ländlichen Raum vielfach

Beratungsgespräch war die Empfehlung seitens der Komuna-Mitarbeiter auf weitere Migrationen zu verzichten und die Chance zu nutzen, das Netzwerk von Grund auf neu zu installieren. Obwohl allen Beteiligten zuerst nicht ganz wohl war bei dem Gedanken, so entschied man sich unter Abwägung aller Vor- und Nachteile nach einwöchiger „Bedenkzeit“ für einen Neubeginn.

Ist-Soll-Zustand

Auf Basis dieser Entscheidung wurde von der Komuna nun der Ist-Soll-Zustand verglichen, eine Kosten-Grobkalkulation (Hardware, Installationskosten), der Projektzeitplan sowie eine Stückliste als Grundlage für die gemeindliche Angebots-einholung zur Hardwarebeschaffung wurden erarbeitet. In dieser Phase reifte bereits der Entschluss - mitgetragen von der Geschäftsleitung - auch die Dienstleistung im Zusammenhang mit der Neuinstallation des Netzwerkes an die Firma Komuna zu vergeben.

Komplette Installation

Im März 2005 war es dann soweit, die neue Hardware wurde geliefert, die Verwaltung hatte ihre „Hausaufgaben“ gemacht und das „Unternehmen Netzwerk neu“ konnte starten.

Pünktlich am Montagmorgen standen 2 Techniker bereit und begannen mit der Installation der beiden neuen Server, Betriebssystem (Windows2003 Server), Active Directory, DNS, DHCP, Datenbank und die wesentliche Komunalsoftware waren bereits am Abend des ersten Tages komplett installiert und eingerichtet. Der Dienstag stand im Zeichen der Neuinstallation der bereits bisher genutzten Server sowie der Datenüber-

nur bereit, wenn sich die Kommunen an den Investitionskosten beteiligen. Die Gemeinden ihrerseits sehen jedoch nicht ein, dass sie mit Steuergeldern Leistungen eines Privatunternehmens subventionieren sollen und reagieren zurückhaltend. Eine staatliche Zuschussung des kommunalen Investitionsanteils würde hingegen ein wettbewerbsneutraler Aufbau der Breitbandtechnologie vortreiben. Rheinland-Pfalz gewährt derartige Investitionszuschüsse. Mit einem Fördersatz von 40 bis 80 Prozent kann der

Investitionsanteil bei der Verlegung von Kabeln bzw. bei der Errichtung von Funklinien dort gefördert werden. Brandl: „Ich fordere die Staatsregierung auf, über ein derartiges Förderprogramm nachzudenken und den Gemeinden und ihren Bürgern und den ansässigen Wirtschaftsunternehmen eine Teilhabe am modernen Kommunikationsgeschehen zu sichern. Wer e-Government fordert muss sich am Aufbau der dafür nötigen Infrastruktur finanziell beteiligen. Sonst bleibt es bei Visionen und Wünschen.“

Nur geringe Ausfallzeiten

Am Mittwoch standen noch Arbeiten im Zusammenhang mit der Einrichtung des Exchange-Servers, die Erarbeitung von Gruppenrichtlinien, Verfeinerung der Sicherung sowie die Einbindung der Netzwerkdrucker auf dem Programm. Nach drei Tagen war die Gemeinde Poing wieder „online“ und in allen Bereichen funktionsfähig.

„Stolz waren wir vor allem auf die Tatsache, dass trotz der umfangreichen Arbeiten nur sehr geringe Ausfallzeiten zu verzeichnen waren. So musste das Rathaus zu keiner Zeit für den Parteiverkehr geschlossen werden“, fasst das Poinger IT-Team das Ergebnis zusammen.

Monate nach der Inbetriebnahme des neu konzipierten Rathaus-Netzwerkes lässt sich ein durchweg positives Fazit ziehen. Das Netzwerk läuft absolut zuverlässig mit einer hohen Performance und bisher 100% Verfügbarkeit.

Kompetente Dienstleistung

„Nach diesen Erfahrungen würden wir uns jederzeit wieder für den eingeschlagenen Weg entscheiden. Die problemlose Realisierung des Projektes durch kompetente, fachkundige und konzentrierte Dienstleistung hat uns erneut bestätigt, mit der Firma Komuna als Partner der Kommunalverwaltung die richtige Wahl getroffen zu haben.“ sagt Frau Hitzlsperger.

Zur Zeit betreuen die Kommunen 357 junge Unternehmen mit aktuell 1263 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wie sich die neuen Betriebe nach Auszug aus den Zentren weiter entwickeln, darüber hat das Ministerium keine Zahlen. Das teilte das Wirtschaftsministerium dem SPD-Landtagsabgeordneten Werner Schieder auf eine schriftliche Anfrage mit.

Seminar an der SDL Thierhaupten:

Standortmarketing für Kommunen

Bürgermeister und Kommunalpolitiker trafen sich in der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten zu einem Seminar mit dem Thema „Standortmarketing für Kommunen“. Dabei wurde deutlich, dass gute Kontakte von Kommunen zu örtlichen Gewerbetreibenden hilfreich bei allen Fragen der Unternehmensentwicklung sind.

Auch in ländlichen Gemeinden gilt es, die Vernetzung der Unternehmen untereinander zu verbessern. Dadurch entstehen Kooperationen, Betriebsbeziehungen, sowie ein gutes Standortklima. Chancen bieten sich durch die vorausschauende Strukturplanung und durch die Entwicklung und den Einsatz kommunaler Energiemanagementsysteme.

Leitbildprozess

Die Förderung von Arbeitsplätzen und die Gewerbeentwicklung bleiben aktuelle Themen für ländliche Kommunen. Längst ist bekannt, dass die alleinige Ausweisung von Flächen nicht den gewünschten Erfolg bringt. Strukturverändernde Prozesse in der Wirtschaft wie die Globalisierung machen auch vor ländlichen Räumen nicht halt. Laut Dr. Peter Bartsch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Schwaben, gilt es, die Region und deren wirtschaftliche Struktur zu betrachten und darauf aufbauend einen Leitbildprozess in Gang zu setzen. Die politisch Verantwortlichen sollten klare Vorstellungen davon haben, welche Branchen und Unternehmen zur Gemeinde bzw. zur Region passen.

Lösungen im engen Dialog

Der sogenannte kompetenzfeldorientierte Ansatz basiere auf einer Analyse der Stärken und Schwächen und sehe die Chancen in der engen Verflechtung und Vernetzung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Neben einer vorausschauenden Flächenbevorratung sollten die Chancen einer interkommunalen Kooperation genutzt werden. Wichtig sei eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der Gemeinden mit den örtlichen Unternehmen, so dass Problemsituationen frühzeitig erkannt und im engen Dialog rechtzeitig Lösungen entwickelt werden könnten.

„Cluster“-Konzept

Dr. Peter Viergge (Regionalmarketing und Unternehmens-

entwicklung) stellte eine strategische Ausrichtung von Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung durch das Konzept „Cluster“ dar. Er regte die Gründung regionaler Unternehmensnetzwerke an. Durch die Kommunikation der Unternehmen untereinander entstünden Wertschöpfungsketten und ein positives Standortklima. Hier könnten Landkreise und Kommunen initiativ unterstützen.

Wichtige Kommunikation

Der Ingolstädter Architekt Peter Bachschuster sieht seinen Berufsstand als Mentor zwischen Kommune und Unternehmen. Seiner Meinung nach hilft vorausschauende Planung, Objekte und Flächen intelligent zu nutzen und auf die Zukunft auszurichten. Zudem ließen sich Zeit, Kosten und Nerven sparen sowie Fehlplanungen vermeiden. Wichtig sei die Kommunikation zwischen Gewerbetreibenden und Kommunen. Nur dann ließen sich Konflikte und festgefahrene Situationen lösen und Schwierigkeiten und Probleme im Vorfeld erkennen.

win-win-Situation

Der Planer, so Bachschuster, benötige besondere kommunikative Fähigkeiten und Kenntnisse und müsse über die innerbetrieblichen Abläufe und Strukturen Bescheid wissen. Dadurch entstünden win-win Situationen für alle Beteiligten. Dies hob auch der 1. Bürgermeister des Marktes Kösching, Maximilian Schöner, am Beispiel der Firma Kessel in Lenting hervor.

Energiemanagement

Standortvorteile für die Kommunen können sich auch durch ein kommunales Energiemanagement, das auf der Nutzung erneuerbarer Energien basiert, ergeben. Durch innovative Energietechniken werden Unterhaltskosten für Gebäude erheblich reduziert. Das „Forschungszentrum für Erneuerbare Energien“ in Neuburg an der Donau unterstützt und berät die Kommunen in dieser Frage. **DK**

Kommunen helfen Existenzgründern

Die im Rahmen der Offensive Zukunft vom Freistaat seit 1995 geförderten kommunalen Existenzgründerzentren haben sich bewährt. In den derzeit 22 Zentren in allen Bezirken (ein 23. ist in Nürnberg im Aufbau) bekamen bislang 487 neue Unternehmer eine erfolgreiche Starthilfe für den eigenen Betrieb. Bei ihrer Übersiedlung in eigene Räume waren 1713 Arbeitsplätze geschaffen.

Zur Zeit betreuen die Kommunen 357 junge Unternehmen mit aktuell 1263 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wie sich die neuen Betriebe nach Auszug aus den Zentren weiter entwickeln, darüber hat das Ministerium keine Zahlen. Das teilte das Wirtschaftsministerium dem SPD-Landtagsabgeordneten Werner Schieder auf eine schriftliche Anfrage mit.



Effizientes Durchführen von Straßendienstesätzen geht weit über das Telefonieren mit dem Fahrer hinaus. Für mehr Transparenz sorgt im Straßendienst das internetbasierte Linux-Telematiksystem „MOBIDAT“, das von der Raublinger Firma MOBIWORX Telematik GmbH entwickelt, produziert und vertrieben wird. Der Einsatzleiter kann den Winterdienst am Wochenende bequem von daheim aus steuern. Landkreise, Straßenbauämter und Autobahnmeistereien setzen bereits auf dieses patentierte System, das sogar automatisch Abrechnungen für Fuhrunternehmer erstellt. Irrtümlich wurde in der GZ, Ausgabe Nr. 7, eine falsche Bildunterschrift abgedruckt. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen. **□**

Wir sind der Partner für ...

... Kommunale Fachverfahren

- Einwohnermeldewesen
- Finanzwesen, NKF
- Gewerbewesen
- Friedhofswesen
- Dokumentenverwaltung
- Sitzungsdienst
- Wahlauswertung

... Service + Support

- IT-Dienstleistung
- Installations-Service
- Schulungskonzepte
- Betreuungskonzepte
- Fachhotline

... Online-Services

- Rathaus Service Portal
- Transportplattform komuna.NET



komuna GmbH
EDV-Beratung
Wallerstraße 2
84032 Altdorf
Tel. 0871/97 38 5-0
Fax 0871/97 38 5-600
E-Mail: info@komuna.de

Genossenschaftsverband Bayern zog Bilanz:

Gute Erfolge und ernsthafte Sorgen

Klage über hohe Nebenkosten und zuviel Bürokratie - Steuersparmodell Genossenschaften

Die 706 bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie die noch 118 Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr haben 2005 ihre Position im Markt mit einem Gesamtumsatz von 9,6 Mrd. Euro weiter festigen können. „Die Genossenschaften, die sich“, so Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, „als Stütze der bayerischen Wirtschaft“ verstehen, blicken optimistisch in die Zukunft. Götzl nahm die Pressekonferenz zum genossenschaftlichen Warengeschäft zum Anlass, mit allem Nachdruck auf existenzielle Gefahren hinzuweisen, die den Genossenschaften durch „politische Entscheidungen ohne jeden Praxisbezug“ drohen. Positiv macht er darauf aufmerksam, dass Genossenschaften für Existenzgründer und Unternehmer ein interessantes und ganz legales Steuersparmodell darstellen.

Eine Umfrage unter den Mitgliedern hat ergeben, dass sich die konjunkturelle Stimmung deutlich aufhellt. Knapp 60 Prozent der bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften schätzen die aktuelle Konjunkturlage als befriedigend ein. Und über 80 Prozent von ihnen bewerten ihre Ertragslage mit gut oder befriedigend. Mehr als jede fünfte Genossenschaft erwartet für die nächsten sechs Monate eine weitere Verbesserung der derzeitigen Lage. Und aus diesen Gründen wollen ca. 90 Prozent der Betriebe ihren Personalbestand halten oder sogar ausbauen.

Belastende Bürokratie

Aber es gibt auch Sorgen. Als belastend wird die zunehmende Bürokratie empfunden. So kostet jede Lohnsteueranmeldung den Arbeitgeber 10 Euro, jede Bescheinigung zur Beantragung von Kindergeld 5,65 Euro, hat der Verband errechnet. Für die deutsche Wirtschaft addiere

sich das im Jahr auf 280 Mio. Euro, was vor allem den Mittelstand treffe, der in der Summe mittlerweile bis zu 7 Prozent des Umsatzes für bürokratische Kosten aufwenden müsse. Und dies bei durchschnittlichen Umsatzrenditen von 1,5 bis 2,5 Prozent. Neben der Bürokratie drücken die Lohnzusatzkosten. Der Faktor Arbeit müsse deutliche entlastet werden, forderte Götzl.

Verlässliche Partner

2005 war für die bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften ein gutes Wirtschaftsjahr. Als verlässliche Partner seien sie auch in wirtschaftlich schwierigen Jahren nicht aus dem Tritt gekommen. Dazu habe die Eigenkapitalquote von fast 40 Prozent beigetragen, die weit über dem mittelständischen Durchschnitt von 7,5 Prozent liege.

Die addierten Umsätze im ländlichen Waren- und Dienst-

leistungsgeschäft haben um 4,5 Prozent auf 3,8 Mrd. Euro zugenommen. Davon entfielen 62,5 Prozent auf den Molkereisektor, 12,8 Prozent auf die Gruppe der Warengesellschaften sowie Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 19,9 Prozent auf andere Warengenossenschaften und vier Prozent auf Dienstleistungsgenossenschaften. Beschäftigt wurden 7873 Mitarbeiter.

In dem breit gefächerten Betriebssystem gibt es 27 Genossenschaftsmolkereien mit Verarbeitungsbetrieben sowie 174 Milchliefergenossenschaften mit 63.142 Mitgliedern. Die genossenschaftlichen Molkereien mit ihren mehr als 3000 Mitarbeitern machten 24 Mrd. Euro Umsatz und erfassten mit 3674 Mio. Tonnen (+ 4,6 Prozent) 48 Prozent der gesamten bayerischen Milchmenge, was mehr als 13 Prozent der gesamten Milchmenge Deutschlands entspricht.

Milchmarkt

Zum Milchmarkt merkte Götzl an, dass er vor grundsätzlichen Veränderungen stehe, weil sich der Staat und die EU zunehmend aus der bisherigen Preis- und Mengenstützung zurückzögen und durch die EU-Erweiterung neue Anbieter hinzukämen. Dadurch gerate der Milchpreis weiter unter Druck und werde fallen. Viel Freude machen die acht fränkischen Winzergenossenschaften, die inzwischen zahlreiche Preise erhalten haben. Ihre 3733 Mitglieder haben im Weinwirtschaftsjahr 2004/05 (zum 31.7.) mit 227 000 hl 39 Prozent der fränkischen Erntemenge eingebracht. Daraus wurden zu 85 Prozent Prädikatsweine. Trotzdem fiel der Durchschnittserlös von 253 auf 220 Euro je Hektoliter.

Die 140 gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften erzielten mit 10.300 Mitarbeitern 5,3 Mrd. Euro Umsatz (+ 5,1 Prozent). Am stärksten vertreten sind bei ihnen mit 42 Genossenschaften die Handwerker.

Kritik an der Politik

Götzl nahm die Pressekonferenz zum Anlass für kritische Anmerkungen in Richtung Politik. Den Genossenschaften in Deutschland droht nämlich Unheil, das es nach Ansicht des Verbandes unbedingt abzuwehren gilt. Götzl wandte sich vor der Presse in München gegen „politische Entscheidungen ohne Praxisbezug“, wofür er als Beleg die Themenbereiche Änderung der Bilanzierungsregeln und Änderung des Genossenschaftsrechtes anführte. Es gehöre zwar zur Marktwirtschaft, dass sich Unternehmen gegenüber der Konkurrenz behaupten müssten. Es gehöre aber keineswegs zu den Regeln der Marktwirtschaft, „dass nicht-staatliche und staatliche Organisationen unternehmerische Freiräume aus eigener Vollkommenheit, zum Teil ohne jede Legitimation und vor allem ohne jeden Praxisbezug begrenzen“.

So gebe es im International Accounting Standards Board (IASB), „einem demokratisch nicht legitimierten, nicht abwählbaren und nicht kontrollierbaren Gremium in London, das vor allen Dingen von angelsächsischen Wirtschaftsvorstellungen und Interessen geprägt sei“. Bestrebungen, die für Konzernabschlüsse börsennotierter Unternehmen verpflichtend eingeführten Bilanzierungsregeln nach IAS/IFRS auch für den Mittelstand und damit auch für die Genossenschaften „per Zwangsbegückung“ einzuführen. Zwar sei auch Deutschland in diesem Gremium mit einem Mitglied vertreten, doch komme dieses Mitglied aus dem Kreis der Großunternehmen und habe bisher für die Sorgen des Mittelstandes kaum Verständnis gezeigt.

Einheitsbilanz für den Mittelstand

Der Genossenschaftsverband Bayern fordert, dass bei den Rechnungslegungsvorschriften eindeutig zwischen eigentümerorientierten (mittelständischen) und kapitalmarktorientierten Unternehmen unterschieden wird. Für den Mittelstand müsse eine steuerlich und handelsrechtlich gültige Einheitsbilanz ausreichen. Die IAS/IFRS-Regeln, die ständig überarbeitet würden, seien für den Mittelstand zu kompliziert. Ihre Anwendung sei nur Spezialisten möglich, die sich mittelständische Unternehmen nicht leisten könnten. Die steuerliche Gewinnermittlung müsse auch weiterhin aus dem insolvenz- und eigentumsschonenden kaufmännischen Vorsichtsprinzip des Handelsgesetzbuchs gespeist werden. Bei Übernahme der IAS/IFRS-Standards drohe die Gefahr, dass Eigenmittel von Personengesellschaften und Einzelunternehmen sowie Geschäftsanteile von Genossenschaften in bestimmten Fällen nicht mehr als Eigenkapital anerkannt und als Fremdmittel gewertet werden.

Existenzielle Bedrohung

Bisher komme es in Deutschland darauf an, ob das Kapital haftend sei, künftig soll nur nicht kündbares Kapital als Eigenkapital gelten. Götzl sieht darin eine Existenzbedrohung für kleine und mittlere Unternehmen. Er hoffe, dass das europäische Parlament die IASB-Standards zurückweise. Der einzige deutsche Europa-Abgeordnete, der sich in diese komplizierte Materie hinreichend eingearbeitet habe, sei der CSU-Abgeordnete Alexander Radwan, lobten Götzl und sein Vize Erhard Gschrey.

Elementare Behinderungen

Bei der Novelle des Genossenschaftsrechts zur Einführung der Europäischen Genossenschaft sieht der Verband elementare Behinderungen für die wirtschaftliche Tätigkeit von Genossenschaften. So sollen, wie sich im Kabinettsentwurf zeigt, künftig bestimmte Beschlüsse, die bisher der Vertreterversammlung oblagen, der Generalversammlung vorbehalten bleiben. In dieser drohenden Änderung sehen die Genossen massive organisatorische Herausforderungen. Einerseits fehlten ausreichend große Versammlungsräume, weshalb ganz bewusst die Vertreterversammlung eingeführt worden sei, andererseits müsse man feststellen, dass die Versammlungen mehrerer tausend Mitglieder eine sachgerechte Willensbildung nicht mehr gewährleisten.

Auch sei die im Entwurf enthaltene Regelung nicht akzeptabel, wonach die Generalversammlung zur Beschlussfassung für die Abschaffung der Vertreterversammlung unverzüglich einzuberufen ist, wenn dies von mindestens einem Zehntel der Mitglieder oder dem in der Satzung hierfür be-

stimmten geringeren Teil oder mindestens 500 Mitgliedern beantragt wird. Bei einer Genossenschaft mit zum Beispiel 30.000 Mitgliedern könnten also 500 Mitglieder oder 1,66 Prozent der Mitglieder einen solchen Änderungsantrag stellen. Götzl: „Dies ginge weit über einen sinnvollen Minderheitenschutz hinaus und verleitete geradezu zum Missbrauch des Antragsrechts.“

Interessantes Steuersparmodell

Als positives Faktum erläuterte Götzl, dass die genossenschaftliche Unternehmensform für Existenzgründer und Unternehmer ein interessantes und legales Steuersparmodell darstellt, was selbst manche Steuer- und Unternehmensberater nicht wüssten. Als Fallbeispiele nannte Götzl steuerfreie Genossenschaften in der Landwirtschaft, die Gewerbesteuerfreiheit für Freiberufler-Genossenschaften und die Tatsache, dass die Besorgung von Preisvorteilen für die Genossen gesetzlicher Förderauftrag und keine verdeckte Gewinnausschüttung ist. dhg.

Bauwirtschaft:

Positive Signale

„Erstmals seit zehn Jahren mehren sich die Anzeichen, dass die Bauwirtschaft wieder spürbar wächst! Besonders erfreulich dabei ist, dass die Erholung nach Einschätzung von Experten in einen länger anhaltenden Aufschwung münden wird. In Bayern profitiert die Bauwirtschaft dabei von der kontinuierlich hohen Investitionsrate des Freistaats und unseren Sonderprogrammen“, erklärte Finanzminister Kurt Faltlhauser bei der Mitgliederversammlung der Bayerischen Bauindustrie in München.

Bayern habe im Vergleich zu anderen Ländern einen gewaltigen Investitionsvorsprung, erläuterte Faltlhauser: Nicht nur, dass die bayerische Investitionsquote mit 12,8 Prozent die höchste unter den westlichen Flächenländern (Investitionsquote 9,7 Prozent) sei. Dadurch werde dieses Jahr auch eine Milliarde Euro mehr für Investitionen ausgegeben als im Durchschnitt der Flächenländer West. „Wir können deshalb mehr investieren, weil wir weniger für Zinsen zahlen müssen“, sagte Faltlhauser. □

Deutsche Versicherungswirtschaft:

Gegen Erhöhung der Feuerschutzsteuer

Die deutsche Versicherungswirtschaft lehnt die vom Bundesrat vorgeschlagene Anhebung der Feuerschutzsteuer von 8 auf 10 Prozent zusätzlich zur geplanten Erhöhung der Versicherungssteuer entschieden ab. Wie der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in Berlin erklärte, würde bei Umsetzung dieser Pläne die Steuerbelastung von Feuerversicherungen und Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherungen durch die additive Wirkung von Versicherungs- und Feuerschutzsteuer von 20,7 Prozent auf 26,7 Prozent und damit fast um ein Drittel ansteigen. Diese Steuern müssen Unternehmen und auch Privathaushalte zahlen.

GDV-Hauptgeschäftsführer Jörg von Fürstenwerth sagte zu den Plänen: „Eine derartige Steuererhöhung ist maßlos überzogen und beschädigt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Bereits heute liegen wir bei der Höhe der Versicherungs- und Feuerschutzsteuer im internationalen Vergleich an der Spitze.“

Ausweichreaktionen

Schon die von der Bundesregierung im Gleichschritt mit der Anhebung der Umsatzsteuer vorgesehene Erhöhung der Versicherungssteuer werde nur dazu führen, dass Wirtschaft und Verbraucher angesichts eines übersteuerten Risikoschutzes abwandern und sich andere Formen der Risikoabdeckung suchten. Diese Ausweichreaktionen machten das errechnete Steuermehraufkommen zur Makulatur, wobei mittelfristig sogar Steuermindereinnahmen nicht auszuschließen seien.

Verstärkte Effekte

„Wenn jetzt auch bei der Feuerschutzsteuer hingelangt wird, werden sich diese Effekte nur verstärken“, so von Fürsten-

werth, der sich in seinem Urteil durch das aktuelle Gutachten zur Versicherungssteuer von Professor Thomas Straubhaar, dem Direktor des unabhängigen Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWWI), bestätigt sieht.

Vorhaben nicht zu rechtfertigen

Durch die Pläne werden Versicherungsprodukte steuerlich deutlich stärker belastet als alle anderen Dienstleistungen, die dem künftigen Umsatzsteuergesetz von 19 Prozent unterliegen. Hinzu kommt, dass die Versicherungs- und Feuerschutzsteuer - anders als die Umsatzsteuer - im Unternehmensbereich nicht als Vorsteuer abzugsfähig ist. Hierdurch kommt es zu einer definitiven Kostensteigerung der Unternehmen, die sich in höheren Produktpreisen niederschlägt, die dann auch noch mit der höheren Umsatzsteuer belastet werden. Von Fürstenwerth: „Wie man es auch dreht, das ganze Vorhaben ist finanz- und steuerpolitisch nicht zu rechtfertigen. Ich kann nur an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages appellieren, den Steuererhöhungsplänen nicht zu folgen.“ dhg.

Hier kommt Pep in Ihr Business 2006

www.nuernbergmesse.de/termine
www.nuernbergglobalaffairs.com

akademika	23.05.–24.05.
Asia Styles	04.07.–06.07.
BioFach®	16.02.–19.02.
BRAU Beviäle	15.11.–17.11.
ConSozial	08.11.–09.11.
CRM-expo	08.11.–09.11.
Deutsche Ausbaumesse	
Essen - Nürnberg	27.04.–29.04.
e_procure & supply	16.05.–18.05.
embedded world	14.02.–16.02.
ENKON dezentral	18.10.–20.10.
EUROGUSS	07.03.–09.03.
FachPack	26.09.–28.09.
fensterbau/frontale	22.03.–25.03.
GalLaBau	13.09.–16.09.
HOLZ-HANDWERK	22.03.–25.03.
IENA	02.11.–05.11.
IFH/Intherm	05.04.–08.04.
IKK	18.10.–20.10.
Interzoo®	11.05.–14.05.
IWA & OutdoorClassics®	10.03.–13.03.
Kongress der Deutschen	
Ophthalmochirurgen	25.05.–28.05.
LogIntern	26.09.–28.09.
mailingtage	12.07.–13.07.
PCIM	30.05.–01.06.
PrintPack	26.09.–28.09.
SENSOR+TEST	
DIE MESSTECHNIK-MESSE	30.05.–01.06.
SMT/HYBRID/PACKAGING	30.05.–01.06.
Spielwarenmesse	
International Toy Fair	
Nürnberg®	02.02.–07.02.
SPS/IPC/DRIVES	28.11.–30.11.
Werkstätten:Messe	23.02.–26.02.

Auszug; alle Angaben ohne Gewähr, Änderungen vorbehalten
* Nur für Facheinkäufer mit Legitimation

NÜRNBERG MESSE

Für weitere Informationen rufen Sie uns einfach an: 09 11.86 06-89 98

60 Jahre CSU in Mittelfranken:

Vertrauen und Verantwortung

Partei mit starkem kommunalem Standbein

Nürnberg. Die drei Ehrenvorsitzenden der CSU in Mittelfranken, Dr. Oscar Schneider, Dr. Karl Hillermeier und Carl-Dieter Spranger, wurden jüngst mit der in Mittelfranken erstmals verliehenen „Goldenen Ehrenraute der CSU“ ausgezeichnet. Anlass war ein gemeinsamer Festakt im Nürnberger historischen Rathaussaal zum 60-jährigen Bestehen der beiden CSU-Bezirksverbände Mittelfranken und Nürnberg/Fürth/Schwabach, welchen Dr. Günther Beckstein mit der Feststellung eröffnete, dass „die CSU mit Selbstbewusstsein und Dankbarkeit auf sechs Jahrzehnte zurückblicken kann“.

Joachim Herrmann, auch Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, überreichte die Auszeichnungen an „seine“ Ehrenvorsitzenden im Bezirksverband Mittelfranken und sprach davon, dass beide die Goldene Ehrenraute im wahrsten Sinne des Wortes „verdient“ hätten.

So habe Dr. Karl Hillermeier 17 Jahre mit großem Erfolg den Bezirksverband der mittelfränkischen CSU geführt. Noch heute halte er Vorträge, unterstütze die Wahlkämpfe als Redner und Begleiter bei Rundreisen, „und wir profitieren durch seine Teilnahme an unseren Tagungen von seinem reichen Erfahrungsschatz“, welchen er sich durch jahrzehntelange Arbeit in der Kommunalpolitik, im Parlament und der Bayerischen Staatsregierung erworben habe.

28 Jahre habe das politische Wirken von Dr. Karl Hillermeier

er umfasst. Und sozusagen „als Krönung“ sei er elf Jahre auch Stellvertreter des Bayerischen Ministerpräsidenten gewesen. Bei all seinen Tätigkeiten habe er das Ansehen der CSU in der Öffentlichkeit geprägt und gefördert und schon immer habe er das aktuelle Parteimotto „Näher am Menschen“ vorgelebt.

Wie bei Karl Hillermeier seien auch bei Carl-Dieter Spranger die christlichen Werte die Handlungsbasis gewesen. Auch er habe trotz globaler Verantwortung zum Beispiel als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nie seine fränkische Heimat aus den Augen verloren. Herrmann: „Wir alle kennen ihn als Politiker, für den die Gradlinigkeit wichtiger ist als zweifelhafte Kompromisse, für den „Politik mit Charakter“ und tiefem Verantwortungsbewusstsein

sein die Grundlage seines Wirkens war und ist“.

Entscheidendes Standbein sei für Spranger neben den Mandatsaufgaben stets die Arbeit innerhalb der CSU gewesen. In den 24 Jahren, welche er dem Landesvorstand der CSU angehörte, und den 12 Jahren des Vorsitzes der mittelfränkischen CSU habe er die Partei gestärkt und inhaltlich geprägt. „Die 68er Studentenrevolten hatten damals sein Engagement in und für die CSU ausgelöst und eine 30-jährige ausgesprochen erfolgreiche Bundestagsarbeit zur Folge“, meinte Joachim Herrmann.

Einsatz für Demokratisierung

Unvergessen bleibe Sprangers Einsatz für die Demokratisierung in Teilen der Dritten Welt, die Wiedervereinigung Deutschlands und den anschließenden Aufbau in den neuen Bundesländern. Wie Hillermeier habe sich auch Spranger besonders um die Vermittlung kompetenter Berater für die sich damals im Aufbau befindlichen Kommunalverwaltungen verdient gemacht. Unab-

hängig davon sei beiden die bleibende Verbundenheit mit der fränkischen Heimat stets ein wichtiges Anliegen gewesen, was durch die jeweiligen Ehrenbürgerwürden in Ansbach bzw. Uffenheim zum Ausdruck kommt. So vergaß Joachim Herrmann im Rahmen seiner Würdigung nicht, auch auf die Verdienste Sprangers und Hillermeiers um das Staatswesen einschließlich der kommunalen Selbstverwaltung hinzuweisen.

Mit ähnlichen Worten würdigte der „Kommunalminister“ Dr. Günther Beckstein die Verdienste von Dr. Oscar Schneider auch als sein Vorgänger im Bezirksvorsitz der CSU Nürnberg/Fürth/Schwabach. Vierzehn Jahre habe Oscar Schneider den Bezirksverband mit größtem Erfolg geführt, 37 Jahre sei er gewähltes Mitglied im Bezirksvorstand gewesen. Und als Ehrenvorsitzender nehme er noch heute regelmäßig an den Sitzungen teil, so Beckstein.

Ehrenbürgerwürde

In den Deutschen Bundestag sei Oscar Schneider sieben Mal gewählt worden, wobei er in einem politisch ausgesprochen schwierigen Umfeld den Abstand der CSU zur SPD in der traditionsreichen Stadt Nürnberg deutlich habe verringern können. In den Bereichen Raumordnung, Wohnungs- und Städtebau habe Oscar Schneider „sichtbare Spuren“ hinterlassen, nicht nur aus seiner Zeit als dafür zuständiger Bundesminister der Regierungen Kohl. Und auch sein umfangreiches Wirken für seine Heimatstadt Nürnberg sei im Jahr 1997 mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde gewürdigt worden.

Landkreis Günzburg:

Film ab für die Familien- und Kinderregion!

Die aufstrebende Tourismusregion Landkreis Günzburg präsentiert sich brandneu in all ihrer Vielfalt auf einem ca. 20-minütigen DVD-Film. Kurzweilig und ansprechend werden hier die Freizeitmöglichkeiten, Traditionen, Kulturdenkmäler und Sehenswürdigkeiten - kurz das komplette Spektrum an Sehens- und Erlebnismöglichkeiten in der Familien- und Kinderregion vorgestellt.

Günther Wiedemann, GÜWI-Film Krumbach, hat den Film in Abstimmung mit der Regionalmarketing Günzburg GbR produziert. „Zunächst schwebte mir ein Film über Mittelschwaben vor“, so Wiedemann. „Nun ist ein Film über die Familien- und Kinderregion entstanden, der sicherlich einiges zu bieten hat. Ich habe versucht, die Ideen der Regionalmarketing aufzugreifen.“ So hat die Regionalmarketing die Erstauflage des Films weitestgehend abgenommen, wird ihn in der Region an den Mann bzw. auch Frau und Kind bringen, ihn als Souvenir in der Touristinfo am LEGOLAND anbieten, auf Messen einsetzen und der Presse bzw. anderen Interessierten zur Verfügung stellen, um einen Eindruck von der Attraktivität der Region zu vermitteln.

Tour-Stationen

Gedreht hat Wiedemann, der seit 23 Jahren als Filmproduzent tätig ist, im ganzen Landkreis: LEGOLAND Deutschland, Günzburger Altstadt, Heimatmuseum, Wasserschloss und Kletterturm in Krumbach, Heilbad Krumbach, Zehntstadel, Silbersee, Kreisheimatstube, Greifvogelpark, Golf Schloss Klingenburg, Schulmuseum, Synagoge, Straußenfarm, Hammerschmiede, Kloster Wettenhausen und Maria Vesperbild sind nur einige Stationen auf der „Entdeckungstour durch die Familien- und Kinderregion“. „Der Film spricht an und spiegelt das



„Umrahmt“ von den beiden Bezirksvorsitzenden die mit der „Goldenen Ehrenraute der CSU“ Ausgezeichneten. Das Foto zeigt von links: Staatsminister Dr. Günther Beckstein, die Bundesminister a.D. Dr. Oscar Schneider und Carl-Dieter Spranger, Staatsminister a.D. Dr. Karl Hillermeier und Landtagsfraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann.

Schneider war es auch, dem es oblag, im Rahmen einer Festrede die Geschichte der CSU in Franken zu beleuchten: „Nach den Wirren der Nachkriegszeit verfügt die CSU in Mittelfranken heute über eine stabile personelle Struktur, die Vertrauensbasis bei den jungen Menschen ist erfreulich, unsere Partei ist eine offene Gemeinschaft geworden, eine Wertegemeinschaft, die sich den materiellen und ideellen Zeitfragen stellt“. Für ihn ist die CSU „eine junge Partei geblieben, weil unsere Prinzipien und Leitwerte nicht veralten“.

Das „C“ im Parteinamen nannte der mittelfränkische CSU-Bezirksvorsitzende Joachim Herrmann eine „moralische Verpflichtung auch für tagespolitische Entscheidungen“. Dies gelte in gleichem Maße für die fast 1.300 kommunalen Mandatsträger der CSU in Mittelfranken, die sich mit klarem

Profil und glaubwürdigem Handeln einerseits der Tradition verpflichtet fühlten, sich gleichzeitig aber auch offen für Neues und verantwortbaren Fortschritt zeigten. Die CSU setze Werte anstelle Beliebigkeit, denn auch die kommunalen Programme der CSU beinhalteten wertorientierte Leitlinien, ergänzt durch regionale und eigenständige Handschriften.

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlufftermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Miltenberg:

Verbessertes touristisches Marketing

Fränkischer Spessart, Fränkischer Odenwald und Maintal im Dreiklang

Kreis Miltenberg. Der Landkreis Miltenberg strebt die Optimierung der Tourismus- und Marketingstrukturen im Landkreis Miltenberg an. Dafür beauftragte der Landkreis Miltenberg das Beratungsunternehmen PROJECT M aus Lüneburg das Projektvorhaben gemeinsam mit dem Landratsamt durchzuführen. Dazu wurde bereits im September 2005 ein Workshop durchgeführt. Das Ergebnis des Workshops zeigte, dass die touristischen Strukturen und Finanzen im Landkreis effektiver gestaltet werden müssen.

Denn klar ist, dass der Landkreis Miltenberg über eine ausgesprochen günstige touristische Ausgangssituation verfügt. Der Landkreis ist geographisch Teil der Destination Odenwald und Spessart. Er wird durchgezogen vom Main, der die beiden Destinationen als natürliche Grenze trennt. Der Main stellt das Kernpotenzial des Landkreises dar und lässt sich dadurch sehr gut für touristische Angebote nutzen wie Flusskreuzfahrten, Kanu- und Kajakfahrten, Maintalradwanderweg, Weintourismus. Und die Portalslage zu Spessart und Odenwald eröffnet die Chance zum Ausbau des Wander- und Radfahrertourismus.

Die Städte des Landkreises bieten neben den Naturerlebnissen eine Vielzahl an Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Veranstaltungen, Verweilen in den Cafés und gastronomischen Betrieben. Die Nutzung der positiven touristischen Ausgangssituation und der vielseitigen Themen setzt funktionierende Destinations- und Organisationsstrukturen im Landkreis Miltenberg voraus.

Touristische Arbeitsgemeinschaft

Ein wichtiger Baustein im Projekt ist die Bildung von touristischen Arbeitsgemeinschaften Fränkischer Odenwald, Fränkischer Spessart und Maintal. Diese haben konsequent die Aufgabe die Destination zu stärken, Personal- und Sachmittel zu bündeln und zielorientiert in Kooperation mit den übergeordneten Destinationsorganisationen einzusetzen. Ein weiterer wichtiger Aspekt in der Arbeit der TAGs ist die aktive Einbeziehung insbesondere der Lei-

stungsanbieter in die Gestaltung der Themen und Umsetzung.

Alle gute Dinge sind drei: Die Bildung der drei touristischen Arbeitsgemeinschaften (TAGs) auf Ortsebene ist in drei Stufen vorgesehen. Die Stufe 1 ist die inhaltliche Erarbeitung einer Tourismuskonzeption im Frühjahr 2006 d.h. Konkretisierung der Vermarktungspotenziale der Regionen Fränkischer Spessart, Fränkischer Odenwald und Maintal. Dafür ist ein Tourismusworkshop am 22. Mai für das Maintal in der Untermainhalle in Eisenfeld vorgesehen.

Stärken der Region

Bei dieser Veranstaltung werden die Stärken der Region herausgearbeitet und in konkrete Projekte gefasst.

In der zweiten Stufe vor den Sommerferien werden touristische Schlüsselprojekte in allen drei TAGs definiert und festgelegt. Im dritten Schritt wird die Organisation und Finanzierung der Projekte erarbeitet. Letztendlich sollen zur Saison 2007 erste gemeinsame Projekte umgesetzt werden.

Steuerungsarbeitskreis

Neben den drei touristischen Arbeitsgemeinschaften wurde auch ein Steuerungsarbeitskreis eingesetzt. Dieser ist besetzt durch die Bürgermeister der Kommunen, Fraktionsvorsitzende des Kreistages, Leistungsanbieter, Mitarbeiter des Landratsamtes und Vertreter des Tourismus. Er hat die Aufgabe der Koordination und Führung der TAGs.

Die Aufgabe des Landkreises ist es, dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche touristische Aufgaben gebündelt und aufeinander

abgestimmt durchgeführt werden, d. h. die Aktivitäten der TAGs werden mit den Tourismus- und Kulturabteilungen des Landkreises eng verbunden.

Zielorientierte Mitarbeit

Wichtig für einen gemeinsamen Erfolg in der und für die Region ist die aktive, konstruktive und zielorientierte Mitarbeit aller relevanten Tourismus-beteiligten: die Gastronomen, die Beherbergungsbetriebe, die Winzer, die Kulturbeauftragten, die Vereine, die heimische Industrie, die Tourismusverantwortlichen und die politischen Vertreter und die Kommunen. Das Ziel immer vor Augen: Optimales Marketing und Organisationsstrukturen für den Landkreis Miltenberg.

Bürgermeister Guggenmos †

Im Alter von erst 52 Jahren ist der langjährige Erste Bürgermeister der Gemeinde Icking, Hubert Guggenmos, verstorben. 16 Jahre bestimmte der Allgäuer als Rathauschef die Gemeindegeschichte.

Guggenmos war vielen Ickingern zunächst als Postbeamter ein Begriff. 1981 gewann ihn der damalige Bürgermeister Hans Stocker als Verwaltungsangestellten für die Gemeindeverwaltung. So mit der Gemeinde verbunden, stellte er sich dann 1990 zur Wahl. Der Verstorbene hatte ein untrügliches Gefühl für das Vertretbare und Durchsetzbare. Deshalb gelang es ihm meistens, sein Ziel ohne besonderes Aufhebens zu erreichen. Jedoch nicht nur in den politischen Gemen war er beliebt und geachtet, auch die Bevölkerung sah ihre Bedürfnisse und Probleme bei ihm gut aufgehoben.

Grundlage für kommunale Kulturpolitik:

Kultureller Entwicklungsplan „Passau 2014“

Der Boden für eine realistische Kulturentwicklungsplanung in Passau ist bereit. Der soeben vorgelegte kulturelle Entwicklungsplan „Passau 2014“ stellt zum einen Informationen über Kunst und Kultur in Passau bereit und ermöglicht zum anderen, ausgehend von einer ausführlichen Bestandsaufnahme, eine Analyse von Stärken und Defiziten. Diese Analyse dient wiederum als Ausgangspunkt für die Erarbeitung von kulturpolitischen Leitlinien und Zielen und schafft eine wichtige Informationsgrundlage, die Hilfestellung für kulturpolitische Entscheidungen liefert.

Durch die Erarbeitung von „Passau 2014“ werden außerdem alle im Kulturbereich Engagierten und Beschäftigten zur Koordination und Kooperation angeregt. Gleichzeitig ist der Plan dabei behilflich, Möglichkeiten für die zukünftige Finanzierung der Kulturarbeit zu erarbeiten. Der kulturelle Entwicklungsplan schafft auf diese Weise eine planerische Grundlage für die Entwicklung der Vielfalt der Kultur.

Leitlinien

Leitlinien kommunaler Kulturpolitik für die nächsten zehn Jahre sind:

- Kultur als öffentliche Aufgabe
- Kulturpolitik für alle
- ganzheitliche Kulturpolitik
- Kunst, Kultur und der öffentliche Bildungsauftrag
- Für eine Symmetrie der Geschlechter.

Unbefriedigend ist nach Darstellung der Stadt Passau nach wie vor die Interpretation von „Kultur“ als freiwilliger Aufgabe des Bundes, des Landes und der Kommunen. Das gemeinsame Bekenntnis zur Kultur als öffentlicher Pflichtaufgabe für den jeweiligen Wirkungsbereich sei überfällig. Dieses sei mit Hilfe der kommunalen Spitzenverbände einzufordern.

Unabhängiges Schaffen

Durch die darin enthaltene, gemeinsame rechtliche Verpflichtung zur Kunst- und Kulturförderung werde die kulturelle Entwicklung planbarer, erhöhten sich für die Kulturschaffenden die Möglichkeiten unabhängigen und kreativen Schaffens und würden die Einrichtungen und Projekte der Kultur- und Kunstvermittlung nachhaltig gestärkt. Unabhängig davon bekennt sich die Stadt Passau für ihren eigenen Wirkungsbereich

Oberpfälzer Jura:

Offizieller Start der Literaturtage

Ausstellung über Gottfried Kölwel eröffnet Einblicke ins Leben des Dichters

Beratzhausen. Allerhand Raritäten, darunter manche Erstdrucke und Originalmanuskripte sowie Fotos und Briefe sind in der vor kurzem im Beratzhausener Zehentstadel eröffneten Ausstellung zu sehen, die bis 22. Oktober zu besichtigen ist. Mit dieser Ausstellungseröffnung fiel auch der Startschuss zu den Literaturtagen im Oberpfälzer Jura, die unter der Projektleitung von Dr. Christine Riedl-Valder vom 6. bis 22. Oktober der Markt Beratzhausen organisiert.

In seiner Begrüßung freute sich Bürgermeister Georg Thaler über die Teilnahme der Jurymitglieder, die im Oktober den Gewinner des Literaturpreises im Oberpfälzer Jura küren werden. Die Projektleiterin dankte vor allem den Leihgebern der Exponate. Prof. Dr. Eberhard Dünninger aus Regensburg und Hans Ziegler aus Rosenheim gehören ebenso zur Jury wie Richard Prechtel (Bad Aibling), Dr. Barbara Baumann-Eisenack (Literaturarchiv Sulzbach-Rosenberg) und Beratzhausens Altbürgermeister Franz-Xaver Staudigl.

Die Ausstellung „Gottfried Kölwel (1889-1958) - Bücher und Manuskripte“ zeigt unter

zum Status der „Kulturpflege“ als kommunale Pflichtaufgabe und behandelt sie - insbesondere bei der Verteilung der Budgets - entsprechend.

„Kunst am Bau“

Eine hervorragende Möglichkeit zur Förderung der zeitgenössischen bildenden Kunst bietet das alte Instrument „Kunst am Bau“, nach dem ein Anteil



Passaus OB Albert Zankl. □

der Kosten für öffentliche Bauten für deren künstlerische Planung und Ausstattung zur Verfügung gestellt wird. Diese Idee sei durch Optimierung der Verfahren zu stärken und insgesamt als verbindlich festzulegen. Die Stadt Passau verpflichtet sich zur Bereitstellung von zwei Prozent der jeweiligen Bau- und Planungskosten für „Kunst am Bau“. Das Vergabe- und Auswahlverfahren werde konkretisiert. Ein noch zu bestimmender Anteil an den jährlich zur Verfügung stehenden Beträgen sei für Vergaben an Künstler aus der Region vorzusehen.

Im Rahmen der Kulturverträglichkeitsprüfung ist nach

Auffassung der Stadt bei Planung und Bau von öffentlichen, insbesondere kulturellen, schulischen und vorschulischen Einrichtungen auf deren architektonische Qualität und Vorbildfunktion besonderes Gewicht zu legen. In unterschiedlichster Hinsicht überarbeitungs- und fortschreibungsbedürftig sei die kulturelle Stellung Passaus als Oberzentrum im Verhältnis zur Region, insbesondere dem Landkreis Passau. Bestehende Kooperations- und Finanzierungsmodelle seien zu aktualisieren, Kostenbeteiligungen neu zu regeln.

Maßnahmen

Als Ziele kommunaler Kulturpolitik und als konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung werden genannt:

1. Kooperationen, Netzwerke und Synergien
2. Bewahrung des kulturellen Erbes Passaus
3. Förderung und Anerkennung kultureller Leistungen und des ehrenamtlichen Engagements
4. Räume und Möglichkeiten
5. Passau - europäische Kulturstadt als Brücke zwischen West und Ost
6. Kreativität/Vielseitigkeit der Kultur
7. Kulturförderung
8. Ausbau der Stellung Passaus als kulturelles Oberzentrum
9. Verbesserung der kulturellen Rahmenbedingungen und der organisatorischen Voraussetzungen
10. Einrichten kultureller Beratungsgremien.

Wirtschaftliche Bedeutung

Fazit: Kultur geht alle an. Gemeinsam mit dem Land ist es ureigenste Aufgabe der Kommunen, die kulturelle Entwicklung in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich zu fördern. In besonderem Maße trifft dies für die Stadt Passau zu, die nicht nur aufgrund ihres reichen kulturellen Erbes, sondern auch in Anbetracht ihrer Zentralfunktion, geographisch und politisch mitten in Europa, sich dieser Aufgabe stellt. Dazu kommt die wirtschaftliche Bedeutung des Faktors Kultur für den Tourismusstandort Passau. **DK**

stammenden Dichter Gottfried Kölwel zu würdigen, der in seinen literarischen Werken vielfach seine Heimat verarbeitet hat.

Neben Ausstellungen und Lesungen ist zum Beispiel ein literarisches Forum geplant. In einem „Literaturführer Oberpfälzer Jura“ werden dann die besten Texte publiziert. Höhepunkt der Veranstaltung wird die Verleihung eines mit 5.000 Euro dotierten und vom Markt Beratzhausen gestifteten Literaturpreises am 22. Oktober in Beratzhausen sein.

Weitere Fragen beantwortet gern Projektleiterin Dr. Christine Riedl-Valder (Email: post@kunstliteratur.de; Tel.: 09493/951331). Auch auf der Beratzhausener Homepage (www.beratzhausen.com) werden immer wieder aktuelle Informationen veröffentlicht. Eine Dokumentation über das gesamte Projekt ist im Nachklang ebenfalls angeordnet. **Markus Bauer**



Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Na, wenn das kein Déjà-vu ist in Italien - ein austragierender Regierungschef, der nicht begreift, dass die Leute ihn abgewählt haben.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kommentierte das Machtgerangel in Rom, als er das Büro zu einem nachösterlichen Brunch am letzten Ferientag eingeladen hat.

Wir alle haben wohl noch gut in Erinnerung, wie der ehemalige Kanzler und jetzige Gasmann Schröder am Abend der Bundestagswahl 2005 runderheraus leugnete, dass er eine gehörige Klatsche eingefangen hat und unbedingt weiter regieren wollte. Da wurden die Wissenschaftsredakteure der Zeitungen gefragte Personen, denn sie mussten in Windeseile herausfinden, welche Stoffe im Körper einen derartigen Realitätsverlust hervorrufen. Und jetzt erleben die Italiener, wie ein Rekord-Ministerpräsident, der in vielerlei



nung viel zu wenig gewürdigt wird.

Wer sich um die politische Kultur sorgt, braucht sich nicht die schiere Zahl der Wahlverweigerer anschauen, sondern muss ihre Motive erforschen. Denn Wahlenthaltung kann das Resultat eines wohl erwogenen demokratischen Meinungsbildungsprozesses sein. Etwa wenn man keine Unterschiede zwischen

den Parteien in den einen selbst interessierenden Fragen erkennen kann. Oder wenn keine Partei einen Kandidaten gegen einen populären Bürgermeister aufstellt, den man gleichwohl persönlich für den Falschen hält.

Meistens wird es aber schlicht Unlust, Desinteresse oder vorübergehender Ärger über „die da oben“ sein. Ich weiß noch gut, wie mich meine Oma zum ersten Mal nach der Volljährigkeit ins Wahllokal geschleppt hat, obwohl ich Null Bock hatte und auch viele meiner Freunde in der Wahl eher eine Realtime-Verlängerung des Soziologieunterrichts sahen. Die Generation der Eltern und Großeltern, die noch die Nazi erlebt hatten und für die freie Wahlen ein Geschenk waren, kann halt immer weniger einen solchen robusten Einfluss ausüben.

Gefährlich sind die Wähler, die aus nachhaltiger Frustration über die Politik, aus tiefer Verachtung für die Politiker oder deshalb nicht zur Wahl gehen, weil sie den Glauben verloren haben, dass ihre Stimme zählt. Diese Leute sind verführbar von Rattenfängern und Stimmungspolitikern. In den neuen Ländern grast ja die Linkspartei längst auf dieser Weide.

Mein Chef, der Bürgermeister, glaubt eher an die Faulheit der Menschen und weniger an ihre Frustration. Schließlich haben die großen Demokratien wie die USA, England und die Schweiz schon seit jeher die niedrigsten Wahlbeteiligungen. Sein Wort in Gottes Ohr. Als Mahnung an alle Wahlmuffel trotzdem ein Satz des 3. Präsidenten der USA, Thomas Jefferson, vom heutigen Kalenderblatt: „Schlechte Kandidaten werden von guten Bürgern gewählt, die nicht zur Wahl gehen.“

the
Sabriul

Gefährliche Politikverdrossenheit

Hinsicht Geschichte geschrieben hat, sich in einen grotesken Kampf um die Nachzählung von wenigen Tausend Stimmen stürzt.

Sicherlich ist Demut eine der schwierigsten und schmerzlichsten Tugenden, die nicht jedem Menschen gegeben ist. Aber wenn man über die Gründe nachdenkt, warum so viele Menschen bei den letzten Landtagswahlen von ihrem Recht auf Wahlenthaltung Gebrauch gemacht haben, sollte man sich auch den Schröder vom Wahlabend 2005 in Erinnerung rufen. Denn die Demokratie lebt nicht zuletzt von der Hingabe der Politiker an den Dienst für die Allgemeinheit, der auch den Respekt vor den Entscheidungen der Mehrheit einbezieht. Wenn Politiker die Wähler für ihr Votum schelten, es zum Irrtum erklären oder behaupten, man hätte trotz guter Leute und guter Personen verloren (was den Vorwurf an den Wähler beinhaltet, schlicht doof gewesen zu sein), dann sägen sie langfristig selber den Ast ab, auf dem sie sitzen. Jemand wie Christoph Böhr, der nach einer Niederlage auch das Feld räumt, tut etwas für die demokratische Kultur - was aber leider von der mit den Nachfolgekämpfen beschäftigten veröffentlichten Mei-

Stiftung „Menschen für Menschen“:

Bürgermeister bieten Wetteinsatz

Zum 25-jährigen Bestehen der Stiftung „Menschen für Menschen“ ist Karlheinz Böhm mit 20 Bürgermeistern deutscher Städte - unter ihnen die bayerischen Städte Augsburg, München, Nürnberg, Passau und Pfaffenhofen - eine Wette eingegangen. Sie wetten, dass jeder dritte Einwohner ihrer Stadt 1 Euro für den Bau von Schulen in Äthiopien spendet. Wenn alle Städte mit insgesamt über vier Millionen Einwohnern gewinnen, wird Karlheinz Böhms Äthiopienhilfe über 1,4 Millionen Euro für die Verbesserung der Bildungssituation in Äthiopien einsetzen können.

Vor genau 25 Jahren wettete Karlheinz Böhm in der ZDF-Sendung „Wetten, dass...?“, dass nicht jeder dritte Fernsehzuschauer eine Mark für die notleidenden Menschen in der Sahelzone spendet. Er gewann die Wette und gründete im November 1981 die Stiftung „Menschen für Menschen“. Anlehnend an diese Wette möchten die Bürgermeister es schaffen, dass Böhm diesmal verliert.

Kabarett-Abend...

Sollte Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert jedoch verlieren, so wird er mit möglichst vielen Augsburgern im September Zwetschgendatschi backen und bei einem Fest in der Innenstadt zugunsten der Äthiopienhilfe verkaufen. Sollte Karlheinz Böhm unterliegen, so wird er den Bürgerinnen und Bürgern - wie in den anderen Städten auch - von den Fortschritten in Äthiopien berichten.

Sollte Münchens Oberbürgermeister Christian Ude den Kürzeren ziehen, wird er einen Kabarett-Abend zugunsten der Äthiopienhilfe veranstalten. Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly wiederum würde sich bei der Blauen Ball

Nacht am 27. Mai in der Katharinenruine an dem Projekt „Kloß mit Halleluja“ beteiligen, eine Stunde lang Kloß mit Soß zubereiten und gegen Spenden für die Äthiopienhilfe an hungrige Kulturnachtschwärmer abgeben.

... und Afrikafestival

Oberbürgermeister Albert Zankl hat sich dagegen vorgenommen, sich beim diesjährigen dreitägigen Afrikafestival als Verkäufer zu betätigen. Außerdem organisiert er mit Unterstützung von Till Hofmann (Lustspielhaus München) eine große Veranstaltung mit bekannten Passauer Künstlern und der Münchner Lach- und Schießgesellschaft.

Einsatz an der Druckmaschine

Pfaffenhofens Bürgermeister Hans Prechter schließlich ließ eigens eine Telefon-Hotline und ein Spendenkonto für Pfaffenhofen einrichten. Daran können sich auch Auswärtige, die die Pfaffenhofener Aktion unterstützen wollen, beteiligen.

Falls Prechter die Wette verliert, wird er, der gelernte Buch-

druckermeister, eine kolorierte Zeichnung des Pfaffenhofener Rathauses im Postkartenformat drucken und die Karten dann zugunsten der Aktion „Menschen für Menschen“ verkaufen. „Schließlich hab' ich das Drucken ja auch nach fast 16 Jahren Bürgermeister-Dienst noch nicht verlernt“, freut sich Prechter sogar auf seinen Arbeitseinsatz. Und nicht nur an der Druckmaschine will er persönlich tätig werden, sondern auch beim Verkauf der Drucke: Dafür wird er sich an einem Samstag im Mai an einen Verkaufsstand auf dem Pfaffenhofener Wochenmarkt stellen - und zwar unabhängig davon, wie die Wette ausgeht: „Das mache ich auf jeden Fall, auch wenn ich die Wette gewinne, denn das bringt noch zusätzliches Geld für Karlheinz Böhms vorbildliches Projekt“, versprach der Rathauschef.

„Solidarität mit den Ärmsten der Armen“

Trotzdem hofft er natürlich, dass die Pfaffenhofener - und vielleicht auch die Bewohner der Umlandgemeinden - fleißig spenden. Immerhin geht es nicht nur um eine Wette, sondern wie Prechter betonte, um „Solidarität mit den Ärmsten der Armen“.

Am 12. Mai wird das Ergebnis der Städtwette auf einer Pressekonferenz anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Stiftung Menschen für Menschen in der Bundespressekonferenz in Berlin bekannt gegeben. **DK**

Erster Internationaler Geriatrietag in Rosenheim:

„Der alte Mensch kann nicht warten!“

„Ein zusammenwachsendes Europa braucht Lösungen, die sowohl den Patienten als auch den Sozialversicherungssystemen Vorteile bringen“, sagte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens anlässlich des ersten Internationalen Geriatrietags in Rosenheim, an dem auch Experten aus Österreich und der Schweiz teilnahmen. Stewens, die zugleich Schirmherrin des Aktionstags ist, wies auf die Vorteile einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich hin und nannte beispielhaft die bessere Versorgung der Patienten und eine wirtschaftliche Nutzung der Ressourcen, etwa durch die Vermeidung von Doppelpflichtungen beiderseits einer Landesgrenze.

Bei der Versorgung älterer Menschen werden in den verschiedenen Ländern nach Stewens' Worten bislang unterschiedliche Wege gegangen, besonders bei der Zuordnung von Versorgungsbereichen. „Die Gesundheitsversorgung wird vorwiegend als nationale Angelegenheit angesehen. Gerade auf dem Gebiet der Krankenhausversorgung bestehen noch immer Hindernisse, während zum Beispiel die grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Leistungen der medizinischen Rehabilitation offenbar leichter möglich ist. Häufig sind es vor allem rechtliche Hürden und Systemunterschiede, die einen rascheren Fortschritt auf dem Gebiet einer Kooperation verhindern“, erklärte die Ministerin.

Vernetztes Angebot

Stewens: „Die steigende Zahl älterer und von Krankheit bedrohter Menschen erfordert es, Strukturen zu schaffen, in denen die Betroffenen adäquat medizini-

nisch versorgt werden können. Dazu benötigen wir ein abgestuftes und vernetztes geriatrisches Versorgungsangebot, das sich vom ambulanten über den stationären Bereich bis hin zu Strukturen der Altenhilfe erstreckt.“

Geriatric-Datenbank

Die Ministerin wies auf das bereits 1990 entwickelte bayerische Geriatriekonzept hin, dessen Schwerpunkt bewusst die Schaffung von geriatrischen Rehabilitationseinrichtungen bildete. Mittlerweile sei das Ziel des Aufbaus eines flächendeckenden Netzes erreicht worden mit 62 geriatrischen stationären Einrichtungen und über 2.600 Betten. „Eine mit Mitteln des Freistaates aufgebaute Geriatric-Datenbank, die 90 Prozent der geriatrischen rehabilitativen Behandlungskapazität umfasst, zeigt den Erfolg des Konzepts: Heimeinweisungen und Pflegebedürftigkeit werden zum überwiegenden Teil vermieden, weil es gelingt,

die Fähigkeiten zur Bewältigung des täglichen Lebens deutlich zu steigern.“

Negatives Altersbild

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Geriatrie Bayern e.V., Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, betonte, die Märkte hätten offensichtlich schon begonnen, auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Dabei entstehe allerdings der Eindruck, dass Alter und Defizit an Mobilität wie selbstverständlich zusammengehörten. So seien etwa Sportgeräte für Senioren fehlend. Bartsch: „Wir sehen daran auch, dass wir in erster Linie ein negatives Altersbild haben. Wir denken zuerst in dem Muster, dass ein Mensch im höheren Alter fast immer krank wird oder dement, und die dann erworbenen Einschränkungen nicht mehr rückgängig zu machen sind.“

Potenziale im Alter aktivieren und fördern

Die Altersgruppe der Betagten werde die Gesellschaft prägen, fuhr der Vorsitzende fort. Wie das Bewusstsein dieser Gesellschaft dann aussehen wird, hänge vom Hier und Heute ab, denn die Bewusstseinsveränderung einer Gesellschaft rechne man am besten in Jahrzehnten.

Bartsch forderte eine in der Gesellschaft verankerte Selbstverständlichkeit, „dass die im Alter vorhandenen Potentiale schon aus Kostengründen nicht verschenkt werden dürfen, sondern aktiviert und gefördert werden müssen“. Es müsse „ein Allgemeinplatz“ werden, „dass es möglich ist, nach Krankheiten, nach Störungen und kritischen Lebensereignissen kör-

perliche, psychische und soziale Fähigkeiten und Fertigkeiten auch im Alter wieder gewinnen zu können“.

Zu wenig ambulante Reha-Angebote

Erreicht werden müssten diejenigen, „für die Leistungen der Geriatrie und der geriatrischen Reha jetzt schon in Frage kommen, damit diese Angebote auch nachgefragt und verordnet werden“, erklärte Bartsch. Momentan aber beobachte er mit Sorge das überwiegende Entstehen von Pflegeheimen statt ambulanter Rehabilitationsangebote. Mittlerweile gebe es über 1.300 Pflegeheime in Bayern mit ständig dramatisch steigender Tendenz.

Ansprechpartner

Bartsch: „Wir müssen auch diejenigen mittleren Alters erreichen, die jetzt über die Möglichkeiten und Entscheidungswalten verfügen, Veränderungen auf den Weg zu bringen und ihren Kindern Maßstäbe mit auf den Weg geben. Ansprechpartner sind aber auch diejenigen, die in unsere Gesellschaft erst hineinwachsen und von ihr geprägt werden. Sie werden dann die Macher sein, wenn die mittlere Generation Geriatrieleistungen nachfragen möchte und muss.“

Öffentlichkeitsarbeit

Bartsch appellierte zum Abschluss an die zahlreichen Teilnehmer aus Medizin, Therapie und Pflege, ihre Kreativität und Phantasie sowie ihr Fachwissen an die Öffentlichkeit zu bringen, ihre Tätigkeit und Behandlungserfolge bekannt zu machen. So wie geriatrische Leistungen in der Arztpraxis, im Krankenhaus, in der Rehabilitation und in der Pflege erbracht würden, so sollten sich alle Erbringer von Leistungen an einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Geriatrie beteiligen. DK



Sozialministerin Christa Stewens mit Bezirkstagspräsident Richard Bartsch.

Landratsamt Kelheim:

Auf dem Weg zur Vorzeigebehörde

Das Landratsamt Kelheim ist als erste Kreisbehörde in Deutschland mit dem Zertifikat „Beruf und Familie“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung ausgezeichnet worden. „Wir wollen mit Hilfe der Auditierung familienfreundlicher werden und die Balance zwischen den Belangen unserer Mitarbeiter und den Interessen der Landkreisverwaltung finden“, bemerkte Landrat Dr. Faltermeier. Mit dem Projekt will die Stiftung beweisen, dass in Unternehmen eine familiengerechte Personalpolitik problemlos möglich ist und dies keinen Luxus für die Betriebe darstellt.

Das Landratsamt hat sich, um noch familienfreundlicher zu werden, für die nächsten drei Jahre Ziele gesteckt, die in den Handlungsfeldern Arbeitszeit, Gestaltung von Arbeitsabläufen, Arbeitsorganisation, Informations- und Kommunikation, Führungskompetenz und Service für Familien definiert wurden. So wurden bereits die Arbeitszeitregelungen im Landratsamt hinsichtlich ihrer Familienfreundlichkeit optimiert und verschiedene Arbeitsplätze werden auf die Möglichkeit der alternierenden Telearbeit überprüft.

Die bisher einschneidendste Aktion im Rahmen des Audit ist jedoch ein Rauchverbot, das sowohl für die Mitarbeiter als auch für die Besucher im Landratsamt ab 1. Mai eingeführt wird. „Wir haben die Pflicht, nichtrauchende Beschäftigte und Besucher

vor den Gefahren und den Belästigungen des Passivrauchens zu schützen“, so Landrat Faltermeier. Für die rauchenden Mitarbeiter des Landratsamtes wird ein Raucherraum ausgewiesen, alle Besucher des Landratsamtes werden jedoch künftig bereits beim Eingang darauf hingewiesen, dass im gesamten Gebäude nicht mehr geraucht werden darf.

Die nächsten Maßnahmen die man im Landratsamt im Rahmen des Audit in Angriff nehmen will, sind familienfreundliche Besuchermaßnahmen wie die Einrichtung eines Wickelraumes und die Einrichtung einer Anlaufstelle „Sozialberatung“ für die Mitarbeiter, die bei der Gleichstellungs- und Seniorenstelle angesiedelt ist und die auch von den Landkreisbewohnern in Anspruch genommen werden kann. DK

Vorschau auf GZ 9
In unserer nächsten Ausgabe Nr. 9, die am 4. Mai erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Kommunale Baupolitik
- Wasserversorgung · Wasserentsorgung
- Kommunalfahrzeuge

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher
Fahnenwelt
Inh. Bernd Knödler
Heinkelstraße 44
71384 WEINSTADT
Tel. 07151-995160
Fax 07151-995166

info@beutelsbacher-fahnenwelt.de
www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

Fahrradabstellanlagen



Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

LUNERALLA GmbH
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
www.luneralla.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende



Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0) 44 31/93 55 49 · Telefax: +49 (0) 44 31/93 55 88
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

Papierkörbe

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Posifach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773) 82218 · Telefon: (02773) 82256 + 82224

Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

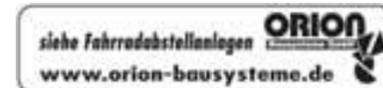
Gmeiner
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kümmerbruck/Amberg
Tel.: +49 (0) 96 21/76 85-0 · Fax: +49 (0) 96 21/76 85-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de · www.gmeiner-online.de

Verwaltungsinformationssysteme

www.behördenmanagement.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 · 601 · Fax: 09 81/18 06 · 615
www.hydrrometer.de

Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D 79837 St. Blasien-Schwarzwald
Tel. 07 82 41 21 00 · Fax 07 82 41 21 01